

**Gasmarkt, Politik und Nord Stream 2:
Diskursnetzwerkanalyse der Positionierung ausgewählter Akteure
zum Nord Stream 2-Pipeline-Projekt**

Verfasser: Kseniia Sass

Matrikel-Nr.: 17-671-702

Studiengang: MSc in Business Administration,
Major Public and Non-Profit Management

Hauptbetreuung: Prof. Dr. Regina Betz

Co-Betreuung: Dr. Achim Lang

*Schriftliche Arbeit verfasst an der School of Management and Law,
Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften*

Winterthur, 13. Juni 2019

Management Summary

Die unterschiedliche Bewertung der aktuell im Bau befindlichen Nord Stream 2-Gaspipeline zwischen Russland und Deutschland hat in der europäischen Politik zu vielen Kontroversen geführt, die die Beziehungen zwischen Deutschland, einem Projektbefürworter, und Polen, einem Projektgegner, belasten. Auch die Europäische Kommission sieht das Projekt kritisch. Die Akteure begründen ihre Positionen zum Projekt auf höchst unterschiedliche Weise. Diese Arbeit untersucht die Diskursstrukturen der drei genannten Akteure mit Fokus auf dem Einsatz Gasmarkt-bezogener Argumente im Gegensatz zu politischer Argumentation.

Die Identifizierung der Argumentationsmuster erfolgt mittels einer Diskursnetzwerkanalyse. Als theoretische Grundlage dient dabei der Advocacy-Koalition-Ansatz. Den Datensatz für die Untersuchung bilden die Aussagen der deutschen und polnischen Regierungsvertreter sowie der Repräsentanten der Europäischen Kommission. Diese Aussagen werden aus verschiedenen Zeitungsartikeln, offiziellen Dokumenten und EU-Gesetzesvorschlägen extrahiert und mit dem Programm «Discourse Network Analyzer» codiert. Danach werden Akteurs- und Konzeptnetzwerke für den Gesamtdiskurs und für separate Diskurse von Deutschland, Polen und der Europäischen Kommission im Visualisierungsprogramm «visone» erstellt und analysiert.

Die Ergebnisse zeigen, dass Polen und die Europäische Kommission die grundlegenden Gasmarkt-Konzepte wie Diversifizierung in Bezug auf Nord Stream 2 eher politisch auslegen und die Realität des europäischen Gasmarkts dabei häufig ausser Acht lassen. Wenngleich beide Akteure unter Bezugnahme von vermeintlich negativen Marktauswirkungen des geplanten neuen Lieferwegs für Erdgas argumentieren, liegt die Vermutung nahe, dass ihre Bewertung der Marktauswirkungen eines vergleichbaren neuen Lieferwegs anders ausfallen würde, wenn das Ursprungsland ein anderes wäre. Die Betrachtung der separaten Netzwerke zeigt zudem auf, dass die drei Akteure unterschiedliche Akzente in ihren Diskursstrukturen setzen. Während sich Deutschland auf den gasmarktwirtschaftlichen Nutzen des Projekts beispielsweise aus Sicht der Deckung des steigenden Gasimportbedarfs hinweist, spricht Polen von einer Gefährdung der europäischen Solidarität und Sicherheit, die das Projekt verursache. Die Europäische Kommission setzt hingegen auf marktregulatorische Themen. Es lässt sich aber festhalten, dass alle Akteure (wenngleich in unterschiedlichem Ausmass) bestimmte politische Überlegungen hinsichtlich des Projekts aufweisen.

Auch wenn sich die Analyse auf ein spezifisches Projekt bezieht, kann festgestellt werden, dass die Bedeutung von politischen Faktoren bei der Umsetzung von privatwirtschaftlichen Investitionsvorhaben grundsätzlich nicht unterschätzt werden darf. Im Hinblick auf den polarisierten Diskurs um Nord Stream 2 wäre auch eine weiterführende Analyse aus Sicht der politischen Kommunikationsforschung von Interesse.

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	1
1.1	Ausgangslage, Ziele und Fragestellung der Arbeit	1
1.2	Relevanz der Fragestellung	2
1.3	Überblick über den Aufbau und die Methodik der Arbeit.....	2
2	Der europäische Gasmarkt.....	3
2.1	Trends und aktuelle Entwicklungen	3
2.1.1	Aktuelle Lage	3
2.1.2	EU-Diversifizierungspolitik und Gasversorgungssicherheit.....	11
2.1.3	EU-Klimapolitik und die Rolle von Erdgas	14
2.2	Implikationen von Nord Stream 2	17
2.2.1	Implikationen für den europäischen Gasmarkt.....	17
2.2.2	Geopolitische Implikationen	21
2.3	Zwischenfazit	23
3	Hypothesenbildung.....	24
4	Methodisches Vorgehen	26
4.1	Diskursnetzwerkanalyse	26
4.2	Bildung des Datenkorpus	27
4.3	Codierungsvorgehen im DNA.....	30
4.4	Visualisierung im visone	32
5	Ergebnisse.....	34
5.1	Netzwerkanalyse für den Gesamtdiskurs	34
5.1.1	Akteursnetzwerke	35
5.1.2	Konzeptnetzwerke	38
5.2	Netzwerkanalyse für Deutschland.....	42
5.2.1	Akteursnetzwerke	42

5.2.2	Konzeptnetzwerke	44
5.3	Netzwerkanalyse für Polen.....	49
5.3.1	Akteursnetzwerke	49
5.3.2	Konzeptnetzwerke	51
5.4	Netzwerkanalyse für die Europäische Kommission.....	55
5.4.1	Akteursnetzwerke	55
5.4.2	Konzeptnetzwerke	57
6	Diskussion	62
6.1	Interpretation der Ergebnisse.....	62
6.2	Implikationen und Handlungsempfehlungen	66
6.3	Limitationen	68
6.4	Weiterer Forschungsbedarf und Ausblick.....	68
7	Fazit	69
8	Literaturverzeichnis.....	70
9	Anhang	80

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: EU-Primärenergieverbrauch nach Quelle, 2016	3
Abbildung 2: Primärenergieverbrauch Deutschlands und Polens nach Quelle, 2017.....	4
Abbildung 3: Entwicklung des EU-Primärenergieverbrauchs nach Quelle, 2000-2016..	4
Abbildung 4: Entwicklung der EU-Primärenergieproduktion nach Energieträger, 2006-2016	6
Abbildung 5: Gasangebot in Deutschland und Polen, 2017.....	10
Abbildung 6: Akteursnetzwerk im Gesamtdiskurs über den ganzen Zeitraum.....	35
Abbildung 7: Akteursnetzwerk im Gesamtdiskurs, zweites Quartal 2017.....	37
Abbildung 8: Häufigkeit von Statements der Akteure im Gesamtdiskurs	38
Abbildung 9: Konzeptnetzwerk im Gesamtdiskurs über den ganzen Zeitraum.....	39
Abbildung 10: Konzepte mit dem höchsten Zentralitätsgrad im Gesamtdiskurs.....	40
Abbildung 11: Einsatz der Kategorien zur Ukraine im Gesamtdiskurs	41
Abbildung 12: Häufigkeit von Statements zur Ukraine im Gesamtdiskurs	41
Abbildung 13: Affiliationsnetzwerk mit ausgewählten Kategorien im Gesamtdiskurs .	42
Abbildung 14: Organisationsnetzwerk im deutschen Diskurs	42
Abbildung 15: Personennetzwerk im deutschen Diskurs.....	43
Abbildung 16: Häufigkeit von Statements der deutschen Akteure	44
Abbildung 17: Konzeptnetzwerk im deutschen Diskurs über den gazen Zeitraum	45
Abbildung 18: Häufigkeit von ausgewählten Kategorien im deutschen Diskurs.....	48
Abbildung 19: Organisationsnetzwerk im polnischen Diskurs	49
Abbildung 20: Personennetzwerk im polnischen Diskurs.....	50
Abbildung 21: Häufigkeit von Statements der polnischen Akteure.....	51
Abbildung 22: Konzeptnetzwerk im polnischen Diskurs über den ganzen Zeitraum....	51
Abbildung 23: Häufigkeit von ausgewählten Kategorien im polnischen Diskurs	55
Abbildung 24: Organisationsnetzwerk der Europäischen Kommission.....	56
Abbildung 25: Personennetzwerk der Europäischen Kommission	56

Abbildung 26: Häufigkeit von Statements der Vertreter der Europäischen Kommission	57
Abbildung 27: Konzeptnetzwerk der Europäischen Kommission über den ganzen Zeitraum	58
Abbildung 28: Häufigkeit von ausgewählten Kategorien im Diskurs der Europäischen Kommission.....	61

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: EU-Länder mit dem grössten Erdgasverbrauch, 2015-2017	5
Tabelle 2: LNG-Importkapazitäten und Netto-LNG-Importe pro EU-Land, 2017.....	8
Tabelle 3: CO ₂ -Emissionen der eingesetzten Energieträger zur Stromerzeugung in Deutschland, 2009	15
Tabelle 4: Überblick über die Formen der erneuerbaren Gase.....	16
Tabelle 5: Überblick über die individuellen Akteure (Deutschland, Polen, Europäische Kommission)	28
Tabelle 6: Überblick über die ausgewählten Datenquellen (Deutschland, Polen, Europäische Kommission).....	29
Tabelle 7: Codierungsstatistik (Deutschland, Polen, Europäische Kommission).....	34

Abkürzungs- und Akronymverzeichnis

BMWi	Bundesministerium für Wirtschaft und Energie
DE	Deutschland
DNA	Discourse Network Analyzer
EEAS	European External Action Service
EK	Europäische Kommission
GD Energie	Generaldirektion für Energie
GD Umwelt	Generaldirektion für Umwelt
GD Wettbewerb	Generaldirektion für Wettbewerb
LNG	Liquefied Natural Gas (Flüssiggas)
LTS	Long-Term Strategy
Mrd. m ³ / a	Milliarden Kubikmeter pro Jahr
Mtoe	Million tons of oil equivalent (Millionen Tonnen Öl-Äquivalent)
NSP2	Nord Stream 2
PL	Polen
P2G	Power-to-Gas
TEP	Third Energy Package (das Dritte Energiepaket)

1 Einleitung

Das erste Kapitel beschreibt die Ausgangslage und die Problemstellung dieser Arbeit, leitet die Forschungsfrage und die Erkenntnisziele ein, hebt die Relevanz des ausgewählten Themas hervor und gibt einen Überblick über die Struktur der Arbeit.

1.1 Ausgangslage, Ziele und Fragestellung der Arbeit

Seit seiner Initiierung im Jahr 2015 sorgt das Nord Stream 2 -Erdgas-Pipeline-Projekt zwischen Russland und Deutschland für eine grosse europäische Diskussion über seine Auswirkungen auf den europäischen Gasmarkt, politische und geostrategische Implikationen sowie seinen regulatorischen Rahmen (Riley, 2018a). Dabei fließt auch die generelle Debatte um den Klimawandel und die Rolle von Erdgas als nachhaltige Energiequelle in die Diskussion um das umstrittene Projekt mit ein, aufgrund derer die Notwendigkeit einer so bedeutenden Investition in die europäische Gas-Infrastruktur in Frage gestellt oder wiederum unterstützt wird (Giuli, 2018, S. 13).

Obwohl das Projekt unter vielen verschiedenen Gesichtspunkten unterschiedlich beurteilt werden kann, haben sich viele europäische Staaten sehr eindeutig dafür oder dagegen positioniert (Europäisches Parlament, 2017b). Die Einstellungen der verschiedenen EU-Länder werden auf unterschiedliche Weise begründet und gerechtfertigt. Während einige Akteure die ökonomischen (sowohl positive als auch negative) Effekte der Pipeline in den Mittelpunkt stellen, beziehen sich andere auf die politischen Dimensionen des Projekts und vernachlässigen dabei die gasmarktwirtschaftliche Logik des Projekts (Gordon, 2018, S. 5). Die Hauptzielsetzung dieser Arbeit besteht somit darin, die Argumentationsmuster eines aktiven Projektunterstützers (Deutschlands), eines ausgesprochenen Projektgegners (Polens) und einer EU-Institution (der Europäischen Kommission), die als unabhängiger Regulierer agieren soll, zu untersuchen und zu vergleichen. Dabei sollen vor allem die Rolle und der Einsatz Gasmarkt-bezogener Überlegungen eruiert werden. Die dieser Arbeit zugrundeliegende Forschungsfrage lautet demnach:

- Was sind die Argumentationsmuster der ausgewählten Akteure und auf welche Weise werden Gasmarkt-bezogene Argumente in der politischen Diskussion um Nord Stream 2 von diesen Akteuren herangezogen?

Um diese Frage zu beantworten, soll zudem im Hinblick auf den weiteren Kontext der von der EU angestrebten Dekarbonisierung der Energiewirtschaft die Rolle des Erdgases im zukünftigen EU-Energiemix und der Einfluss des Nord Stream 2-Projekts auf den

europäischen Gasmarkt und regionale Geopolitik erläutert werden. Die Diskussion über den wirtschaftlichen Sinn des Projekts wird aber in dieser Arbeit nicht untersucht.

1.2 Relevanz der Fragestellung

Anhand der aktuell im Bau befindlichen Nord Stream 2-Leitung offenbaren sich erhebliche Ansichtsdifferenzen an der Schnittstelle von Politik und Wirtschaft, des öffentlichen und privaten Sektors, deren Interaktion und gegenseitige Beeinflussung einen spannenden Untersuchungsbereich darstellen.

Obwohl es eine Reihe von internationalen Studien bezüglich möglicher Effekte des Projekts gibt, konnten bisher keine wissenschaftlichen Arbeiten identifiziert werden, die den Einfluss und vor allem den Einsatz Gasmarkt-bezogener Überlegungen bei den sich unterschiedlich positionierten Akteuren systematisch untersuchen und vergleichen. In dieser Hinsicht behandelt die vorliegende Arbeit eine hoch relevante Fragestellung, die für ein breites Spektrum an Stakeholdern aus der Politik, Wirtschaft und Forschung von Interesse sein könnte.

1.3 Überblick über den Aufbau und die Methodik der Arbeit

In einem ersten Schritt werden aktuelle Entwicklungen und Tendenzen im europäischen Gasmarkt literaturbasiert hergeleitet. Unter anderem werden Aspekte wie der Beitrag von Erdgas zu den europäischen Energie- und Klimazielen sowie das Potenzial von erneuerbarem Gas erläutert. Basierend auf existierenden Studien werden danach der potenzielle Einfluss von Nord Stream 2 auf den europäischen Gasmarkt sowie die geopolitischen Auswirkungen des Projekts dargestellt. Dieser Teil stellt somit eine Grundlage für die nachfolgende kontextuelle Analyse der Gasmarkt-bezogenen Argumente dar, die im empirischen Teil zum Vorschein kommen sollen.

Im zweiten Teil wird die Argumentation der ausgewählten Akteure anhand einer Diskursnetzwerkanalyse ausgearbeitet. Zu diesem Zweck wird separat ein Datensatz erstellt, indem öffentliche Stellungnahmen von deutschen und polnischen Regierungsakteuren sowie von Vertretern der Europäischen Kommission mithilfe des Programms «Discourse Network Analyzer» codiert werden. Darauffolgend werden verschiedene Diskursnetzwerke erstellt und die wichtigsten Ergebnisse präsentiert, um sie danach unter Berücksichtigung der im ersten Schritt gewonnenen Erkenntnisse (speziell zum Stand des EU-Gasmarkts) auszuwerten. Zum Schluss wird auf die Limitationen und Policy-Implicationen eingegangen.

2 Der europäische Gasmarkt

Um die Erkenntnisgrundlage zur Beantwortung der Forschungsfrage zu schaffen, werden in diesem Kapitel aktuelle Entwicklungen und Tendenzen im europäischen Gasmarkt (Kapitel 2.1) sowie potenzielle gasmarktwirtschaftliche und geopolitische Implikationen des Nord Stream 2-Projekts (Kapitel 2.2) anhand der verfügbaren statistischen Daten und existierender Fachliteratur dargestellt. Die Betrachtung des Projekts im marktwirtschaftlichen Kontext soll helfen, die Überlegungen der Akteure und deren Hintergründe in den weiteren Kapiteln sachgerecht beurteilen zu können.

2.1 Trends und aktuelle Entwicklungen

In diesem Unterkapitel wird der aktuelle Stand des europäischen Gasmarkts (und unter anderem das Potenzial von Flüssiggas) mit speziellem Fokus auf Deutschland und Polen aufgezeigt. Ausserdem wird auf die Klima- und Diversifizierungspolitik der EU eingegangen.

2.1.1 Aktuelle Lage

Erdgasverbrauch

Die EU ist nach den USA der zweitgrösste Erdgasverbraucher der Welt (Europäische Kommission, 2019a). Gegenwärtig hält Erdgas den zweitgrössten Anteil am EU-Energiemix (European Environment Agency [EEA], 2018a) und ist somit ein wichtiger Energieträger für die EU, wie die folgende Abbildung überblickartig veranschaulicht:

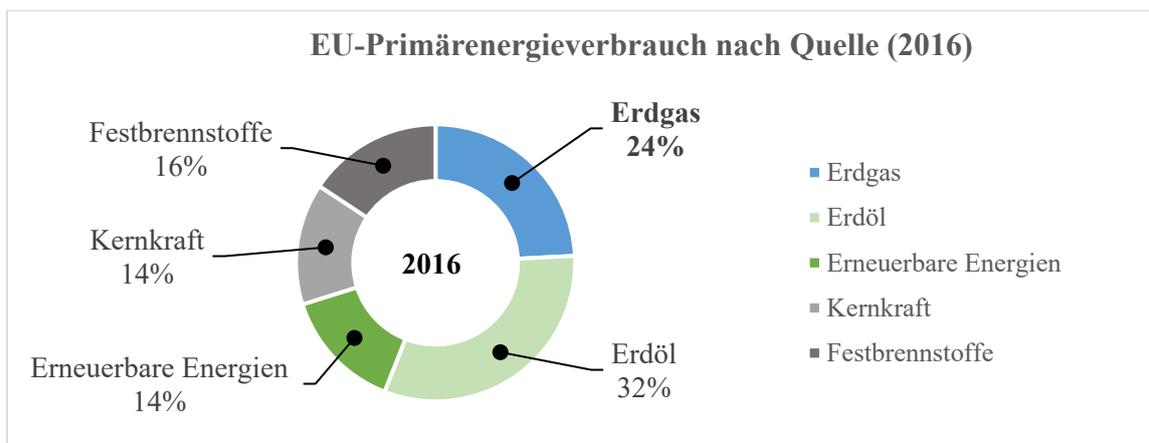


Abbildung 1: EU-Primärenergieverbrauch nach Quelle, in Prozent, 2016 (in Anlehnung an EEA, 2018a)

Auch in Deutschland ist Erdgas mit einem Anteil von 23% nach Erdöl der zweitwichtigste Bestandteil des nationalen Energiemixes, während es in Polen mit einem Anteil von 16% eine weniger prominente Rolle spielt (BP, 2018). Das wird in der folgenden Abbildung dargestellt:

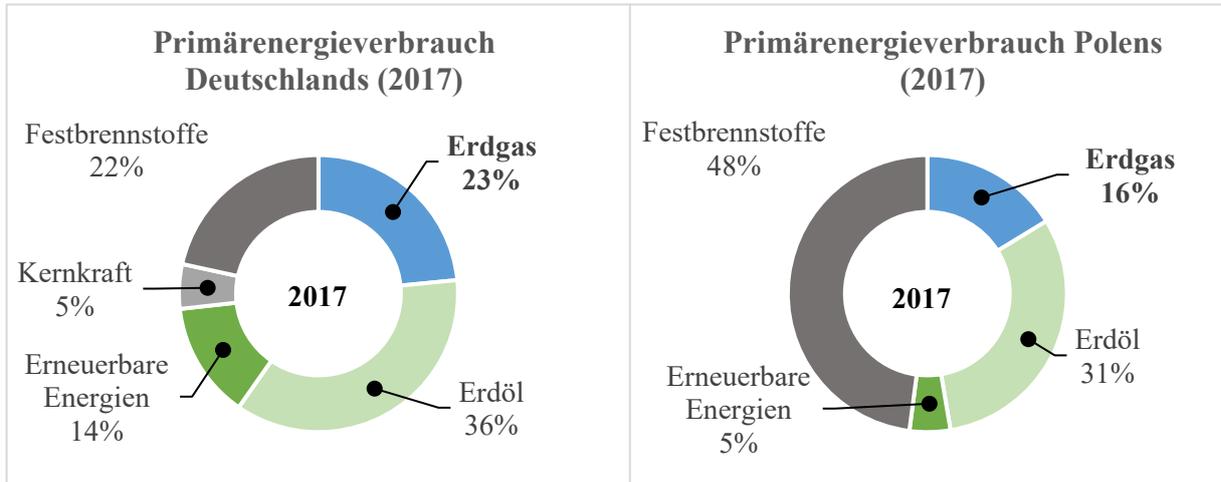


Abbildung 2: Primärenergieverbrauch Deutschlands und Polens nach Quelle, in Prozent, 2017 (in Anlehnung an BP Statistical Review 2018)

Der Anteil von Erdgas am EU-Primärenergiemix blieb zwischen 2005 und 2016 stabil hoch und betrug im Durchschnitt 24.5% (vgl. Höchstwert von 26.3% im Jahr 2010 und Tiefstwert 22.0% im Jahr 2014) (EEA, 2018). Vor dem Hintergrund eines stark fluktuierenden Primärenergieverbrauchs der EU (Eurostat, 2019) hat auch der absolute EU-Erdgasverbrauch zwischen 2005 und 2016 geschwankt (s. Abbildung 3).

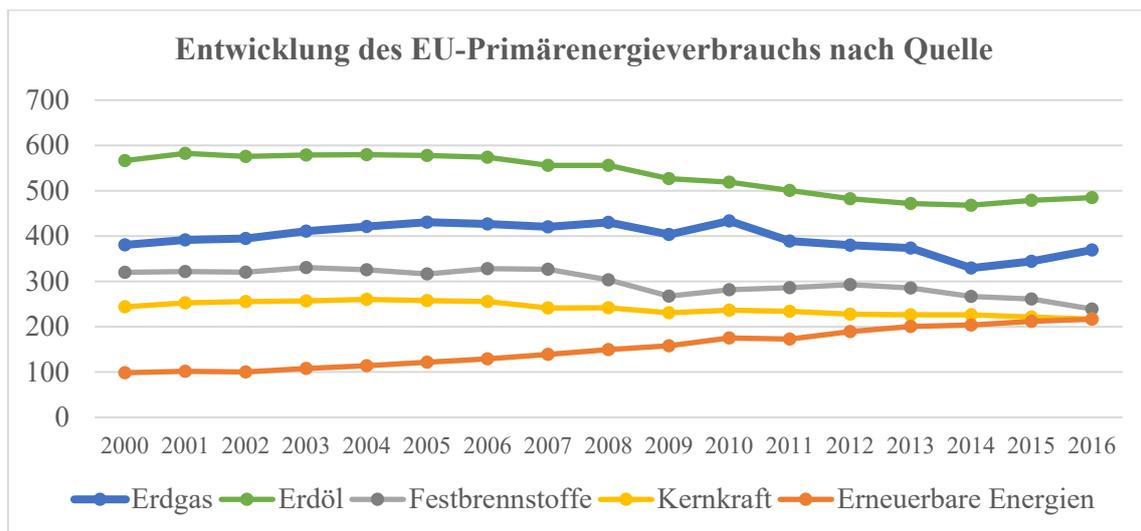


Abbildung 3: Entwicklung des EU-Primärenergieverbrauchs nach Quelle, in Mtoe, 2000-2016 (in Anlehnung an EEA, 2018a)

Wie die Abbildung 3 veranschaulicht, erreichte der EU-Erdgasverbrauch 2010 einen Rekordwert von 433.4 Millionen Tonnen Öl-Äquivalent (Mtoe). Zwischen 2010 und 2014

nahm aber die Gasnachfrage in der EU wieder ab. Zum Rückgang der EU-Erdgasnachfrage in diesem Zeitraum trugen unter anderem Faktoren wie die Stagnation des gesamten Energieverbrauchs als Folge der Wirtschaftskrise 2008, ein steigender Anteil erneuerbarer Energien und niedrigere Kohlepreise verglichen mit EU-Erdgaspreisen (EEA, 2018b) bei. Seit 2015 wachsen aber sowohl die gesamte Primärenergie- als auch die Erdgasnachfrage der EU (Eurostat, 2019; Europäische Kommission, 2018a). 2017 betrug der EU-weite Nettoerdgasverbrauch 483 Milliarden Kubikmeter (Mrd. m³), was eine Nachfragesteigerung von 6% im Vergleich zum Vorjahr darstellt (Europäische Kommission, 2018a, S. 2). Auch 2018 belief sich der Gesamtgasverbrauch der EU auf ein vergleichbar hohes Niveau von 474 Mrd. m³ (Europäische Kommission, 2019c, S. 2) Die gesteigerte Nachfrage lässt sich auf die kältere Witterung (da der Erdgasverbrauch in der EU sehr saisonbedingt ist), die günstige wirtschaftliche Konjunktur sowie den wachsenden Bedarf bei der Stromerzeugung zurückführen (Honoré, 2018, S. 4).

Sektoral betrachtet machen in der EU die Sektoren «Haushalte» und «Industrie» (2016) jeweils 42 und 31% des Erdgasendverbrauchs aus (International Energy Agency [IEA], 2019). Seit 2015 spielt Erdgas mit einem ca. 19%-Anteil auch im EU-Strommix eine zunehmend wichtige Rolle (EEA, 2018b).

Zu den sieben grössten Erdgasverbrauchern der EU zählen Deutschland, Grossbritannien, Italien, die Niederlande, Frankreich, Spanien und Polen (Honoré, 2018, S. 3). Wie die nachfolgende Tabelle zeigt, stieg der Gasverbrauch in diesen Ländern bis auf Grossbritannien zwischen 2015 und 2017 weiter. In Deutschland stieg der Verbrauch 2017 um 3.2% und in Polen um 6.7% im Vergleich zum Vorjahr.

Land	2015			2016			2017		
	Total (Mrd. m ³)	Veränderung (Mrd. m ³)	Veränderung (%)	Total (Mrd. m ³)	Veränderung (Mrd. m ³)	Veränderung (%)	Total (Mrd. m ³)	Veränderung (Mrd. m ³)	Veränderung (%)
1. Deutschland	81.3	3.6	4.7	89.1	7.8	9.6	92.0	2.9	3.2
2. Grossbritannien	72.2	1.4	1.9	81.2	9.0	12.6	79.6	-1.6	-2.1
3. Italien	67.5	5.6	9.1	70.9	3.4	5.0	75.2	4.2	6.0
4. Niederlande	40.1	-0.1	-0.3	42.0	1.9	4.7	46.4	4.4	10.5
5. Frankreich	38.8	2.5	6.9	42.7	3.9	10.1	42.9	0.2	0.4
6. Spanien	27.9	0.8	2.8	28.6	0.7	2.5	31.0	2.4	8.6
7. Polen	18.2	0.4	2	19.1	0.9	5	20.4	1.3	6.7

Tabelle 1: EU-Länder mit dem grössten Erdgasverbrauch, in Mrd. m³ und in Prozent, 2015-2017 (in Anlehnung an Honoré, 2018)

Je nach den zugrundeliegenden Annahmen gibt es unterschiedliche Erdgasbedarfsprognosen, die unter anderem von der Brennstoffpreisentwicklung, wirtschaftlichen Konjunktur und Schnelligkeit der Bereitstellung der Technologien für erneuerbare Energien

abhängen. Jedoch dürfte sogar in den aus Sicht von Erdgas pessimistischsten Szenarien der EU-Gasbedarf bis Mitte 2030 auf dem gegenwärtigen Niveau verbleiben (ENTSOG, 2017, S. 14). IHS Markit prognostiziert eine EU-Gasnachfrage von 460 Mrd. m³ im Jahr 2025 und von ca. 470 Mrd. m³ im Jahr 2030 (IHS Markit, 2018). Auch in Anbetracht der EU-Klimaziele, die im folgenden Unterkapitel präsentiert werden, dürfte Erdgas in absehbarer Zukunft ein wichtiger Bestandteil vom EU-Energiemix bleiben (Europäische Kommission, 2019f). Allein in Deutschland könnte die Gasnachfrage wegen der geplanten Ausstiege aus Kohle- und Kernkraft schätzungsweise um 8% bis 2022 steigen (Commerzbank, 2019, S. 3).

Erdgasangebot

Es bestehen in der EU zwei Möglichkeiten, den Bedarf an Erdgas zu decken: durch inländische Erdgasproduktion, durch Erdgasimporte per Pipeline oder als Flüssiggas per Schiffslieferungen (nachfolgend LNG, aus dem Englischen «Liquefied Natural Gas»).

Die einheimische Primärenergieerzeugung insgesamt und speziell die Erdgasgewinnung sind in der EU aber rückläufig. 2016 konnte die EU weniger als die Hälfte (48%) ihres Energieverbrauchs durch die einheimische Energieproduktion befriedigen (Eurostat, 2018c). Diese abnehmenden Tendenzen lassen sich zum grossen Teil durch die Erschöpfung der Rohstoffe oder die Unwirtschaftlichkeit der Förderung erklären (Eurostat, 2018c). Verglichen mit anderen Energieträgern ist die Produktion von Erdgas zwischen 2006 und 2016 am stärksten um 41% gesunken, was der nachfolgenden Abbildung entnommen werden kann:

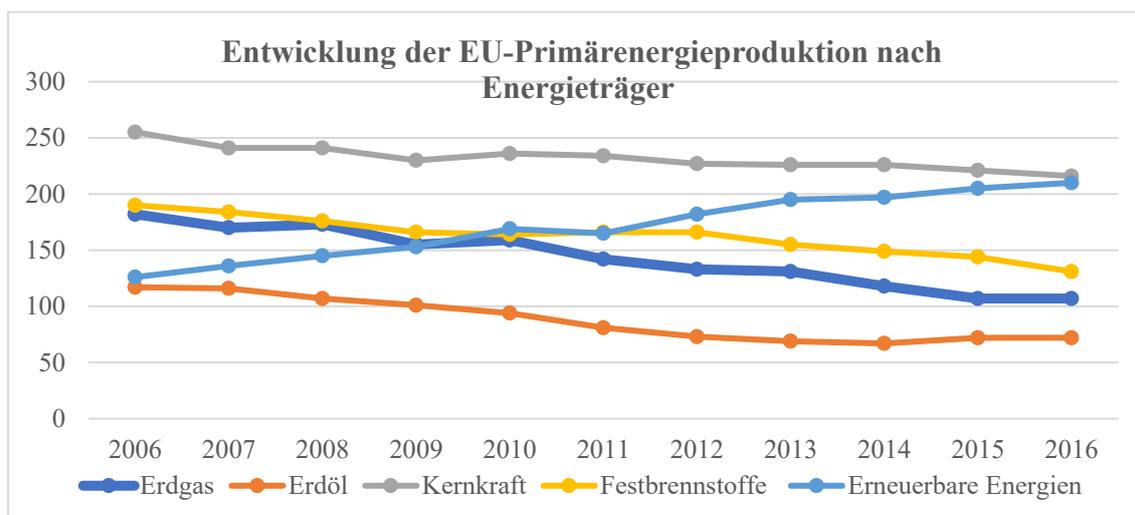


Abbildung 4: Entwicklung der EU-Primärenergieproduktion nach Energieträger, in Mtoe, 2006-2016 (in Anlehnung an Eurostat 2018c)

Mit einem fast 70%-Anteil (2016) an der EU-Erdgasproduktion zählen die Niederlande (38.1 Mtoe) und Grossbritannien (35.8 Mtoe) mit Abstand zu den Haupterdgasproduzenten der EU, gefolgt von Rumänien (7.8 Mtoe), Deutschland (6.5 Mtoe), Italien (6.3 Mtoe), Dänemark (4.3 Mtoe) und Polen (3.8 Mtoe) (Eurostat, 2018d). Zwischen 2006 und 2016 ging aber die Erdgasförderung in absoluten Zahlen in UK um 50% und in den Niederlanden um 70% zurück (Eurostat, 2018b). Infolgedessen konnten die beiden Länder 2018 nur 17% des EU-Nettogasbedarfs decken, verglichen mit 35% im Jahr 2005 (IHS Markit, 2018, S. 6). Insgesamt werden die Erdgasförderungsmengen in der EU laut Prognosen von 120 Mrd. m³ im Jahr 2018 weiter auf 45 Mrd. m³ bis 2040 sinken (IEA, 2018, S. 201). Dabei kann derzeit nicht zuverlässig abgeschätzt werden, welche Rolle eine mögliche zukünftige Förderung von Erdgas aus nichtkonventionellen Lagerstätten in der EU spielen könnte (Bundesministerium für Wirtschaft und Energie [BMWi], 2019a, S. 13).

Seit einigen Jahren fördert Polen jährlich ca. 4-5 Mrd. m³ aus seinen konventionellen Lagerstätten (IHS Markit, 2017, S. 2) und deckt damit über 20% des nationalen Erdgasbedarfs (PGNiG, 2019). Eine Expansion der heimischen Produktion wäre möglich, da Polen über erhebliche Reserven an Schiefergas verfügt, bis jetzt sind aber diese Reserven aus wirtschaftlichen Gründen nicht gefördert worden (IHS Markit, 2017, S. 2). Die Inlandsförderung Deutschlands sinkt seit 2004 stetig, was auf die zunehmende Erschöpfung der grössten konventionellen Lagerstätten zurückzuführen ist (BMWi, 2019a, S. 10). Die Erdgasgewinnung in Deutschland belief sich 2017 auf 6.5 Mrd. m³ und deckte somit ca. 7% der verbrauchten Menge (BMWi, 2019a, S. 10). Kommerzielles Fracking zur Förderung von nichtkonventionellem Erdgas wurde in Deutschland umfassend verboten (BMWi, 2019a, S. 13).

In Anbetracht der voraussichtlich stabil bleibenden Erdgasnachfrage und der sinkenden einheimischen Gasförderung wird die EU auf mehr Erdgasimporte aus Drittstaaten zugreifen müssen (Eurostat, 2018c). Prognosen zufolge wird der europäische Gasmarkt bis 2035 ca. 120 Mrd. m³ an zusätzlichen Gasimporten jährlich brauchen (Prognos, 2017, S. 3). Dabei ist die EU bereits der grösste Erdgasimporteur der Welt (Europäische Kommission, 2019e). 2018 betrug der EU-Nettoimportbedarf 363 Mrd. m³, plus 10 Mrd. m³ im Vergleich zum Vorjahr (Europäische Kommission, 2019c, S. 10).

Die EU kann Importgas sowohl über Pipelines als auch über Flüssiggas-Terminals beziehen. Die Gasimportkapazität in der EU liegt gegenwärtig für Pipelinegas bei ca. 500 Mrd. m³/a und für LNG bei ca. 200 Mrd. m³/a (Deutscher Verein des Gas- und Wasserfaches

e.V [DVGW], 2017; S. 5). Mit Bruttogasimporten von ca. 500 Mrd. im Jahr 2017 besteht somit in der EU eine Überkapazität an Gasimportinfrastruktur (Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe [BGR], 2019, S.53; European Political Strategy Centre [EPSC], 2017, S. 6).

2017 erfolgten 86% der gesamten Gasimporte in die EU über Pipelines (Europäische Kommission, 2019e). Unter den Pipeline-Gasherkunftsländern ist Russland ferner die wichtigste Bezugsquelle mit einem Anteil von ca. 40% an den gesamten EU-Gasimporten und mit einem Anteil von 25-28% am EU-Gasverbrauch (Europäische Kommission, 2018a, S. 11). 2017 hat Russland eine Rekordmenge von 179 Mrd. m³ in die EU geliefert (Agency for the Cooperation of Energy Regulators [ACER], 2018, S. 17) und nach Angaben des russischen Konzerns Gazprom, der das Exportmonopol über russisches Pipeline-Gas hält, stiegen die Liefermengen 2018 weiter (Gazprom, 2018a; Gazprom, 2018b). Unter den grössten Abnahmemärkten von russischem Gas waren 2017 Deutschland (53.4 Mrd. m³), Italien (23.8 Mrd. m³), Grossbritannien (16.3 Mrd. m³), Frankreich (12.3 Mrd. m³), Polen (10.5 Mrd. m³) und Österreich (9.1 Mrd. m³) (Gazprom, 2018a). Norwegen ist stabil der zweitgrösste Gaslieferant für die EU (Eurostat, 2018a) mit einem Anteil von 25% an den EU-Gasimporten, gefolgt von Algerien mit 12.4%.

14% der EU-Gasimporte wurden 2017 durch LNG gedeckt (Europäische Kommission, 2019e). Die meisten Lieferungen kamen aus Katar (41%), Nigeria (19%) und Algerien (17%) (Europäische Kommission, 2019e). US-LNG machte 4% der gesamten LNG-Importe in der EU aus. Die Gesamtauslastung der 32 europäischen LNG-Terminals bleibt derzeit im Durchschnitt bei 25%, wie die nachfolgende Tabelle zeigt (King & Spalding, 2018). Laut IEA-Prognosen könnten die LNG-Importe in die EU aber bis 2040 um 20% steigen (IEA, 2018, S. 205).

EU-Land	Jährliche Regasifizierungskapazität (Mrd. m ³)	Netto LNG-Importe (Mrd. m ³)
Belgien	9	1.1
Frankreich	34	9.3
Griechenland	5	1.6
Italien	15	7.6
Litauen	4	1.1
Malta	1	0.32
Niederlande	12	0.98
Polen	5	1.6
Portugal	8	3.4
Spanien	69	15.4
Grossbritannien	48	6.2

Tabelle 2: LNG-Importkapazitäten und Netto-LNG-Importe pro EU-Land, in Mrd. m³, 2017 (in Anlehnung an Gas Infrastructure Europe (GIE), 2017; King & Spalding, 2018)

Einer der Gründe für die niedrige Auslastung ist die nicht optimale geografische Distribution der LNG-Infrastruktur, da viele existierende Flüssiggas-Terminals sich in Nordwest- und Südwesteuropa konzentrieren. Hinzu kommt, dass ca. 40% der LNG-Regasifizierungskapazität für die Nachbarländer nicht zugänglich ist (IEA, 2018, S. 206), was zur Behinderung der LNG-Flüsse innerhalb der EU führt. Darüber hinaus bleibt Pipeline-Gas gegenüber LNG kostengünstiger (zum Vergleich: die Gesamtauslastung der Pipeline-Infrastruktur in der EU liegt im Gegensatz zu LNG-Terminals bei über 80%) (IEA, 2018, S. 211).

Die Europäische Kommission sieht LNG als einen der wichtigsten Wege zur Diversifizierung der Gasversorgung und fordert, dass alle EU-Mitgliedstaaten an den internationalen LNG-Markt entweder direkt oder über andere EU-Länder angeschlossen werden sollten (Europäische Kommission, 2016). Der Bewertung einer Gasinfrastruktur beruht aus Sicht der Kommission somit weniger auf den absoluten Importvolumen, sondern eher auf ihrem Beitrag zur Energiediversifizierung und Flexibilität. Deswegen planen einige EU-Länder (inklusive Polen), die bereits LNG-Terminals besitzen, ihre LNG-Importkapazitäten weiter auszubauen (Gas Infrastructure Europe [GIE], 2017). Auch die EU-Länder, in denen noch keine LNG-Terminals vorhanden sind, wie beispielsweise Deutschland, haben ein konkretes Interesse am Bau von LNG-Terminals gezeigt (BMWi, 2019b).

Da Algerien und Norwegen in Zukunft weniger Gas exportieren können, werden der globale LNG-Markt sowie russisches Pipeline-Gas den hauptsächlichen Beitrag leisten, um die wachsende Importlücke kurz- bis mittelfristig zu schliessen (Prognos, 2017). Für den jeweiligen Anteil von LNG und Pipeline-Gas sind die relativen Kosten und die Preiskonkurrenz ausschlaggebend. Während LNG in erster Linie globalen Preissignalen folgt, hängt die Preissetzung für Pipelinegas nicht zuletzt von der strategischen Bereitschaft der Lieferanten ab, den Gaspreis unter die langfristigen Marginalkosten von LNG zu setzen. Bis jetzt ist Pipelinegas für die EU in der Regel kostengünstiger als LNG gewesen und Europa dürfte daher für LNG vorerst ein Residualmarkt bleiben (IEA, 2018, S. 205).

Deutschland ist zu über 90 Prozent auf Erdgasimporte angewiesen (BMWi, 2019a, S. 11). Polen deckt durch Gasimporte ca. 80% seines Gasverbrauchs (PGNiG, 2019). Die Abbildung 5 zeigt die Verteilung zwischen Erdgasimporten und der einheimischen Produktion für Polen und Deutschland. In absoluten Zahlen importiert Deutschland sechsmal so viel Erdgas wie Polen.

Sein Importgas bezieht Deutschland ausschliesslich über Pipelines aus Russland, den Niederlanden und Norwegen. In absoluten Zahlen ist Deutschland EU-weit der grösste Abnehmer russischen Gases (BMWi, 2019a). Polen importiert Erdgas über den LNG-Terminal in Świnoujście (ca. 20% des Importbedarfs) sowie über Pipelines aus westlicher und östlicher Richtung (PGNiG, 2019). Ca. 67% vom gesamten Gasimportvolumen Polens wird derzeit durch Lieferungen aus Russland gedeckt (PGNiG, 2019).

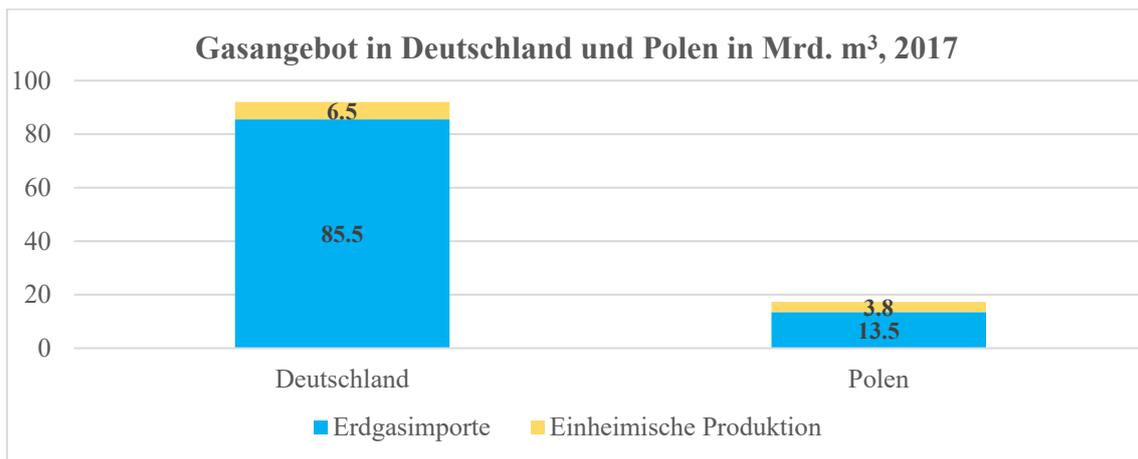


Abbildung 5: Gasangebot in Deutschland und Polen in absoluten Zahlen (Mrd. m³), 2017 (in Anlehnung an BMWi 2019a, PGNiG 2019)

Integrierter EU-Gasmarkt

Seit den 1990-er Jahren unternimmt die EU verschiedene regulatorische Initiativen zur schrittweisen Liberalisierung des EU-Gasbinnenmarkts (Europäisches Parlament, 2018), so dass Gas innerhalb der EU ohne physische und regulatorische Barrieren effizient und flexibel über die Grenzen einzelner EU-Staaten fließen kann. Es wurde in grenzüberschreitende Verbindungsleitungen, bidirektionale Gastransporte (Reverse-Flow) und Regasifizierungsterminals investiert (IEA, 2018). Als Ergebnis wurden ausreichende physische Gastransportkapazitäten innerhalb der EU geschaffen und Infrastrukturengpässe reduziert (ACER, 2018, S. 5). In der Praxis bedeutet diese Integration des Gasmarkts, dass importierte Volumen Teil eines gemeinsamen «Gas-Pools» werden, sobald sie in das Gasnetz des EU-Binnenmarkts eintreten (Barnes, 2017). In dieser Situation kann dem physischen Ort, wo Erdgas nach Europa eingeführt wird und sogar der Identität der Zulieferer weniger Bedeutung beigemessen werden (IHS Markit, 2018). Die europäischen Gas-Hubs ermöglichen zudem das Marketing von Erdgas-Futures, Swap-Geschäften und virtuellen Reverse Flows (IEA, 2018). Dadurch können Erdgasmoleküle mehrmals verkauft und gekauft werden, bevor sie an die Endverbraucher geliefert werden, was die Gaslieferungen von ihren spezifischen Anbietern zunehmend entkoppelt.

Früher wurden die Erdgaspreise in Europa auf Basis von langfristigen Verträgen, die in der Regel an den Erdölpreis gebunden waren, gebildet. Heutzutage findet der europäische Gashandel hingegen hauptsächlich auf den Spot-Märkten statt (Honoré, 2014, S. 24). Die Preise in langfristigen Verträgen werden inzwischen auch an die Hub-Preise gebunden (IHS Markit, 2018). Zwar gibt es noch Preisdifferenzen zwischen nordwesteuropäischen Gashandelsplätzen und den Gasmärkten in Ostmitteleuropa, diese verringern sich aber weiter (ACER, 2018, S. 5). Höhere Gasimportpreise, die in manchen EU-Ländern immer noch gezahlt werden müssen, lassen sich durch die dominante Marktposition eines Gaslieferanten (in der Regel Russlands) als Folge der geringeren Vernetzung dieser Gasmärkte erklären (ACER, 2018, S. 5).

In der Bilanz kann man heutzutage von einem gut versorgten, integrierten und wettbewerbsfähigen EU-Gasmarkt mit einer höheren Preiskonvergenz sprechen, wo eine resiliente Gasinfrastruktur und Marktregeln vorhanden sind und wo europäische Verbraucher ihre Gasversorger unabhängig von ihrem Standort frei wählen können (ACER, 2018, S. 8).

2.1.2 EU-Diversifizierungspolitik und Gasversorgungssicherheit

Gemäss Artikel 194 des Vertrags von Lissabon gehört die Gewährleistung der Energieversorgungssicherheit in der EU zu den energiepolitischen Grundsätzen der Union (Amtsblatt der EU, 2010). Zur Konkretisierung dieses Auftrags hat die Europäische Kommission 2014 eine Strategie für eine sichere europäische Energieversorgung vorgelegt. Das dringlichste konkrete Problem in puncto Versorgungssicherheit sei laut dieser Strategie vor allem die starke Gasabhängigkeit der EU von Russland (Europäische Kommission, 2014b). Dabei stellt sich die Frage, was in diesem Kontext unter «Abhängigkeit» verstanden wird. Grundsätzlich entsteht eine Abhängigkeit als Folge des Mangels an Alternativen bei einer Ware, auf die man angewiesen ist. Dieser Logik scheint auch die Europäische Kommission zu folgen, da sie in ihrer Energiesicherheitsstrategie die Diversifizierung im Sinne einer Erschliessung von alternativen Gasbezugsquellen und Transportwegen als eine der zentralen Säulen zur Gewährleistung der Energieversorgungssicherheit sieht (Europäische Kommission, 2014b). Darüber hinaus hat die Europäische Kommission 2015 eine Initiative zur Bildung der europäischen Energieunion lanciert, die das energiepolitische Zieldreieck von Versorgungssicherheit, Nachhaltigkeit und Wettbewerbsfähigkeit anstrebt (Europäische Kommission, 2015). Derselben

«Abhängigkeitslogik» folgend wird auch da die Diversifizierung von Energiequellen als ein entscheidendes Element für eine sichere Energieversorgung betrachtet.

In der energiepolitischen Diskussion wird die vermeintliche «Gasabhängigkeit der EU» oft als Anteil der Gaslieferungen aus einem bestimmten Zulieferland an den gesamten Gasimporten der EU gemessen (im Falle Russland ca. 40%). Wenn man aber der oben angenommenen Begriffserklärung weiter folgt, sollte der Marktanteil eines Lieferanten kein Massstab für die Gasabhängigkeit sein, solange die Verfügbarkeit von Alternativen sichergestellt wird und solange es genug Liquidität auf dem Gasmarkt gibt. Beispielsweise hat Gazprom laut der Europäischen Kommission auf dem liquiden und diversifizierten deutschen Regionalgasmarkt keine «beherrschende Marktposition», obwohl der russische Konzern 40-50% des Gasbedarfs Deutschlands bedient (EPSC, 2017, S. 14).

Auf dem Weg zur Diversifizierung der Erdgasversorgung macht die EU laut der Einschätzung der Europäischen Kommission «konkrete Fortschritte». Dem jüngsten Bericht zum Stand der Energieunion zufolge haben gegenwärtig alle bis auf einen EU-Mitgliedstaaten Zugang zu mindestens zwei voneinander unabhängigen Erdgasbezugsquellen (Europäische Kommission, 2019d). Dabei sind 23 Mitgliedstaaten an den globalen LNG-Markt direkt angeschlossen. Die gut entwickelte Gastransport- und LNG-Infrastruktur in der EU, die Zugang zu diversen Gaslieferquellen erlaubt, hat wesentlich dazu beigetragen, dass die EU heutzutage einen hohen Grad an Versorgungssicherheit genießt (Europäisches Parlament, 2017a). Besonders wichtig bleiben die Diversifizierungsvorhaben der EU vor allem für die baltischen und südosteuropäischen Staaten, die historisch von einem Gaslieferanten (Russland) abhängig waren (DVGW, 2017). Länder in diesen Regionen erfüllen weiterhin nicht den N-1 Infrastrukturstandard. Das heisst, dass bei einem Ausfall der grössten einzelnen Gasimport-Infrastruktur die nationale Gasinfrastruktur nicht in der Lage wäre, die gesamte Gasnachfrage zu decken (Europäisches Parlament, 2017a). Einer der Gründe für eine die schleppende Diversifizierung der Gasbezüge in diesen Regionen sind die relativ geringen Gasabnahmemengen, weshalb sich umfangreiche Diversifizierungsprojekte oft nicht kommerziell lohnen (Lang & Westphal, 2016). Nichtsdestotrotz werden auch in diesen kleineren Regionalmärkten ununterbrochen alternative Gasversorgungsmöglichkeiten mit politischer und finanzieller Unterstützung der EU-Kommission aufgebaut.

Es muss aber darauf hingewiesen werden, dass es in der EU keine einheitlich vorgegebene Methode zur Definition und Herstellung von Versorgungssicherheit gibt. Je nach Land

werden dabei unterschiedliche Aspekte (physischer Lieferausfall, Preisausschläge oder politische Kosten) unterschiedlich gewichtet und bewertet (Lang & Westphal, 2016, S. 29). Darüber hinaus legen EU-Länder für ihre Energiemärkte verschiedenartige Ordnungsprinzipien an. In Deutschland ist die Gewährleistung der Versorgungssicherheit zunächst die Aufgabe der am Markt tätigen Unternehmen (DVGW, 2017, S. 19), während in Polen der Staat in der Energiewirtschaft eine grössere Rolle übernimmt (Lang & Westphal, 2016, S. 29). Dementsprechend werden in Polen und Deutschland auch verschiedene Diversifizierungsvorhaben unterschiedlich beurteilt (Lang & Westphal, 2016, S. 29). In Polen wird beispielsweise russisches (auch durch Deutschland geliefertes) Gas als «unsicher» erachtet (Goldthau, 2016, S. 14). Polen legt somit Wert auf den Zugang zu anderen Gasursprungsquellen, auch wenn russisches Gas unter Umständen preiswerter wäre (Fritz, 2019). Trotz der divergierenden Auslegungen der Diversifizierungs- und Versorgungssicherheitskonzepte haben sowohl Polen als auch Deutschland grosse Erfolge in der Diversifizierungspolitik erzielt:

- In den letzten Jahren wurde die Verbundenheit des polnischen Gasnetzwerks durch den Bau von Verbindungsleitungen zu Deutschland, Tschechien, Slowakei und Litauen und eines LNG-Terminals massgeblich erhöht (IPA, 2015, S. 4). Obwohl Polen derzeitig, wie erwähnt, über 60% seines Gasimportbedarfs durch Lieferungen aus Russland deckt, ist Polen eigentlich im Stande, über 90% des Gasimportbedarfs aus dem Westen oder Süden zu importieren (IPA, 2015, S. 4). Der polnische Staatskonzern PGNiG hat bereits angekündigt, dass der Langfristvertrag mit Gazprom, der 2022 abläuft, nicht verlängert werden wird (Center of Energy Partnership [CEP], 2018). Der geplante Ausbau des polnischen LNG-Terminals (von 5 auf 7.5 Mrd. m³) und beabsichtigte Gaslieferungen aus Norwegen durch das Baltic Pipe-Projekt sollten künftig das Rückgrat der Gasversorgungssicherheit Polens darstellen (PGNiG, 2017). Zu diesem Zweck unterzeichnete PGNiG 2018 mit US-Lieferanten zwei langfristige LNG-Verträge für insgesamt ca. 4.65 Mrd. m³ pro Jahr ab 2023 (PGNiG, 2018a; PGNiG, 2018b).
- Die Gasversorgung Deutschlands ist ebenfalls breit diversifiziert, was sich in einem hohen Grad der Absicherung der Erdgasversorgung niederschlägt (BMW, 2019a, S. 12). Gas wird über ein weit verzweigtes Pipelinesystem aus Russland, Norwegen und anderen Ländern importiert. Darüber hinaus fördert die deutsche Bundesregierung seit jüngerer Zeit den Aufbau von LNG-Infrastruktur als eine

neue Versorgungsquelle (BMWi, 2019c). Ausserdem verfügt Deutschland im EU-Vergleich über die grösste Erdgasspeicherkapazität (BMWi, 2019a, S. 14), die einem Viertel des jährlichen Verbrauchs entspricht (BGR, 2019, S. 53). Weil Deutschland im EU-Erdgasbinnenmarkt sehr gut integriert ist, werden erhebliche Mengen an Erdgas über das gut ausgebaute deutsche Gas-Fernleitungsnetz in andere EU-Staaten transportiert (BMWi, 2019a, S. 17).

2.1.3 EU-Klimapolitik und die Rolle von Erdgas

Die Nord Stream 2-Pipeline soll 55 Mrd. m³ zusätzlicher Gas-Importkapazität für den europäischen Gasmarkt schaffen. Dabei stellt sich die Frage, welche Rolle Erdgas im EU-Energiemix angesichts der Klima-Ziele langfristig spielen kann und wird.

EU-Klimaziele

Zwecks der Umstellung der EU auf eine CO₂-arme Wirtschaft legte die Europäische Kommission in den letzten Jahren verschiedene mittel- und langfristige Strategien und Rahmenwerke vor, deren Kern drei Hauptziele ausmachen: Minderung der Treibhausgasemissionen, Ausbau erneuerbarer Energien und Verbesserungen der Energieeffizienz (Europäische Kommission, 2014a). Für diese Ziele werden ausserdem konkrete Zielwerte formuliert, welche regelmässig überprüft und gegebenenfalls aktualisiert werden. 2018 erfolgte die jüngste Überarbeitung der EU-Hauptzielwerte bis 2030 (Europäische Kommission, 2019b):

1. Ein verbindliches Mindestziel von 32.5% für die Steigerung der **Energieeffizienz**
2. Ein verbindliches Mindestziel von 32% für den **Anteil der erneuerbaren Energien** am Energieverbrauch der EU
3. Verringerung der **Treibhausgasemissionen** um 40% gegenüber dem Jahr 1990

Diese mittelfristigen Ziele dienen auch als Grundlage für die langfristige 2050-Strategie (Long-Term Strategy, LTS) «A Clean Planet for All», welche die EU-Kommission im November 2018 veröffentlichte (Europäische Kommission, 2018b). Die Strategie stellt keine konkrete Gesetzinitiative dar, sondern gibt eine Richtung für die langfristige Klima- und Energiepolitik der EU vor. Laut dem von der Kommission bevorzugten Szenario sollen die Netto-Treibhausgasemissionen in der EU bis zum Jahr 2050 null betragen (Europäische Kommission, 2018b). Die Emissionen aus der Erdgas-Nutzung findet die Kommission inkompatibel mit den langfristigen EU-Klimazielen, was die künftige Rolle von Erdgas in Frage stellt (Europäische Kommission, 2018c). Abhängig vom Sektor

könnte Erdgas durch karbonneutrale Gasformen (Biogas, E-Gas) oder durch Wasserstoff zum grossen Teil ersetzt werden. Der Gesamtverbrauch von allen Gasformen sollte aber den Schätzungen der EU-Kommission zufolge bis 2050 deutlich zurückgehen (Europäische Kommission, 2018c). In diesem Zusammenhang werden auch Fragen bezüglich des Nutzungspotenzials der in der EU existierenden Erdgasinfrastruktur aufgeworfen. Laut EU-Kommission könnte die Erdgasinfrastruktur für den Transport von Biogas und Wasserstoffen und zur Energiespeicherung genutzt werden, das Risiko von verlorenen Vermögenswerten («stranded assets») bleibt aber trotzdem bestehen. Da die LTS eine Vision darstellt, sind die beschriebenen Szenarien ein Stück zu relativieren.

Erdgas als emissionsärmere Energiequelle

Auch wenn Erdgas 2015 für ca. 25% der Emissionen des EU-Stromsektors verantwortlich war (IEA, 2018), ist es der emissionsärmste fossile Energieträger. Bei der Stromerzeugung weist Erdgas im Vergleich zu Braunkohle mehr 50% weniger CO₂-Emissionen auf (Forschungsstelle für Energiewirtschaft, 2010), wie die folgende Tabelle zeigt:

Strom aus:	CO₂-Emissionen in g/kWh (netto)
Braunkohle	1'175
Steinkohle	931
Mineralöl	859
Erdgas	518

Tabelle 3: CO₂-Emissionen der eingesetzten Energieträger zur Stromerzeugung in Deutschland, 2009 (in Anlehnung an Forschungsstelle für Energiewirtschaft e.V., 2010)

Demzufolge könnte Erdgas zu einer schnelleren Reduktion der Treibhausgasemissionen in der EU beitragen, beispielsweise bei einer Umstellung von Kohle und Erdöl auf Gas (Eurogas, 2018). Laut IHS Markit-Experten könnte allein Deutschland durch die Umstellung von Braunkohle- auf Gaskraftwerken seine jährliche CO₂-Emissionen um 73 Gigatonnen senken, doppelt so viel wie die Emissionsminderung des ganzen deutschen Stromsektors in den letzten 20 Jahren (Energy Post, 2018). Eurogas schätzt, die EU könnte durch diesen Wechsel ihre 2030-Emissionsminderungsziele um 5% übertreffen (Eurogas, 2018). Ausserdem kann Erdgas die Angebotsschwankungen von erneuerbaren Energien ausgleichen. Konventionelle Gaskraftwerke sind flexibler als Kernkraft- oder Kohlekraftwerke und können dadurch eine zuverlässige Stromversorgung und die Netzstabilität gewährleisten (GasNaturally, 2019).

Laut EU-Kommission werden die Energieeffizienzziele zu einer Reduktion des gesamten Gasbedarfs in der EU führen (EPSC, 2017, S.1). Jedoch erkennt die EU-Kommission die Rolle von Erdgas als eine «Brückentechnologie» an und räumt ein, dass Erdgas in den

kommenden Jahrzehnten ein wichtiger Bestandteil des EU-Energiemixes bleiben wird (Europäische Kommission, 2019f).

Erneuerbare Gase

Angesichts der langfristigen EU-Klimaziele wird das Dekarbonisierungspotential der Gastechnologie aktuell stark thematisiert. Die Gasindustrie argumentiert, Gas könne sich perspektivisch zu einem klimaneutralen Energieträger entwickeln (DVGW, 2019), wobei die aktuell verfügbaren Grünungstechnologien noch nicht grosstechnisch erprobt wurden (Europäische Kommission, 2018b). Die nachfolgende Tabelle präsentiert überblicksartig die wichtigsten Formen der erneuerbaren Gase:

Bioerdgas (Biomethan)	Das Bioerdgas wird aus Biomasse gewonnen. Es entspricht in seiner Qualität und seinem Energiegehalt dem konventionellen Erdgas. Es ist mit fossilem Erdgas chemisch identisch und kann in das Erdgasnetz eingespeist werden. Synthetisches Biomethan (Synthetic Natural Gas, Bio-SNG) wird aus fester Biomasse durch Biomassevergasung hergestellt.
Power-to-Gas (P2G)	Die P2G -Technologie stabilisiert die schwankende Stromerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen, indem der überschüssige CO ₂ -freie Strom in Gas umgewandelt wird. Der aus Strom und Wasser hergestellte Wasserstoff oder synthetisches Erdgas kann direkt in das Erdgasnetz eingespeist werden. Durch P2G wird der Strom somit speicherbar und bedarfsgerecht transportfähig. Dabei entstehen als Abfallprodukte nur Sauerstoff und Wasser. Der grösste Nachteil der Technologie besteht jedoch in den energieintensiven Produktionsverfahren und den damit verbundenen Effizienzverlusten. Ausserdem sollte genügend CO ₂ -freier Strom zur Verfügung stehen.
Wasserstoff	Wasserstoff wird durch P2G («grüner Wasserstoff») oder durch Dampf-Reformation mit CO ₂ -Abscheidung und -Speicherung aus Erdgas («blauer Wasserstoff») gewonnen. Der Wasserstoff kann ins Erdgasnetz eingespeist und als Speicher im Stromsektor eingesetzt werden. Er kann auch als möglicher Energieträger für die Nutzung in den Wärme- und Verkehrssektoren und als Einsatzstoff für die Industrie benutzt werden. Im Gegensatz zu fossilen Brennstoffen verursacht Wasserstoff bei der Verbrennung keine schädlichen Emissionen.

Tabelle 4: Überblick über die Formen der erneuerbaren Gase (in Anlehnung an Zukunft Erdgas; Deutsche Energie-Agentur, 2019; DVGW, 2019; Europäische Kommission, 2018)

Eine wirtschaftliche Erzeugung von erneuerbaren Gasen wird derzeit wegen niedriger Wirkungsgrade bei der Umwandlung erschwert, da die Herstellung mehrere energieintensive Prozessschritte erfordert (BGR, 2019, S. 21). Die Bereitstellung der wichtigsten

Ausgangsstoffe (gereinigtes Wasser, Kohlenstoffdioxid) ist ebenfalls mit Energieaufwand verbunden (BGR, 2019, S. 21). Das verfügbare Volumen an erneuerbaren Gasen dürfte in der EU bis 2025 relativ bescheiden bleiben und nicht ausreichend sein, um den Rückgang der einheimischen Erdgasproduktion auszugleichen (IHS Markit, 2018, S. 7), wobei die P2G-Technologien zur Reduktion der Gasimporte in die EU beitragen könnte (EPSC, 2017, S. 1).

2.2 Implikationen von Nord Stream 2

2.2.1 Implikationen für den europäischen Gasmarkt

Aktuell wird russisches Gas nach Europa über die Jamal-Europa-Erdgasleitung (Kapazität ca. 33 Mrd. m³/a) durch Weissrussland und Polen, über das ukrainische Leitungssystem (Kapazität ca. 120 Mrd. m³/a) und über die bestehende Nord Stream 1-Pipeline in der Ostsee (Kapazität 55 Mrd. m³/a) geleitet (BMWi, 2019a). Nord Stream 2 wird somit neben Nord Stream 1 eine zweite Direktanbindung zwischen Russland und der EU sein.

Die zwei parallelen Leitungsstränge des Nord Stream 2-Systems mit einer Gesamtkapazität von 55 Mrd. m³/a Erdgas werden offshore durch die Ostsee von Russland bis zur deutschen Küste verlaufen (Nord Stream 2, 2019). Die Route von Nord Stream 2 ist dem Verlauf der bereits in Betrieb befindlichen Nord Stream 1-Gasleitung fast identisch. Die in der Schweiz (Zug) ansässige Projektfirma gehört zu 100% dem russischen Gazprom-Konzern und das Projekt wird von der britisch-niederländischen Royal Dutch Shell, der deutschen E.ON-Abspaltung Uniper, der deutschen BASF-Tochtergesellschaft Wintershall, dem österreichischen Energiekonzern OMV und dem französischen Energieunternehmen Engie unterstützt. Der Bau hat 2018 angefangen und die Fertigstellung der Pipeline ist für Ende 2019 geplant (Nord Stream 2, 2019). Das 9.5-Milliarden Projekt wird von den sechs beteiligten Energiefirmen finanziert und erhält keine finanzielle Unterstützung von der EU oder EU-Mitgliedstaaten.

Bevor man über konkrete Auswirkungen vom Projekt auf den europäischen Gasmarkt spricht, sollte die übergreifende Frage beantwortet werden: Wie ist Nord Stream 2 anhand der energiepolitischen Grundsätze der EU zu bewerten? Zur von der EU angestrebten Diversifizierung der Zulieferländer trägt eine zusätzliche Importpipeline aus Russland nicht bei, vermindert die Anzahl der verfügbaren Zulieferländer aber auch nicht. Dabei trägt eine neue Importpipeline zur Diversifizierung der Transportwege in der EU bei, solange Nord Stream 2 zusätzliches Gas in die EU bringt und nicht zu einer Schliessung

existierender Importrouten führt. Gemäss der im vorgängigen Unterkapitel erläuterten Definition der Abhängigkeit scheint Nord Stream 2 im Hinblick auf den Gasabhängigkeitsgrad der EU neutral zu sein, auch wenn Gazprom dadurch seinen Anteil am europäischen Gasmarkt weiter vergrössern und seine «marktbeherrschende Position» weiter stärken könnte (Giuli, 2018, S. 5). Im Sinne des Versorgungssicherheitskonzepts bezeichnete auch der Rechtsdienst des Rats der EU die Annahme, dass eine Erschliessung zusätzlicher Routen die Abhängigkeit der EU von externen Energiezulieferern steigern könnte, als «kontraintuitiv» (Rat der EU, 2017, S. 4). Der Rechtsdienst betonte stattdessen den Umstand, dass die neue Anbindung mit keinen Transitriskien verbunden ist und deswegen die Resilienz der EU gegenüber externen Unterbrechungen der Gasversorgungen stärkt (Rat der EU, 2017, S. 3). Die Energiesicherheit der EU sollte somit wegen Nord Stream 2 im Prinzip nicht beeinträchtigt werden (Giuli, 2018, S. 13).

Einige Gasmarktexperten argumentieren jedoch, dass die Diversifizierungsbemühungen der EU trotzdem unterminiert werden würden, weil zusätzliche Lieferungen von preisgünstigem russischen Gas andere Anbieter vom Bau alternativer Kapazitäten abhalten könnten (Giuli, 2018, S. 5). Dieses Argument widerspricht aber den Wettbewerbsprinzipien des freien Markts, der ja eine Preiskonkurrenz zugunsten der Verbraucher bezweckt (Gordon, 2018, S. 3).

Was die konkreten Implikationen auf den europäischen Gasmarkt angeht, wird beispielsweise prognostiziert, dass russische Gasexporte zum Teil von den anderen Transportrouten auf Nord Stream 2 umgeleitet werden würden (IHS Markit, 2018, S. 4). Die Gasflüsse in der EU würden sich demnach so verändern, dass wegen Nord Stream 2 eine Konzentration der Importe im baltischen Korridor entstehen würde (EPSC, 2017, S. 6). In erster Linie würde die ukrainische Transitroute unter einer möglichen Umleitung von Gastransitvolumen leiden (IHS Markit, 2018, S. 16). Erfahrungsgemäss hat sich tatsächlich der Gastransit durch die Ukraine mit jeder neuen Pipeline von Russland in die EU verringert (Jamal, Nord Stream 1) (Lang & Westphal, 2016, S. 11). Zu der behaupteten Konzentration von Gasimporten könnte es nur dann kommen, wenn Gasflüsse tatsächlich umgeleitet werden würden. Ein Ausbau verfügbarer Importkapazitäten bedeutet aber nicht automatisch eine Umlenkung der tatsächlichen Gasflüsse.

Das durch Nord Stream 2 geleitete Gas wird direkt nach Deutschland, dem grösstem EU-Gasmarkt, fliessen. Das solle Deutschland zu einem Gas-Hub für die Importe russischen Gases in die EU machen (Riley, 2018b, S. 6). Allerdings wird das Nord Stream 2-Gas nur

zu einem Teil in Deutschland verbraucht werden (Europäische Kommission, 2017a, S. 56). Die Europäische Gas-Anbindungsleitung (EUGAL) wird Gasmengen in den europäischen Binnenmarkt bedarfsgerecht abtransportieren (BMW, 2019a), weshalb alle regionalen Gasmärkte in Europa vom zusätzlichen Gasvolumen profitieren könnten. Mehr Liquidität in den europäischen Gas-Hubs würde ausserdem mehr Flexibilität bei Gasflüssen bewirken (IHS Markit, 2018, S. 8). So ist beispielsweise prognostiziert worden, dass mit Nord Stream 2 mehr Gasflüsse von Westen nach Osten stattfinden würden (Energiewirtschaftliche Institut an der Universität zu Köln [EWI], 2017, S.3), was zu einem verstärkten Gas-zu-Gas-Wettbewerb und damit zu niedrigeren Gaspreisen führen würde. Dem wird jedoch entgegengehalten, dass Gazprom auf diese Weise die West-Ost-Verbindungsleitungen mit seinem Gas füllen würde, so dass kein anderer Lieferant in den osteuropäischen Gasmarkt einsteigen könnte (Riley, 2018b, S. 5) und sich dadurch die West-Ost-Transportkapazitäten für nicht-russisches Gas verkleinern würden (EPSC, 2017, S. 7).

Aus Sicht der Gasverbraucher dürfte die Entwicklung neuer Importinfrastruktur, die darüber hinaus privat finanziert wird, vorteilhaft sein, da ein grösseres Gasangebot mehr Wettbewerbsdruck auf die Preise ausübt (IHS Markit, 2018, S. 6). Unter der Annahme, dass Nord Stream 2 zusätzliche russische Exporte ermöglicht, prognostiziert das Energiewirtschaftliche Institut an der Köln-Universität (EWI), dass Nord Stream 2 eine Preissenkung von bis zu 13% bewirken könnte (EWI, 2017, S. 6). Von tieferen Gaspreisen sollten der ewi-Studie zufolge alle EU-Länder profitieren. Je nach globalen LNG-Preisen würde der jährliche Wohlfahrtsgewinn für Polen zwischen €0.4 und 1.3 Milliarden und für Deutschland zwischen €2.1 und 5.9 Milliarden betragen (EWI, 2017, S. 30). Demgegenüber ist aber eine andere Studie zum Schluss gekommen, dass die Gaspreise in Osteuropa wegen West-Ost-Infrastrukturengpässen steigen würden (Regional Centre for Energy Policy Research [REKK], 2017), wobei man beachten muss, dass in dieser Studie einige unwahrscheinliche Annahmen getroffen wurden (z.B. fixe LNG-Importmengen). Darüber hinaus wird rasoniert, dass nur Deutschland von tieferen Preisen profitieren würde und dass Nord Stream 2 für Gazprom eine Preisdiskriminierungsstrategie ermöglichen würde (Zachmann, 2016, S. 2). Die Europäische Kommission ist hingegen zu dem Schluss gekommen, dass die europäischen Gaspreise eher durch globale LNG-Preise und den EU-Gasbedarf beeinflusst werden, während das Vorhandensein von Nord Stream 2 in dieser Hinsicht weniger ausschlaggebend sei (Europäische Kommission, 2017a).

Wie bereits erwähnt, werden vor allem russisches Pipelinegas und LNG um ihren Anteil an der Belieferung der entstehenden Importlücke des EU-Gasmarkts konkurrieren müssen. Demzufolge hängt der konkrete Einfluss von Nord Stream 2 auf den europäischen Gasmarkt auch vom Wettbewerb zwischen russischem Gas und LNG ab (Giuli, 2018). Aufgrund der Preiskonkurrenz dürfte Nord Stream 2 grundsätzlich dazu führen, dass weniger LNG in die EU importiert werden würde (Europäische Kommission, 2017a, S. 45) und dass die LNG-Importpreise in Europa deswegen sinken würden (EWI, 2017, S. 6).

Die durch Nord Stream 2 potenziell niedrigeren Gaspreise könnten auch den Brennstoffwechsel von Kohle zu Gas in der EU beschleunigen, was zur Verringerung der CO₂-Emissionen in der EU führen würde. Laut dem Projektentwickler könne der Einsatz von 55 Mrd. m³ Erdgas statt Kohle den CO₂-Ausstoß aus der EU-Stromerzeugung um ca. 160 Millionen Tonnen Kohlendioxid-Äquivalente (14% der totalen CO₂-Emissionen der EU) verringern (Nord Stream 2, 2018). Ausserdem fällt die CO₂-Bilanz von modernen Offshore-Pipelines im Vergleich zu alternativen Streckenführungen positiv aus. Durch die direkte und kürzere Anbindung wird Methanschwund vermieden und weniger Gas in Gasverdichterstationen verbrannt. Offshore-Pipelines verursachen ausserdem weniger Emissionen als LNG. Schätzungen zufolge wird die ganze neue Transportroute von den russischen Gasfeldern bis zur deutschen Ostseeküste 2.4 bis 4.6 Mal weniger CO₂-Emissionen als die Verschiffung von äquivalenten LNG-Mengen verursachen (thinkstep, 2017).

Angesichts der potenziellen Implikationen von Nord Stream 2 für die Versorgungssicherheit, den Wettbewerb im europäischen Gasmarkt und die Umwelt scheint das Projekt also grundsätzlich auch mit den Zielen der Energieunion vereinbar zu sein.

Ein weiterer Diskussionspunkt betrifft die marktregulatorischen Bedingungen für den Betrieb der Nord Stream 2-Leitung. Es ist oftmals von einem «regelungsfreien Raum» oder «Legal Void» gesprochen worden, in dem der Betrieb von Nord Stream 2 stattfinden würde (Europäische Kommission, 2017c). Hauptsächlich geht es um die Frage, ob die EU-Binnenmarktregeln, nämlich das so genannte Dritte Energiepaket von 2009 («Third Energy Package», nachfolgend «TEP») auf Nord Stream 2 anwendbar sind beziehungsweise anwendbar sein sollten (Goldthau, 2016, S. 21). Das TEP regelt den Betrieb von Gasinfrastruktur in der EU und sieht vor, dass für alle Gasleitungen im EU-Binnenmarkt bestimmte Grundsätze gelten, wie zum Beispiel Netzzugang für Drittanbieter, Entgeltregulierung und eigentumsrechtliche Entflechtung. Im Falle der Anwendung dieser Regeln

auf Nord Stream 2 wäre das Projekt für Gazprom kommerziell weniger attraktiv. Einige Experten vertreten die Ansicht, dass diese EU-Regeln schon nach der aktuellen Rechtslage für den künftigen Betrieb der Nord Stream 2-Pipeline gelten (Riley, 2018a; Zaslavskiy, 2017), während Analysen von anderen Experten zeigen, dass vergleichbare Offshore-Importpipelines inklusive Nord Stream 1 diesen Regeln nach der aktuellen Rechtslage nicht unterliegen (Fischer, 2017; Pirani & Yafimava, 2016).

Nachdem sich auch Rechtsdienst der Europäischen Kommission schliesslich der letzteren Rechtsauffassung angeschlossen hatte (Europäische Kommission, 2017b), beantragte die Kommission bei den EU-Mitgliedstaaten im Rat der EU ein Mandat zur Führung internationaler Verhandlungen mit der russischen Regierung, um mit Russland die Ausdehnung der EU-Regeln für den Betrieb von Erdgas-Pipelines im Binnenmarkt auf Nord Stream 2 zu vereinbaren. Der Rechtsdienst des EU-Rats lehnte aber die Begründung der Kommission für die Notwendigkeit solcher Verhandlungen ab (Rat der EU, 2017). Daraufhin nutzte die Kommission ihr Initiativrecht für EU-Gesetzgebung und brachte ein Gesetzgebungsverfahren auf den Weg, um die vorgenannten TEP-Prinzipien der Gasrichtlinie von 2009 auf Importpipelines wie Nord Stream 2 anwendbar zu machen (Gordon, 2018, S. 4). Auf die Herangehensweise der Kommission wird detaillierter in den Kapiteln «Ergebnisse» und «Diskussion» eingegangen.

2.2.2 Geopolitische Implikationen

Die Gaskooperation mit Russland unterliegt in der EU einer besonders aufmerksamen, geopolitisch qualitativen Bewertung (Lang & Westphal, 2016, S. 8). Seit der Eskalation des Gasstreits zwischen der Ukraine und Russland 2006 und 2009 und der Unterbrechung der russischen Gaslieferungen nach Europa wird russisches Gas in vielen europäischen Ländern als «ausserpolitisches Instrument des Kremls» und «politische Waffe Russlands» bezeichnet (Zaslavskiy, 2017, S. 1), wenngleich russisches Gas zuvor fast 40 Jahre lang zuverlässig geliefert wurde (Goldthau, 2016, S. 9). Vor allem osteuropäische Länder, derer Energiesicherheit im Vergleich zu Nordwesteuropa weniger resilient ist, befürchten, dass sie politischer Erpressung seitens Russland (d.h. potenzieller Gewinnung von politischen Zugeständnissen im Gegenzug für Gaslieferungen) ausgesetzt werden könnten (Yafimava, 2015, S. 5). Diese Wahrnehmung wurde von der Krise in der Ukraine, die als Versuch Russlands zur Wiederherstellung seiner Dominanz im postsowjetischen Einflussbereich gesehen wurde, wieder wachgerufen (Yafimava, 2015, S. 17). Als Folge haben viele osteuropäische Länder ihre Aufrufe zur Reduktion der

Importe von russischem Gas weiter intensiviert. Auch die Europäische Kommission demonstrierte anhand ihrer jüngsten energiepolitischen Initiativen, nämlich der bereits erwähnten Energiesicherheitsstrategie 2014 und dem Massnahmenpaket zur Energieunion, dass russisches Gas in der EU «politisch unwillkommen» sei (Yafimava, 2015, S. 20).

In diesem sicherheitspolitischen Kontext betrachten viele osteuropäische Länder Nord Stream 2 als «ausserpolitisches Instrument des Kremls» (Götz, 2017). Es wird befürchtet, Gazprom könne seine Marktmacht punktgenauer ausüben, indem die nordwesteuropäischen Märkte ausreichend versorgt bleiben, während die Gasexporte für die Märkte in Ostmittel- und Südeuropa zur politischen Einflussnahme instrumentalisiert werden würden (Lang & Westphal, 2016, S. 40). Es gibt jedoch keine schlüssigen Beweise, dass Russland seine «Gaswaffe» gegen bestimmte Länder in der Vergangenheit eingesetzt hätte (Yafimava, 2015, S. 17). Hingegen gibt es Evidenzen, dass Gazprom sich in allen europäischen Ländern gewinnmaximierend verhält. Vor allem betrifft es die osteuropäischen Länder, wo Gazprom wegen mangelnden Wettbewerbs der grösste Gaszulieferer bleibt (Yafimava, 2015, S. 17).

Aus geopolitischer Sicht stellt sich jedenfalls die Frage, welche politischen Intentionen Russland mit dem Nord Stream 2-Projekt zu verfolgen vermag. Oft wird davon ausgegangen, Russland baue Nord Stream 2, um die Transitländer (Weissrussland, Polen, Slowakei und vor allem die Ukraine) aus politischen Gründen zu umgehen und zu schwächen (Lang & Westphal, 2016, S. 11; Zaslavskiy, 2017, S. 7). Das würde für diese Länder weniger Einnahmen aus Transitgebühren bedeuten (Fischer, 2016, S. 2). Im Falle der Ukraine wären das \$2 Milliarden oder ca. 2.5% des ukrainischen Bruttoinlandsprodukts (Goldthau, 2016). Für die Ukraine kommt hinzu, dass der existierende Gastransitvertrag zwischen Russland und der Ukraine Ende 2019 ausläuft und neu verhandelt werden muss. Nord Stream 2 könnte in diesem Fall die Verhandlungsposition Russlands gegenüber der Ukraine stärken, da die Pipeline den Transit durch die Ukraine ab 2020 überflüssig machen könnte (Riley, 2018c, S. 3). Allerdings wurden 2018 durch die Ukraine 86.8 Mrd. m³ russischen Gases geleitet (Ukrtransgaz, 2019), was von Nord Stream 2 mit einer zukünftigen Kapazität von 55 Mrd. m³ gar nicht voll ersetzt werden könnte. Darüber hinaus dürfte Gazprom auch zukünftig den Transit durch die Ukraine weiter benötigen, um den steigenden Gas-Importbedarf der EU zu bedienen und um Ausweichmöglichkeiten bei Reparaturen oder möglichen Störfällen zu haben (Götz, 2017). Dementsprechend erscheint es unwahrscheinlich, dass Gazprom wegen des Baus

von Nord Stream 2 auf die Transitkapazitäten durch die Ukraine komplett verzichten könnte (Pirani, 2018, S. 18).

Obwohl es somit unklar ist, ob Nord Stream 2 die Ukraine politisch oder energiewirtschaftlich destabilisieren könnte (Lang & Westphal, 2016, S. 41), stellt es für die EU auf jeden Fall eine politische Inkohärenz dar, wenn die EU einerseits die Ukraine unterstützt, andererseits aber eine potenzielle wirtschaftliche Schwächung des Landes zulässt (Vihma & Wigell, 2016, S. 7). Zachmann (2016) warnt ausserdem, Deutschlands freundliche Positionierung zu Nord Stream 2 könne die europäische Einigkeit in Sachen Russland- und Energiepolitik unterminieren und erhebliche aussenpolitische Kosten mit sich bringen.

2.3 Zwischenfazit

Erdgas ist ein wichtiger Bestandteil vom EU-Energiemix. Angesichts der EU-Klimaziele könnte Erdgas als einem emissionsärmeren Energieträger eine Brückenfunktion zukommen. Vor allem in Deutschland dürfte das der Fall sein. Während aber der Erdgasbedarf in der EU kurz- bis mittelfristig stabil bleiben dürfte, gehen die europäischen Gasfördermengen zurück. Daher dürfte sich der Anteil der aus Drittländern importierten Gasmenngen (russisches Pipelinegas und LNG) in der EU zumindest vorübergehend erhöhen. Die EU verfügt über eine diversifizierte Erdgasversorgungsbasis, weshalb diese Tendenz kein Versorgungssicherheitsrisiko für die EU darstellen würde. Die Gasversorgung Polens und Deutschlands ist ebenfalls gut diversifiziert und darum verhältnismässig sicher.

Nord Stream 2 kann dazu beitragen, die wachsende Importlücke in der EU zu schliessen. Unter dem Gesichtspunkt der europäischen Versorgungssicherheit sollte das Projekt für die EU keine offensichtlichen Nachteile bringen. Eine grössere Gasabhängigkeit der EU von Russland, die von den osteuropäischen Staaten befürchtet wird, sollte Nord Stream 2 rational gesehen auch nicht bewirken. Dabei haben sich die markregulatorischen Aspekte der Projektumsetzung als höchst umstritten erwiesen. Für die osteuropäischen Länder ist auch die geopolitische Seite des Projekts von grosser Bedeutung, wobei sich die Implikationen des Projekts in diesem Bereich nicht eindeutig beurteilen lassen.

3 Hypothesenbildung

Dieses Kapitel dient der Hypothesenaufstellung auf Basis der definierten Zielsetzung und Forschungsfrage. Wie in der Einleitung erläutert wurde, ist das Ziel dieser Arbeit, die Argumentationsmuster von Deutschland, Polen und der Europäischen Kommission bezüglich des Nord Stream 2-Projekts auszuarbeiten und zu vergleichen. Dabei sollte vor allem der Einsatz Gasmarkt-bezogener Argumente analysiert werden.

Aufbauend auf der Analyse der aktuellen Lage und des Funktionierens des europäischen Gasmarkts (Kapitel 2.1) sowie der vorhergehenden Darstellung der möglichen marktwirtschaftlichen und geopolitischen Implikationen von Nord Stream 2 auf die EU und einzelne EU-Länder (Kapitel 2.2) lassen sich die nachfolgenden Hypothesen formulieren:

Hypothese 1: Die Positionen von Polen und Deutschland stehen von Anfang an in Konflikt

Hypothese 2: Die Auswirkung von NSP2 auf Diversifizierung ist im Gesamtdiskurs von Anfang an umstritten

Hypothese 3: Die Position, dass die Ukraine ein Transitland bleiben müsse, wird von allen Akteuren von Anfang an geteilt

Hypothese 4: Deutschland unterstützt Nord Stream 2 aus Gasmarkt-bezogenen Gründen

4.1 Der kommerzielle Charakter von Nord Stream 2 wird im deutschen Diskurs von Anfang an stark betont

4.2 Das Argument, dass der Gasbedarf in Deutschland künftig steigen wird, gewinnt im deutschen Diskurs zunehmend an Bedeutung

4.3 Mit zunehmenden Zeitablauf erkennt Deutschland an, dass Nord Stream 2 auch politische Implikationen hat, die adressiert werden müssen

4.4 Vor allem Deutschlands Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) setzt sich ein

Hypothese 5: Polen lehnt Nord Stream 2 aus politischen Gründen ab

5.1 Das Argument, Nord Stream 2 führe zur grösseren Abhängigkeit von Russland, wird im polnischen Diskurs von Anfang an stark betont

5.2 Das Argument, Nord Stream 2 widerspreche der europäischen Solidarität, wird im polnischen Diskurs von Anfang an stark betont

5.3 Das Argument, Nord Stream 2 gefährde die Transitroute durch Polen, gewinnt im polnischen Diskurs an Bedeutung

5.4 Vor allem Polens Außenministerium setzt sich ein

Hypothese 6: Die Europäische Kommission lehnt Nord Stream 2 aus politischen Gründen ab

6.1 Das Argument, Nord Stream 2 widerspreche den Zielen der Energieunion, wird von der Europäischen Kommission von Anfang an stark betont

6.2 Marktregulatorische Themen und Instrumente gewinnen im Diskurs der Europäischen Kommission mit zunehmendem Zeitablauf an Bedeutung

6.3 Das Argument, die Gasimporte der EU sollen in Zukunft steigen, wird von der Europäischen Kommission vernachlässigt

6.4 Vor allem die Generaldirektion für Energie (GD Energie) setzt sich ein

Die ersten drei explorativen Haupthypothesen beziehen sich auf den gesamten Diskurs der beteiligten Akteure. Die weiteren drei Hypothesen betreffen hingegen die Ausrichtung der separaten Argumentationsmuster der ausgewählten Akteure. Dabei spiegeln die Unterhypothesen konkrete Argumente und thematische Formationen wider, um die zeitliche und inhaltliche Dynamik der Argumentation besser nachvollziehen zu können.

4 Methodisches Vorgehen

Im folgenden Kapitel wird die zur Überprüfung der aufgestellten Hypothesen gewählte Methodik aufgezeigt. Zunächst wird die Methode der Diskursnetzwerkanalyse präsentiert. Desweiteren wird die genauere Vorgehensweise bei der Auswahl der Textquellen, Codierung der Textdaten und der Bildung von Kategorien erläutert. Zum Schluss wird die Darstellung der Ergebnisse mit der Software *visone* vorgestellt.

4.1 Diskursnetzwerkanalyse

Das Ziel der vorliegenden Arbeit ist es, die Argumentationsstrukturen der ausgewählten Akteure zu analysieren. Um die Argumente und Positionen der Akteure zu erfassen und miteinander sinnvoll in Beziehung zu setzen, wurde die Forschungsmethode der Diskursnetzwerkanalyse gewählt. Die Analyse von Diskursnetzwerken setzt eine Untersuchung der Diskurse (argumentativer und narrativer Strukturen) und eine Verknüpfung der in Diskursen verwendeten Elemente mit Akteuren voraus (Jannig, Leifeld, Malang, & Schneider, 2009, S. 69). Demzufolge besteht der Hauptvorteil eines diskursnetzwerkanalytischen Verfahrens im Vergleich zu anderen Forschungsdesigns (z.B. Diskursanalyse oder Inhaltsanalyse) darin, dass das simultane Zusammenlegen der Akteurs- und Konzeptnetzwerke ermöglicht wird (Nagel, 2016, S. 113). Anhand dieser Methode können Änderungen der Akteurskonstellationen sowie Transformationen im gesamten Diskursraum und in den Argumentationsmustern der einzelnen Akteure aufeinander bezogen und dynamisch verfolgt werden (Jannig et al., 2009, S. 73).

Für die analytische Betrachtung der Diskursnetzwerke wird in dieser Arbeit der Advocacy-Koalition-Ansatz von Sabatier (1988) angewendet. Hierbei liegt der Fokus auf der Interaktion von Akteuren, welche ein Interesse an einem Politikfeld haben und die handlungsleitenden Orientierungen ihrer Überzeugungssysteme («belief systems») in praktische Politik umsetzen wollen (Sabatier, 1988, S. 142). Die Grundlage eines Überzeugungssystems bilden dabei die Kern-Wertvorstellungen («core beliefs»), welche grundlegende normative Überzeugungen der Akteure umfassen und die handlungsleitende Motivation der Akteure bilden (Schneider & Janning, 2006, S. 197). Die zweite Ebene eines Überzeugungssystems bezieht sich auf die zentralen Positionen, Kausalannahmen und Strategien der Akteure («policy core») zur Umsetzung ihrer Kernvorstellungen. Die dritte Ebene umfasst die sekundären Aspekte beziehungsweise instrumentelle Entscheidungen, um Inhalte des Policy-Kerns durchzusetzen. Zu einer Advocacy-Koalition gehören somit diejenigen Akteure, die ein Überzeugungssystem teilen und die sich über einen Zeitraum

hinweg koordinieren. Oft gibt es auch Policy-Vermittler («brokers»), die selbst keiner Koalition zugehören, sondern versuchen, vernünftige Kompromisse zwischen den Koalitionen herbeizuführen (Sabatier, 1988, S. 141). Für Veränderungen in Akteurs- und Interessenkonstellationen können dem Advocacy-Koalition-Ansatz zufolge Veränderungen in den Wertvorstellungen oder externe Perturbationen sorgen, die die Handlungsmöglichkeiten der Akteure beeinflussen (Sabatier, 1988, S. 148).

Der wertvorstellungsbasierte Advocacy-Koalition-Ansatz schliesst aber nicht aus, dass die Akteure in ihren Handlungen meist kurzfristigere Eigeninteressen verfolgen (Schneider, 2014, S. 267). Vielmehr spiegeln die konkreten Interessen die Wertvorstellungen von Akteuren wider (Schneider & Janning, S. 197). Der Ansatz ermöglicht somit eine Verknüpfung der umfassenden handlungsleitenden Faktoren wie Perzeptionen und Überzeugungen der Akteure mit ihren Positionen und Argumenten bei einem konkreten Policy-Issue.

4.2 Bildung des Datenkorpus

Die Rekonstruktion der Argumentationsmuster basiert auf eine «Menge von Aussagen» der untersuchten Akteure (Foucault, 1981, S. 170). Für die Diskursnetzwerkanalyse stellen die in Textdaten erhaltenen Aussagen die Datengrundlage dar (Jannig et al. 2009, S. 73). Eine begründete Auswahl und Erhebung der Aussagen übt somit einen entscheidenden Einfluss auf die Ergebnisse der Diskursnetzwerkanalyse aus (Heindl, 2015, S. 275). Angesichts der Forschungsfrage, musste zuerst definiert werden, anhand wessen Aussagen die Vermittlung der offiziellen Positionierungen von «aggregierten» Akteuren Deutschland, Polen und der Europäischen Kommission erfolgen sollte. Die Eingrenzung der Akteure erfolgt in dieser Arbeit aus der institutionellen Perspektive, wonach die Akteure durch die Struktur eines politisch-administrativen Systems festgelegt sind (Schneider, Akteurkonstellationen und Netzwerke in der Politikentwicklung, 2014, S. 263). Die Positionen von Deutschland und Polen wurden auf Basis der Aussagen von amtlichen Regierungsvertretern (z.B. Bundeskanzlerin/Premierminister; Minister; Regierungssprecher) wiedergegeben, da ihre Äusserungen zu Nord Stream 2 als offizielle Linie der jeweiligen exekutiven Gewalt betrachtet werden können. Für Polen wurde auch der Staatspräsident als Spitze der Exekutive miteinbezogen. Hingegen wurde der deutsche Bundespräsident nicht als geeigneter Akteur für die Analyse betrachtet, da er nicht der Exekutive zugeordnet wird. Bei der Suche nach Aussagen wurde keine Einschränkung bezüglich des Tätigkeitsbereichs der Regierungsvertreter vorgenommen (z.B. wurden

nicht nur die Aussagen von Energieministern erfasst), um die Argumentationsmuster vollständig abzubilden und keinen Bias zu verursachen. Analog zu Deutschland und Polen wurden zur Darstellung der Position der Europäischen Kommission die Aussagen des Kommissionspräsidenten, der EU-Kommissaren und der Kommissionspressesprecher herangezogen. In der nachfolgenden Tabelle werden individuelle Akteure zu den jeweiligen aggregierten Akteuren zusammengefasst:

Deutschland	Polen	Europäische Kommission
Bundeskanzlerin	Staatspräsident	Präsident
Bundesminister	Ministerpräsident	Kommissare/Vizepräsidenten/Generaldirektoren
Regierungssprecher	Minister	Pressesprecher
	Regierungssprecher	

Tabelle 5: Überblick über die individuellen Akteure (Deutschland, Polen, Europäische Kommission) (eigene Darstellung)

In dieser Untersuchung wurden zwei Arten von den für die Diskursnetzwerkanalyse typischen Datenquellen kombiniert (Jannig et al., 2009, S. 73). In einem ersten Schritt wurden Akteure und deren Aussagen aus den ausgewählten Zeitungsartikeln extrahiert. Online-Zeitungsartikel sind eine einfach zugängliche Quelle, wo dynamische Daten über viele Jahre abrufbar und vorhanden sind (Nagel, 2016, S. 119). In einem zweiten Schritt wurden Pressemitteilungen und Reden eines Akteurs auf entsprechenden Webseiten (z.B. die Webseite der Bundesregierung, die Webseite des polnischen Präsidentenamts) gesucht und die möglicherweise nicht vollständigen Aussagen in bereits gefundenen Zeitungsartikeln wurden ergänzt oder ersetzt. Dadurch wurde einem möglichen Verzerrungseffekt aufgrund einer selektiven Medienberichterstattung entgegengewirkt.

Bei der Auswahl von Zeitungen wurde eine Balance von politischen Ausrichtungen und thematischen Profilen angestrebt (Heindl, 2015, S. 275). Die nachstehende Tabelle bietet einen Überblick über die Sets von Datenquellen für Deutschland, Polen und die EU-Kommission:

Deutschland	Polen	Europäische Kommission
Handelsblatt (Wirtschaft)	Warsaw Business Journal (Wirtschaft)	EurActiv (Allgemein)
Frankfurter Allgemeine Zeitung (Allgemein; Mitte-rechts)	Rzeczpospolita (Allgemein, konservativ)	Platts (Energiepublikation)
Süddeutsche Zeitung (Allgemein; Mitte-links)	Biznes Alert (Wirtschaft)	«Midday Briefings»

Die Zeit (Allgemein; liberal)	Gazeta Wyborcza (Allgemein, liberal)	Schriftliche Antworten an die Anfragen der Mitglieder des Europäischen Parlaments
Der Spiegel (Nachrichtenmagazin; Mitte-links)	Polskieradio (Allgemein, konserva- tiv)	Relevante Gesetzesvor- schläge, begleitende Doku- mente
Bild (Tabloid; Mitte-rechts)	Webseite des Staatsprä- sidentenamts	Webseite der Europäischen Kommission
Regierungspressekonfe- renzen	Webseite des Minister- präsidenten	
Webseite der Bundesregie- rung		
Internationale Medien, ohne spezifische Zuteilung: Reuters (Nachrichtenagentur)		

Tabelle 6: Überblick über die ausgewählten Datenquellen (Deutschland, Polen, Europäische Kommission) (eigene Darstellung)

Die Auswahl der relevanten Artikel wurde mit dem Suchbegriff «Nord Stream 2» im Titel oder im ersten Abschnitt vorgenommen. Aufgrund möglicher Verzerrungseffekte wurde auf zusätzliche Suchwörter (z.B. Namen der Akteure) verzichtet. Der Zeitrahmen wurde auf die Periode vom Juni 2015 (öffentliche Verkündung des Projekts) bis zum April 2019 (die Durchführung der vorliegenden Untersuchung) festgelegt, um eine vollständige Darstellung der allfälligen Transformationen in den Argumentationsmustern der Akteure zu ermöglichen. Nur Artikel, die konkrete Statements der Akteure (vgl. Tabelle 6) in direkter oder indirekter Rede beinhalten, wurden aufgenommen. Statements mit identischem Inhalt, die am selben Tag in mehreren Quellen publiziert und wiederholt wurden, wurden nur einmal erfasst. Zum Schluss wurden die im April 2019 publizierten Artikel doppelt geprüft, um einen Bias aufgrund neuer Publikationen zu vermeiden (Leifeld & Ingold, 2015, S. 69). Es muss ausserdem darauf hingewiesen werden, dass wegen vieler Auswahlentscheidungen nur ein bestimmter Teil der Daten der Analyse unterzogen wurde. Durch den Einbezug anderer Datenquellen in Ergänzung zu den Zeitungsartikeln, wie zuvor erwähnt, wurde ein höherer Vollständigkeitsgrad erreicht.

Im Laufe der Suche wurden alle relevanten Äusserungen, die durch Datenbankenrecherchen sukzessiv gefunden wurden, in einer Excel-Tabelle festgehalten. Die Textquellen wurden auf separate Excel-Blätter für Deutschland, Polen und die Europäische Kommission eingetragen. Der Eintrag erfolgte chronologisch nach dem Schema: Datum, Person/Amt, Hauptpunkte der Statements, Link zur Quelle. Diese Herangehensweise ermöglichte eine Strukturierung des Suchverfahrens und erleichterte die nachträgliche Aktualisierung des Datensatzes (z.B. falls vollständigere Quellen zu einem späteren Zeitpunkt gefunden wurden). So wurde die Datengrundlage der Untersuchung gebildet.

4.3 Codierungsvorgehen im DNA

Im nächsten Schritt wurden die in den Excel-Tabellen festgehaltenen Textquellen in die Software «Discourse Network Analyser» (DNA, Version 1.31) eingelesen. Das DNA-Programm dient der Verwaltung von Textdaten und ermöglicht es, die Aussagen verschiedener Akteure zu codieren respektive in verschiedene Kategorien einzuordnen. Kategorien werden dabei als Argumente oder thematische Formationen verstanden (Nagel, 2016, S. 117). Dieses Vorgehen ermöglichte somit eine akteursbezogene Analyse von Argumentationsmustern zu Nord Stream 2 über die definierte Zeitperiode.

Die Codierung der Aussagen (Statements) im DNA-Programm erfolgt hinsichtlich vier verschiedener Informationseingaben zu dem entsprechenden Textteil. Beispielsweise wird ein Statement «Merkel sagte, Nord Stream 2 werde zur Diversifizierung beitragen» wie folgt codiert:

- Person: Merkel
- Organisation: DE Bundeskanzlerin
- Kategorie: Diversifizierung
- Annahme /Ablehnung der Kategorie: Ja (= Annahme)

Alle Statements wurden auf Deutsch oder Englisch eingelesen, Codierung erfolgte aber in der Sprache der vorliegenden Arbeit (Deutsch). Die «Organisationen» der Akteure wurden eindeutig benannt, so dass bei der Analyse keine Missverständnisse bezüglich der Zugehörigkeit zu den aggregierten Hauptakteuren bestand. Beispielsweise wurden deutsche Akteure mit «DE» und polnische Akteure mit «PL» vermerkt.

In diesem Papier wurden Kategorien induktiv gebildet, indem Argumente und Positionen sukzessiv aus dem Datenmaterial heraus zu Kategorien zusammengefasst wurden (Hussy, Schreier, & Echterhoff, 2013, S. 253). Eine Reihe von Kategorien konnte aber provisorisch bereits aus dem ersten Teil der vorliegenden Arbeit zum Stand des Gasmarkts skizziert werden, was auch für die Formulierung der Hypothesen notwendig war. Zum Zweck der Übersichtlichkeit wurden die Kategorien im DNA-Programm stichwortartig benannt. Aus den formulierten Hypothesen geht weiter hervor, dass für diese Arbeit der Einsatz von «politischen» und «Gasmarkt-bezogenen» Argumenten beziehungsweise Kategorien von Interesse ist. Die Aufteilung in diese zwei Gruppen kann aber beim Codieren noch nicht eindeutig erfolgen, da die Beurteilung, ob ein Argument politisch oder Gasmarkt-bezogen ist, vorwiegend von der eigentlichen Auslegung des jeweiligen Akteurs abhängt.

Das wird wiederum in den konkreten DNA-Statements ersichtlich, die für eine genauere Analyse der Positionen in weiteren Unterkapiteln herangezogen werden.

Die Codierung der Statements im DNA-Programm erfolgt eindimensional, das heisst die Kategorien können nicht gruppiert werden (Nagel, 2016, S. 123). Deswegen mussten alle Kategorien auf der gleichen Eben codiert werden, obwohl einige Kategorien anderen übergeordnet sind (z.B. Diversifizierung – Versorgungssicherheit – Energiesicherheit). Deswegen wurde versucht, die Kategorien relativ generisch, aber gleichzeitig differenziert genug zu halten, um den Vergleich der benutzten Argumente zwischen den Akteuren zu ermöglichen. Die genaue Begründung zur Annahme oder Ablehnung einer Kategorie seitens eines Akteurs blieb in den Statements ersichtlich. Beim Codieren wurde zuerst angeschaut, ob ein Argument einer der existierenden Kategorien zugeordnet werden konnte. Falls das nicht möglich war, wurde eine neue Kategorie erstellt. Zur Vermeidung einer voreingenommenen persönlichen Bewertung wurden auch die Statements, die gleich mehrere Kategorien erhielten, für jede Kategorie jeweils neu codiert. Nach der Codierung wurden die Kategorien in allen DNA-Dateien bereinigt und, wenn möglich, verallgemeinert. Auch hier wurde darauf geachtet, dass die für die Analyse bedeutenden Nuancen in der Argumentation durch die Aggregation nicht verloren gehen. Deswegen wurden teilweise auch die relativ selten vorgekommenen Kategorien beibehalten, um die Argumentationen gänzlich aufzuzeigen und um keine Verzerrung der Ergebnisse zu verursachen. Zum Schluss wurden die Codierungen auf «self contradictions» geprüft, damit sich eventuelle Codierungsfehler finden liessen. Die Auflistung sämtlicher codierter Statements wurde aus dem DNA-Programm exportiert und diesem Papier separat beigelegt (s. «List of Statements»).

Da nur ein Codierer am Codierungsprozess beteiligt war, muss beachtet werden, dass die Zuordnung zu den Kategorien individuell-subjektiv erfolgte, was vor allem bei ambivalenten Statements problematisch sein kann. Eine möglichst objektive Erzeugung und Zuweisung der Kategorien wurde durch die oben beschriebenen Codierungsregeln erzielt. Eine intersubjektive Codierung durch mindestens zwei Personen ist aber in der Regel empfehlenswert (Hussy, et al., 2013, S. 255). Die Validität, nämlich die tatsächliche Erfassung der relevanten Textstellen und Bedeutungen (Hussy et al., 2013, S. 258), wurde durch die zweistufige Notierung der Argumente (in der Excel-Tabelle und im DNA-Programm) sichergestellt. Um Reliabilität der Codierung zu gewährleisten, wurden die Kategorienzuordnungen in einer Woche nach dem Abschluss des Codierungsvorgangs nochmal stichprobenartig geprüft (Hussy et al., 2013, S. 258).

4.4 Visualisierung im visone

In einem nächsten Schritt wurden die zusammengestellten DNA-Daten in Form von verschiedenen Akteurs- und Konzeptnetzwerken für den gesamten untersuchten Zeitraum und für bestimmte Zeitspannen exportiert. Die Netzwerkvisualisierung erfolgte mit der Software visone Version 2.16, die ausserdem eine graphische Bearbeitung und Analyse der Netzwerkdaten ermöglichte.

In einem Netzwerk werden Akteure und Kategorien als Knoten («Nodes») modelliert. In Akteursnetzwerken werden zwei Akteure dann mit einer Kante miteinander verbunden, wenn sie zu mindestens einer Kategorie die gleiche Einstellung haben. Das Gewicht der jeweiligen Kante («edge weight»), die zwei Akteure verbindet, wird in der Regeln durch die Anzahl der gemeinsam geteilten Argumente bestimmt («weight»). Anhand von gewichteten Kanten können somit Akteure mit einer grösseren Argumentationsähnlichkeit erkannt werden. In Konzeptnetzwerken werden zwei Kategorien dann miteinander verbunden, wenn sie mindestens von einem gleichen Akteur benutzt wurden. Ähnliche Akteure und ähnlich benutzte Argumente konnten in visone in Cluster gruppiert werden. Die Cluster-Bildung erfolgte in dieser Arbeit nach dem Louvain-Verfahren und es wurde die Einstellung `edge weight=weight` verwendet, um den Kanten als Verbindungsstärke die Anzahl der gemeinsam genutzten Argumente zwischen zwei Akteuren zu attribuieren.

Akteurs- und Diskursnetzwerke sind «one-mode» -Netzwerke, das heisst als Knoten werden entweder Akteure oder Kategorien dargestellt. Die Beziehungen zwischen Akteuren und Konzepten werden anhand von «two-mode» -Affiliationsnetzwerken (bipartiten Graphen) modelliert, wo die Knotenmengen sowohl aus Akteuren als auch aus den Kategorien bestehen. Die Kanten geben in diesem Fall an, ob ein Akteur einem Konzept zustimmt oder dies ablehnt. Die Relationen zwischen Elementen jeweils gleicher Mengen werden dabei nicht berücksichtigt. Anhand von solchen Netzwerken können vor allem polarisierende Themen unter den Akteuren identifiziert werden.

Die Netzwerke können ausserdem für bestimmte Zeiträume erstellt werden. In wiederholten Messpunkten werden somit Veränderungen in den Beziehungen erfasst. In dieser Arbeit erfolgte die Visualisierung der Netzwerke zuerst für die gesamte Zeitspanne und nachfolgend quartalsweise oder halbjährig, um eine mögliche Evaluation der Argumentation und Akteurskonstellationen zu verfolgen.

Zwecks besserer Visualisierung wurden zudem die Knoten in visone unterschiedlich eingefärbt. In bestimmten Fällen erfolgte die Einfärbung nach der Häufigkeit der Statements

(je häufiger ein Argument desto dunkler ist die Einfärbung) oder nach Profil/Zugehörigkeit eines Akteurs. Die Einfärbungskriterien werden bei jedem Netzwerk in einer Legende erläutert.

Für die Überprüfung der zuvor aufgestellten Hypothesen wurde die Netzwerkerstellung in dieser Arbeit wie folgt strukturiert. Zuerst wurden die Gesamtnetzwerke, die alle Akteure und Kategorien umfassen, angeschaut (Hypothesen 1-3). Danach wurden separate Akteurs- sowie Konzeptnetzwerke für Deutschland (Hypothese 4), Polen (Hypothese 5) und die EU-Kommission (Hypothese 6) erstellt. Pro relevante thematische Formation (z.B. Gasbedarf bei Deutschland (Hypothese 4.2) oder Abhängigkeit bei Polen (Hypothese 5.1)) wurden separate Analysen durchgeführt.

Um die Übersichtlichkeit des vorliegenden Berichts zu gewährleisten, werden im Kapitel «Ergebnisse» nur die aussagekräftigsten Netzwerke dargestellt. Die Abbildungen zu den restlichen Netzwerken sind im Anhang zu finden.

5 Ergebnisse

In diesem Kapitel werden die Ergebnisse der Diskursnetzwerkanalyse zusammengefasst. Die Erstellung verschiedener Akteurs- und Konzeptnetzwerke verfolgt keinen Selbstzweck, sondern zielt auf die Überprüfung der im Kapitel 3 formulierten Hypothesen. Zuerst erfolgen die grafische Darstellung und Beschreibung der Gesamtnetzwerke und danach der separaten Netzwerke für Deutschland (DE), Polen (PL) und die EU-Kommission (EK).

5.1 Netzwerkanalyse für den Gesamtdiskurs

In diesem Unterkapitel werden Akteurs- und Konzeptnetzwerke mit allen Akteuren erstellt. Zudem werden die Affiliationsnetzwerke für besonders polarisierende Themen betrachtet. An dieser Stelle bezweckt die Netzwerkanalyse primär die Gewinnung eines Gesamtüberblicks über die Positionen der Akteure. Die genaueren Begründungen für die Positionen des jeweiligen Akteurs werden in den folgenden Unterkapiteln separat ausgearbeitet. Alle angeführten Zitate werden mit einer «Statement ID» gekennzeichnet, um sie gegebenenfalls in der List of Statements aufzufinden.

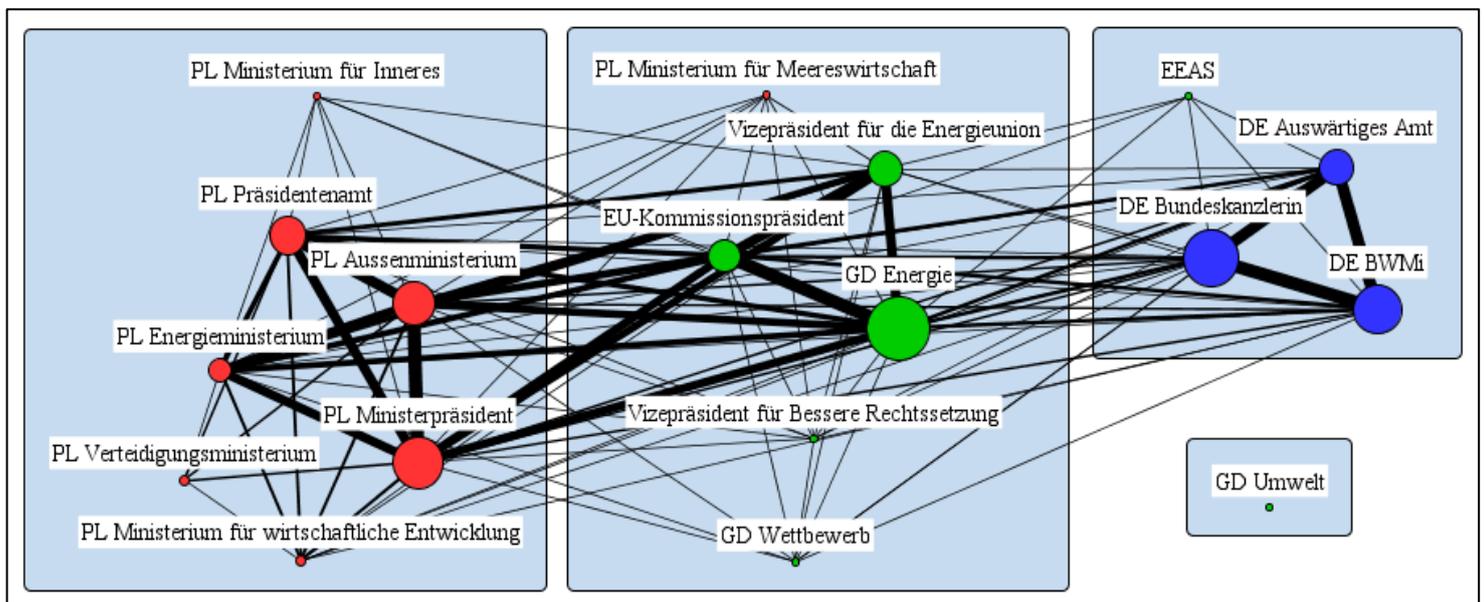
Es wurden 309 Artikel anhand von insgesamt 31 Kategorien codiert, was in 957 Statements resultierte. Die nachfolgende Tabelle verschafft einen Überblick über die Codierungsstatistik für die «aggregierten» Akteursgruppen:

Codiertes Material	Deutschland	Polen	Europäische Kommission
Artikel	110	113	86
Statements	328	321	308
Organisationen	4	8	7
Personen	27	16	11
Kategorien	19	20	20

Tabelle 7: Codierungsstatistik (Deutschland, Polen, Europäische Kommission) (eigene Darstellung)

5.1.1 Akteursnetzwerke

Die Abbildung 6 zeigt das Akteursnetzwerk, welches sich auf die Statements sämtlicher Akteure über die gesamte betrachtete Zeitspanne bezieht. Die Analyse der Argumente anhand der List of Statements (vgl. Anhang A) zeigt, dass die Einstellungen der Akteure zum Projekt von rechts nach links negativer werden: von der unterstützenden Bundesregierung zur kritischen EU-Kommission und zu den das Projekt vehement ablehnenden polnischen Akteuren. Das Clustering-Verfahren macht die argumentative Trennung zwischen allen Akteursgruppen deutlich. Die Kantendichte zeigt aber, dass es eine engere Argumentationsverbundenheit zwischen der EK (EU-Kommission) und PL (Polen) gibt.



Legende

● Polen	● Europäische Kommission	● Deutschland
Knotengrösse nach «Statement Frequency»	Kantendichte nach Gewicht	

Abbildung 6: Akteursnetzwerk im Gesamtdiskurs über den ganzen Zeitraum (eigene Darstellung mit visone)

Die einzigen Ausreisser aufgrund ihrer Argumentation sind das polnische Ministerium für Meereswirtschaft und der European External Action Service (EEAS – Diplomatischer Dienst der EU). Auch die EU-Generaldirektion für Umwelt ist in ihrer Argumentation isoliert. Gründe dafür werden in den nachfolgenden separaten Netzwerkanalysen für PL und die EK erläutert. Die Grösse der Nodes gibt die erste Auskunft über die prominentesten Akteure in den jeweiligen Akteursgruppen. In Deutschland sowie in Polen wird der Diskurs von der Regierungsspitze geführt, während sich bei der EK am meisten die

Generaldirektion Energie zum Projekt äussert und insgesamt der aktivste Akteur im Netzwerk ist.

Es stellt sich aber die Frage, ob und wie sich die Akteurskonstellationen über die Zeit verändert haben. Um diese Entwicklung zu verfolgen, wurden die Akteursnetzwerke mit allen Organisationen quartalsweise erstellt und analysiert (vgl. Anhang B). Dabei wurden alle Kategorien beibehalten ausser «Einhaltung der EU-Regeln erforderlich», da dieses Konzept sehr generisch ist und alle Akteure dem zustimmen. Die Analyse zeigt, dass die Positionen von DE und der EK 2015 noch deutlich ähnlicher waren, als beide Seiten vor allem auf den kommerziellen Charakter von NSP2 verwiesen. Das sei «ganz klar» ein unternehmerischer Vorgang, kommentierte die deutsche Regierung die Verkündung des Projekts im Juni 2015 (316). «In erster Linie ist das eine kommerzielle Entscheidung», stimmte die GD Energie zu (4). PL war hingegen der Meinung, NSP2 sei ein «politisches Projekt ohne Wirtschaftslogik» (651).

Ende 2015 formulierten alle Akteure ihre Positionen ausführlicher. Sowohl PL als auch die EK kamen zum Schluss, NSP2 unterminiere die Diversifizierungsbemühungen und Energiesicherheit der EU. In diesem Kontext wurde auch die Frage des Transits durch die Ukraine zum ersten Mal von allen Akteuren angesprochen. Die Annäherung zwischen der EK und PL und das Auseinanderdriften zwischen der EK und DE wurde ab Mitte 2016 noch deutlicher. PL und die EK fingen an zu fordern, dass NSP2 die EU-Gasmarktregeln (Third Energy Package, TEP) befolgen solle. Darüber hinaus fanden PL und die EK, dass NSP2 mit den Zielen der Energieunion nicht vereinbar sei. Dabei wechselten die EK zwischen den Clustern mit den polnischen und den deutschen Akteuren, was auf ihre Rolle als Broker bereits in dieser Zeit hindeuten könnte.

Im zweiten Quartal 2016 brachte die EK den neuen Aspekt «Legal Void» beziehungsweise «kollidierende Rechtsordnungen» in den Diskurs um NSP2 ein, weshalb die Argumentation zwischen DE und EK weiter auseinanderging. Nur die Einsicht, dass die Ukraine ein Transitland bleiben müsse, verband die EK und DE weiterhin. Ein Jahr später gab es zwischen DE auf einer Seite und der EK und PL auf der anderen Seite keine gemeinsamen Argumente mehr (vgl. Abbildung 7), vor allem weil die EK sich auf die neue

Idee des Mandats zu den Verhandlungen über NSP2 konzentrierte. Der Vorschlag wurde von DE abgelehnt, PL stellte sich hingegen hinter die EK.

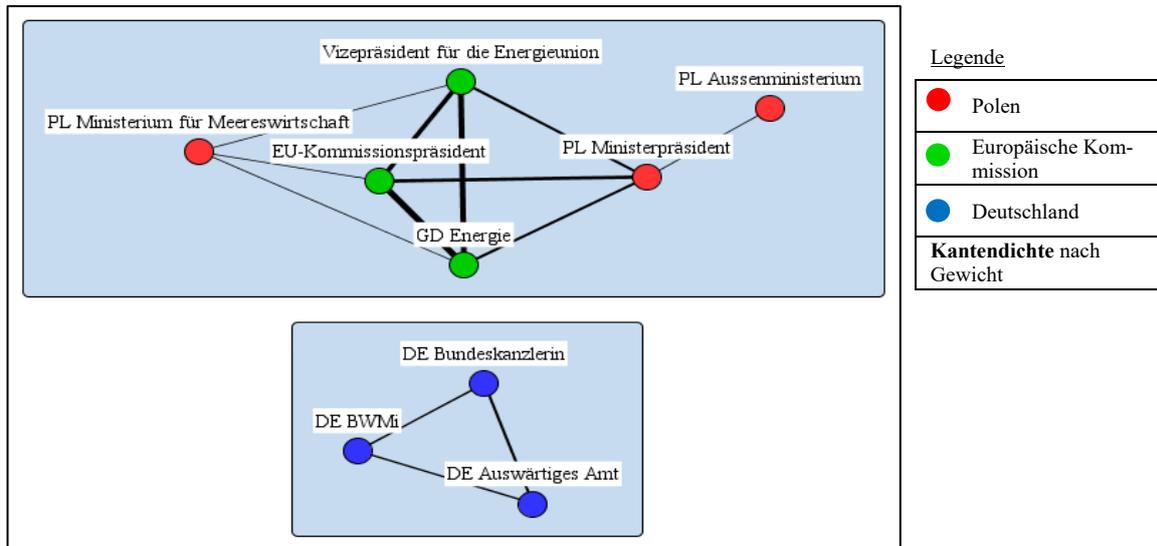


Abbildung 7: Akteursnetzwerk im Gesamtdiskurs, zweites Quartal 2017 (eigene Darstellung mit visone)

Im Sommer 2017 drohten die USA zum ersten Mal mit Sanktionen gegen die an NSP2 beteiligten Energieunternehmen. Das bildete einen Anknüpfungspunkt zwischen DE und der Spitze der EK, da die beiden Akteure mögliche Sanktionen kritisierten. Bei diesem Punkt stellte sich aber PL gegen die EK und DE. Mehrmals rief die polnische Regierung die USA 2018 auf, das Projekt mithilfe von Sanktionen zu blockieren.

Gegen Ende 2017 erfolgte eine weitere Aufteilung der Akteurskonstellationen in drei separate Cluster DE/EK/PL, da die EK einen Gesetzesvorschlag zur Änderung der Gasrichtlinie einbrachte und somit ihre Argumentationsausrichtung wieder änderte. Deutschland sah diesen Gesetzesvorschlag am Anfang sehr kritisch. Polen stellte sich aber hier auch auf die Seite der EK. Es gab somit Anfang 2018 wieder keine argumentative Verbindung zwischen EK/PL und DE. Während 2018 variierten die Konstellationen aber insgesamt häufig je nach Themen, die zu einem bestimmten Zeitpunkt politisch relevant waren.

Interessanterweise blieben DE und PL über den gesamten Untersuchungsraum in unterschiedlichen Clustern, während die GD Energie, wie oben erwähnt, oft der einzige Akteur mit Verbindungen sowohl zu den deutschen als auch zu den polnischen Akteuren war. Es war aber bereits im Jahr 2018 zu erkennen, dass es einen neuen Anknüpfungspunkt zwischen DE und PL gab, nämlich dass LNG für die Diversifizierung der Gasversorgung notwendig sei. Diese Tendenz zur Zunahme der gemeinsamen Argumente setzte sich im ersten Quartal 2019 fort. Darüber hinaus lässt sich bei PL und DE eine deutliche

Zunahme an Aussagenmengen im Jahr 2018 erkennen, da das Projekt politisch immer polarisierender wirkte. Angesichts der bereits angesprochenen Besonderheiten der Argumentation der EK, gab die EK 2017 am meisten Stellungen ab. Die nachfolgende Grafik veranschaulicht das:

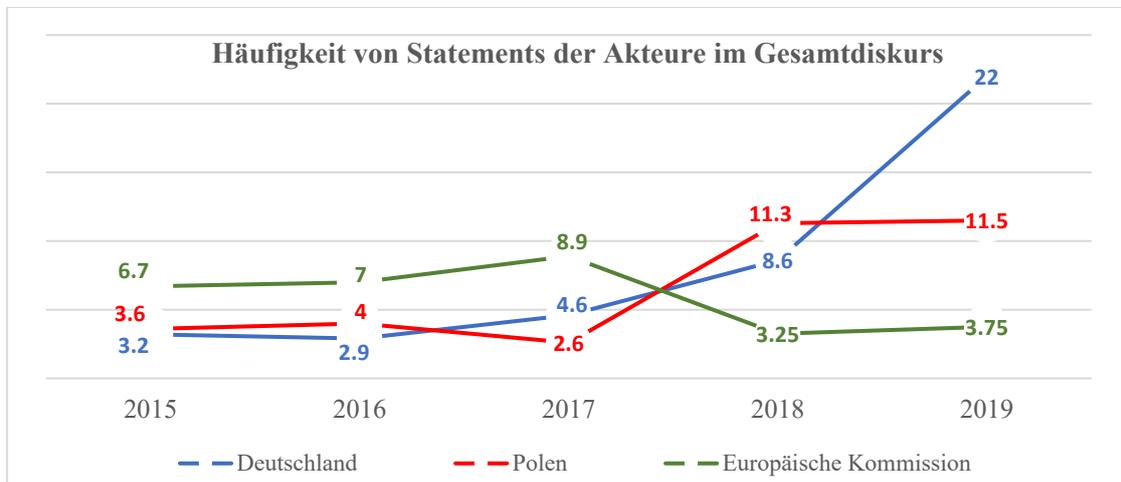
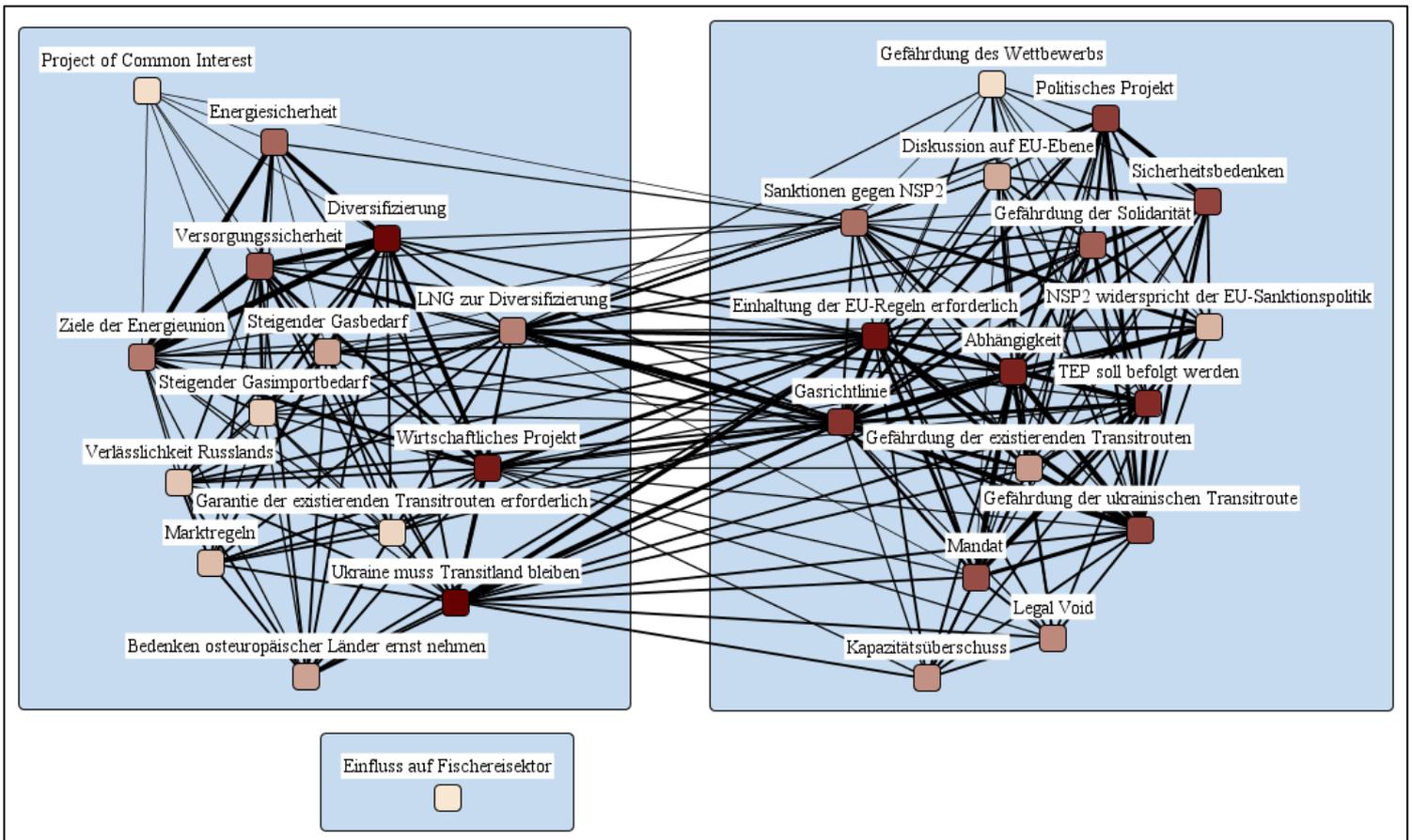


Abbildung 8: Häufigkeit von Statements der Akteure im Gesamtdiskurs, durchschnittliche Zahl der Statements pro Monat pro Akteur (eigene Darstellung)

5.1.2 Konzeptnetzwerke

Betrachtet man die von der EK, DE und PL über den gesamten Untersuchungszeitraum benutzten Kategorien, kommen fünf Hauptkonzepte gemessen an der Erwähnungshäufigkeit zum Vorschein: 1. Die **Ukraine** muss Transitland bleiben (95 Statements); 2. Auswirkungen auf die **Diversifizierung** (77 Statements); 3. NSP2 muss sich an **EU-Regeln** halten (76 Statements); 4. NSP2 ist ein **wirtschaftliches Projekt** (74 Statements); 4. Einfluss von NSP2 auf die **Abhängigkeit** von Russland (65 Statements). Die Aufteilung von Themen stellt die Abbildung 9 dar.

Die drei Cluster in dieser Abbildung zeigen zudem, welche Kategorien am häufigsten von den gleichen Akteuren herangezogen wurden. Stellt man diese Clusterung mit den Akteurskonstellationen (Abbildung 6) in Verbindung, wird deutlich, dass PL und die EK die Argumente aus dem gleichen rechten Cluster benutzten, während die deutschen Akteure auf diejenigen aus dem linken Cluster zurückgriffen. Die Kategorie im unteren Cluster gehört zur Argumentation der GD Umwelt. Die Kantendichte demonstriert ausserdem, in welcher Kombination die Argumente am häufigsten eingesetzt wurden.



Legende

Einfärbung nach «Statement Frequency»	Kantendichte nach Gewicht
---	-------------------------------------

Abbildung 9: Konzeptnetzwerk im Gesamtdiskurs über den ganzen Zeitraum (eigene Darstellung mit visone)

Betrachtet man die Kategorien nach Zentralitätsmass (Degree) über den gesamten Zeitraum, stellt sich heraus, dass die Kategorie «Gasrichtlinie» die höchste Zentralität hat (s. Abbildung 10). Das heisst, dieses Thema ist für den Gesamtdiskurs übergreifend und hat die stärksten Verbindungen mit anderen Themen. Die Themen «Einhaltung der EU-Regeln», «Abhängigkeit» sowie die Transitrolle der Ukraine haben ebenfalls einen hohen Zentralitätsgrad, wie das nachfolgende Bild zeigt:

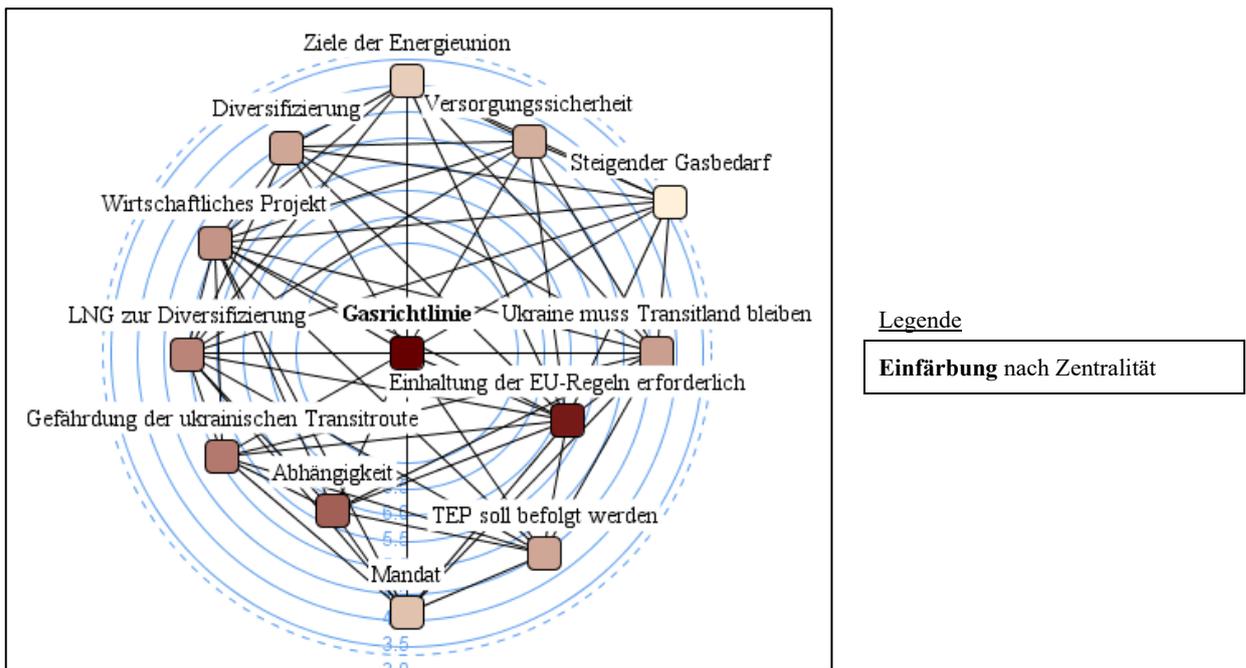


Abbildung 10: Konzepte mit dem höchsten Zentralitätsgrad im Gesamtdiskurs über den ganzen Zeitraum (eigene Darstellung mit visone)

Während die oben genannten Kategorien im Diskurs um NSP2 generell sehr prominent sind, zeigt eine Analyse der Kategorien in Quartalsabschnitten (vgl. Anhang B), auf welche speziellen Themen die Akteure an bestimmten Zeitpunkten einen besonderen Wert legten. 2015-2016 waren das vor allem die Fragen der Diversifizierung und der notwendigen Einhaltung der EU-Regeln, was von allen Akteuren im Hinblick auf NSP2 gefordert wurde. Es wurde also bereits an dieser Stelle deutlich, dass die regulatorischen Themen im Diskurs um NSP2 eine wichtige Rolle spielen. 2017 gewannen die konkreten marktregulatorischen Themen (Legal Void, Mandat, Gasrichtlinie) und die Frage der NSP2-Sanktionen an Bedeutung. 2018 wurde die Diskussion durch die zukünftige Rolle der ukrainischen Transitroute und Gasabhängigkeit besonders stark dominiert. 2019 geriet zudem wieder der Aspekt der Diversifizierung und der Gasrichtlinie in den Mittelpunkt.

Was die Rolle der Ukraine als Transitland angeht, wurde diese thematische Formation mithilfe mehrerer Kategorien abgedeckt: «Ukraine muss Transitland bleiben», «Garantie der existierenden Transitrouten erforderlich», «Gefährdung der ukrainischen Transitroute», «Gefährdung der existierenden Transitrouten». Die drei Akteursgruppen haben in ihren Positionen bei der Frage zur Ukraine unterschiedliche Gesichtspunkte hervorgehoben, was die nachfolgende Grafik zeigt:

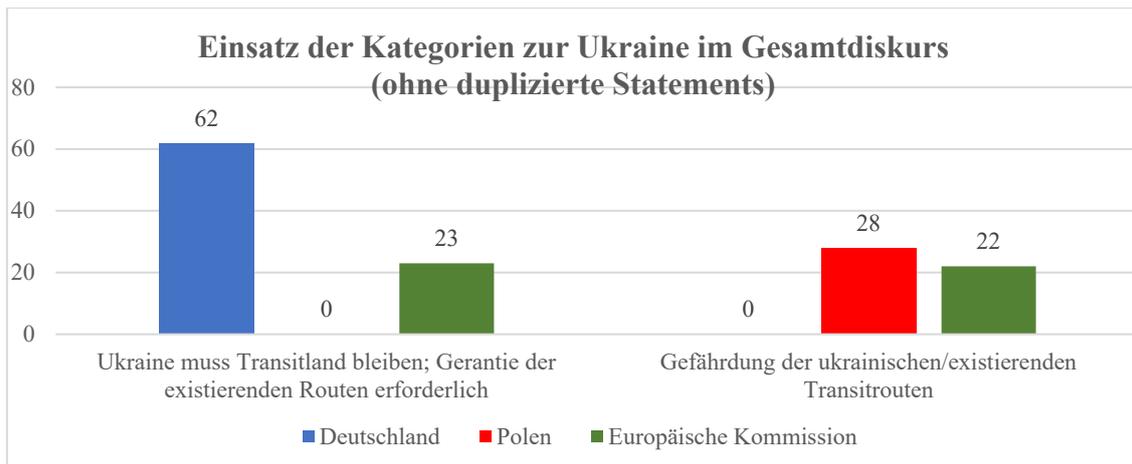


Abbildung 11: Einsatz der Kategorien zur Ukraine im Gesamtdiskurs pro Akteur über den ganzen Zeitraum (eigene Darstellung)

Dabei wurde die Frage der ukrainischen Transitroute von allen Akteuren bereits 2015 angesprochen, wie die nächste Grafik veranschaulicht. Dieses Thema wurde von DE ab 2018 besonders stark angesprochen.

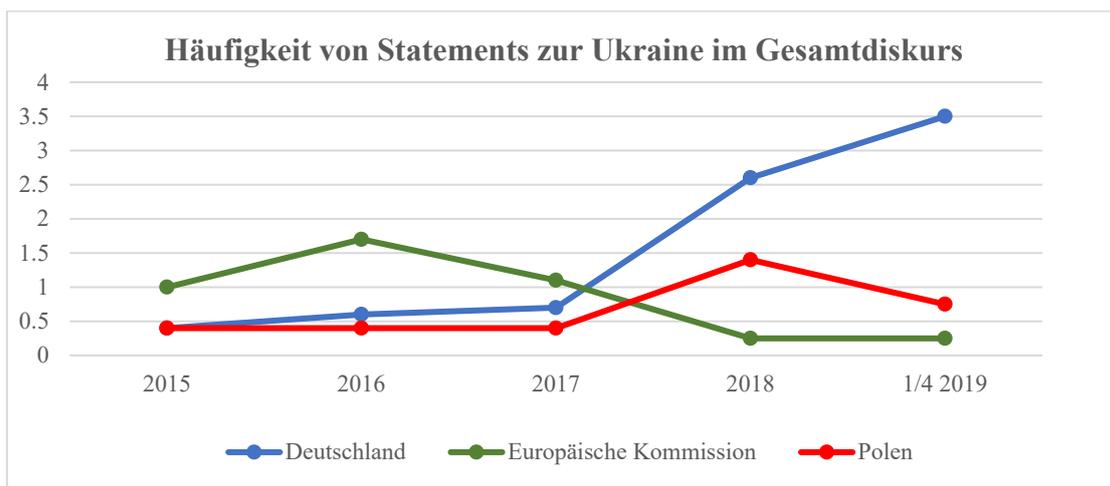


Abbildung 12: Häufigkeit von Statements zur Ukraine im Gesamtdiskurs, durchschnittliche Zahl pro Monat pro Akteur (eigene Darstellung)

Während sich alle Akteure generell einig sind, dass der Gastransit durch die Ukraine weiter betrieben werden muss, gibt es andere Fragen, bei denen die Akteure diametral entgegengesetzte Meinungen vertreten. Solche polarisierenden Themen lassen sich anhand von Affiliationsnetzwerken erkennen. Das Affiliationsnetzwerk in der Abbildung 13 zeigt die kontroversen Themen im Hinblick auf NSP2: Implikationen von NSP2 für Diversifizierung, Gasabhängigkeit und Versorgungssicherheit in der EU.

Die Analyse der Affiliationsnetzwerke in halbjährigen Zeitabschnitten (vgl. Anhang B) zeigt, dass bei allen polarisierenden Fragen PL und die EK auf derselben Seite gegenüber DE standen. Ausserdem fällt es auf, dass vor allem die Fragen der Diversifizierung und Abhängigkeit über den ganzen Untersuchungszeitraum am umstrittensten blieben. Das

deutet darauf hin, dass diese zwei Aspekte des Projekts im Kern der Konfrontation der Akteure liegen.

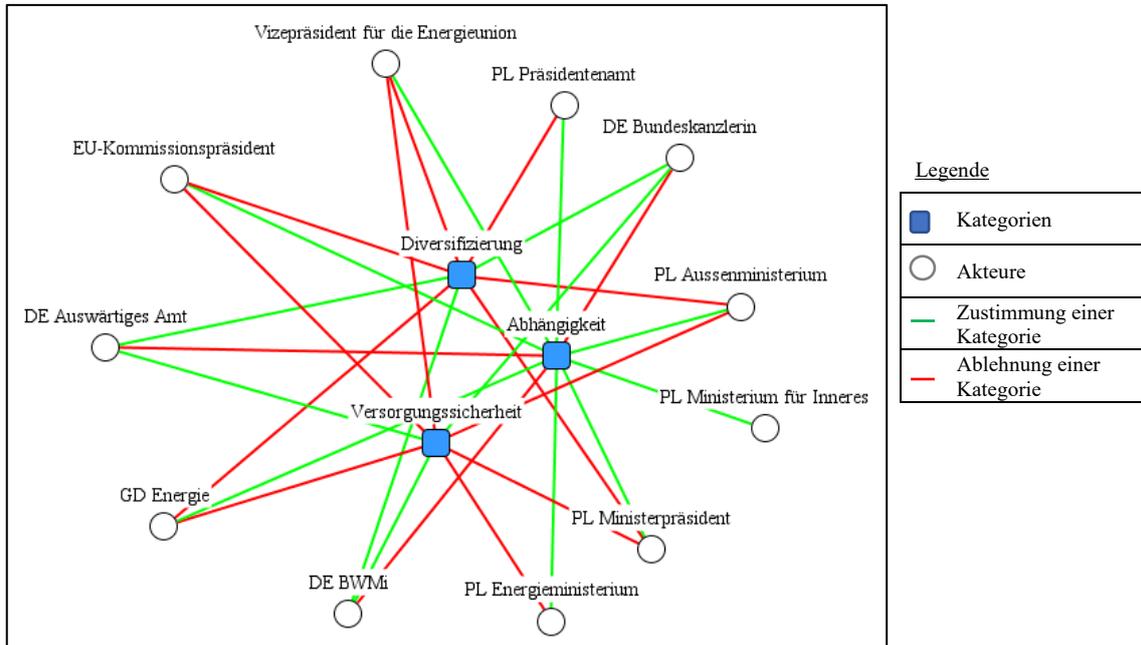


Abbildung 13: Affiliationsnetzwerk mit ausgewählten Kategorien im Gesamtdiskurs über den ganzen Zeitraum (eigene Darstellung mit visone)

5.2 Netzwerkanalyse für Deutschland

In diesem Unterkapitel werden separate Akteurs- und Diskursnetzwerke für die aggregierte Akteursgruppe «Deutschland» gebildet und analysiert. Zudem wird genauer auf die Hintergründe der Positionierung von deutschen Akteuren eingegangen.

5.2.1 Akteursnetzwerke

Deutschlands Bundeskanzlerin ist der prominenteste deutsche Akteur in der Debatte um NSP2 gemessen an der Zahl von Statements über den gesamten Untersuchungszeitraum. Auf die Bundeskanzlerin folgt das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi), wie die Abbildung 14 zeigt.

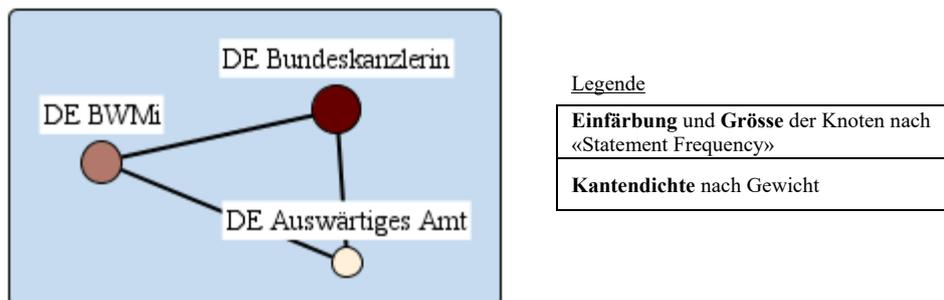
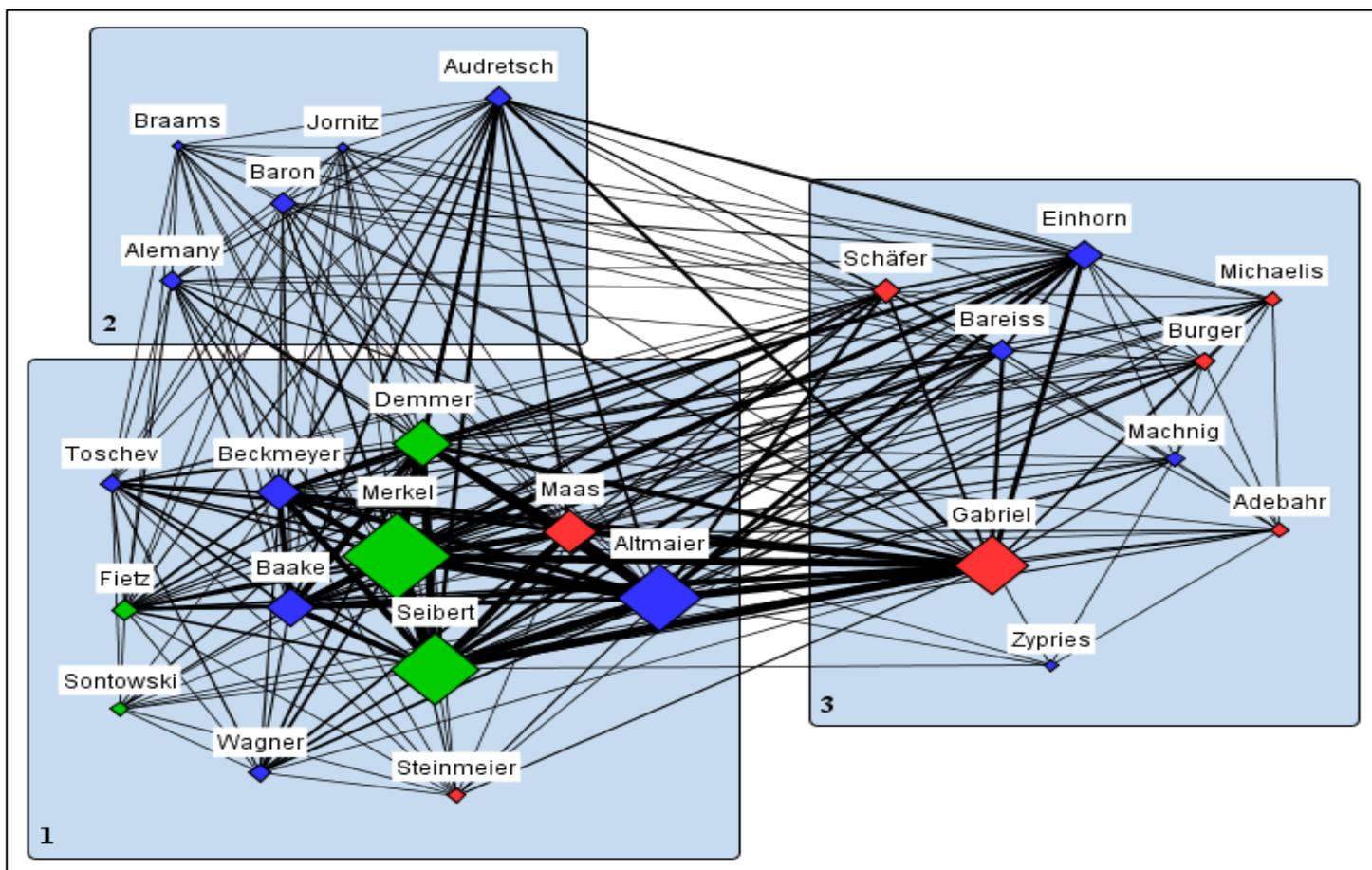


Abbildung 14: Organisationsnetzwerk im deutschen Diskurs über den ganzen Zeitraum (eigene Darstellung mit visone)

Bei der Betrachtung der Personen im Diskurs stellt sich heraus, dass Bundeskanzlerin Angela Merkel, Regierungssprecher Steffen Seibert, der aktuelle Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier und der ehemalige Aussenminister Sigmar Gabriel zu den aktivsten Einzelakteuren gehören. Gabriel war zwischen 2015 und 2019 nacheinander sowohl Wirtschafts- als auch Aussenminister, da er aber die meisten Statements zu NSP2 während seiner Zeit im Auswärtigen Amt machte, wird er im Personennetzwerk in der Abbildung 15 als Aussenminister eingefärbt.



Legende

 BMWi	 Auswärtiges Amt	 Bundeskanzlerin
Kantendichte nach Gewicht	Knotengrösse nach «Statement Frequency»	

Abbildung 15: Personennetzwerk im deutschen Diskurs über den ganzen Zeitraum (eigene Darstellung mit visone)

Aus dieser Abbildung geht ausserdem hervor, dass sich die meisten «grünen» Vertreter des Bundeskanzleramts in Cluster 1 versammeln. Die Akteure in diesem Cluster haben die gemeinsamen Argumente «Diversifizierung» und «Abhängigkeit». In Cluster 2 befinden sich hingegen die BMWi-Vertreter, die den wirtschaftlichen Charakter des Projekts betonen. Die meisten Vertreter des Aussenministeriums sind in Cluster 3, die

mehrheitlich über die Versorgungssicherheit Europas im Kontext der US-Sanktionen sprechen. Wie die nächste Grafik zeigt, war das BMWi von Anfang an in der Diskussion um NSP2 sehr engagiert. Unter dem Druck von Sanktionsdrohungen aus den USA aktivierte sich 2017 auch Deutschlands Auswärtiges Amt. 2018 dominierte hingegen die Kanzlerin die Debatte um NSP2.

Die plötzliche Zunahme der Stellungnahmen von allen Akteuren im Jahr 2018 (s. Abbildung 16) drückt die wachsende Intensität der Debatte um NSP2 aus. In den ersten vier Monaten 2019 haben die deutschen Akteure mehr Statements zu NSP2 abgegeben als im gesamten Jahr 2017.

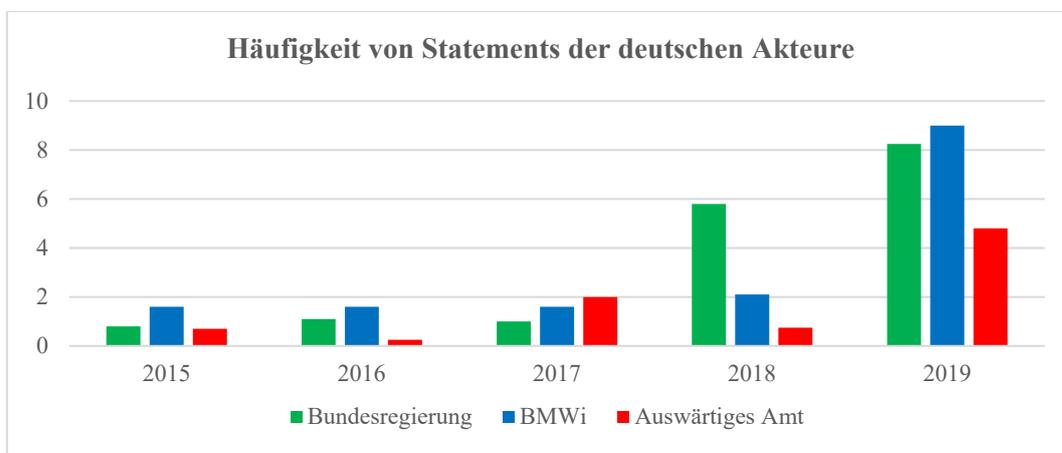


Abbildung 16: Häufigkeit von Statements der deutschen Akteure, Durchschnittliche Zahl pro Monat pro Akteur (eigene Darstellung)

5.2.2 Konzeptnetzwerke

Das argumentative Vorgehen der deutschen Akteure wird in der nachstehenden Abbildung aufgezeigt. Links sind Kriterien und Feststellungen, denen DE zustimmt. Rechts sind wiederum Punkte und Rückschlüsse, die DE in Bezug auf NSP2 ablehnt. Die Einfärbung nach «Statement Frequency» zeigt die für Deutschland wichtigsten Kategorien in der Diskussion um NSP2: 1. Ukraine muss Transitland bleiben; 2. Wirtschaftliches Projekt; 3. Versorgungssicherheit; 4. Abhängigkeit; 5. Diversifizierung. Nachfolgend werden die Ansichten der deutschen Akteure zu diesen Punkten erläutert.

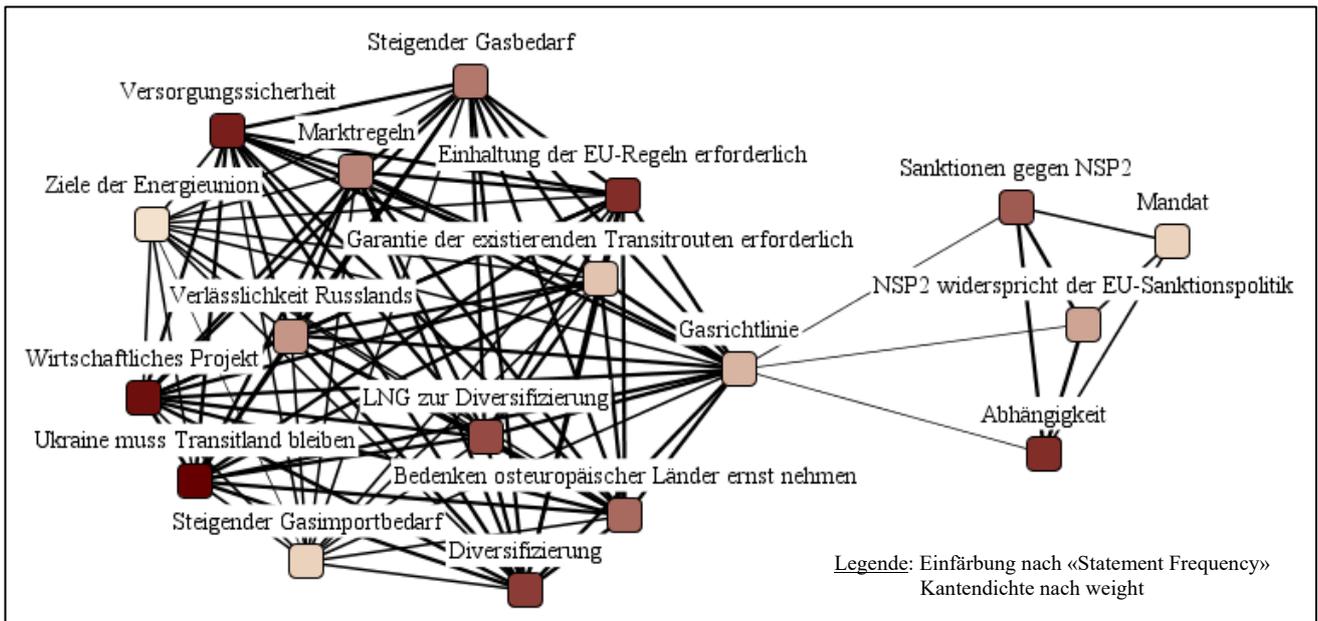


Abbildung 17: Konzeptnetzwerk im deutschen Diskurs über den ganzen Zeitraum (eigene Darstellung mit visone)

Die wirtschaftliche Natur des Projekts blieb über den gesamten Zeitraum eins der wichtigsten Konzepte im deutschen Diskurs. Seit Juni 2015 betonte DE, dass es sich bei NSP2 um «ein Projekt der Wirtschaft» handle (316). Ein Sprecher des deutschen Außenministeriums verdeutlichte im September 2015, dass die Bundesregierung auf dieses wirtschaftliche Projekt «keinen Einfluss hat und keinen Einfluss nimmt» (317). Diese Entscheidung der Energieunternehmen, sich an der Energieversorgungssicherheit für Deutschland und Europa zu beteiligen, könne die Bundesregierung nur ausdrücklich begrüßen (318). So betonten deutsche Akteure über den ganzen Untersuchungszeitraum auch den Beitrag von NSP2 zur Diversifizierung der Lieferrouten und somit zur Versorgungssicherheit Deutschlands und Europas. «Neue Pipelinestränge sind prinzipiell zu begrüßen, da sie als Diversifizierung der Transportwege zur Versorgungssicherheit beitragen», kommentierte das BMWi bereits 2015 (325). DE sah also NSP2 als zusätzlichen Lieferweg (381), der zudem neue russische Lagerstätten für die europäischen Gasverbraucher erschliesst (420). Als Antwort auf die Kritik bezüglich Diversifizierung wies die deutsche Regierung ausserdem oft darauf hin, dass DE bereits eine diversifizierte Energiepolitik habe, zu der auch Gas aus Russland gehöre (510).

In diesem Zusammenhang argumentierte DE konsequent seit September 2015 auch gegen die Kritik, dass NSP2 zu einer grösseren Gasabhängigkeit von Russland führen würde. Aus deutscher Sicht seien die Diversifizierungsbemühungen der EU gut vorangeschritten, gerade um Abhängigkeiten zu vermeiden (323). NSP2 würde also im Wettbewerb mit

LNG-Terminals und anderen Pipelineanbindungen stehen und die Marktposition von Gazprom würde demzufolge von der Wettbewerbsfähigkeit russischer Gaslieferungen abhängen, so das Bundeskanzleramt im Jahr 2016 (371). Die Frage der Abhängigkeit wurde persönlich von Merkel seit 2018 häufiger angesprochen. «Ein russisches Gasmolekül bleibt ein russisches Gasmolekül. Egal, ob es über die Ukraine oder über die Ostsee kommt. Das heisst, die Frage, wie abhängig wir von russischem Gas sind, kann durch die Frage, durch welche Pipeline es fließt, nicht geklärt werden», sagte Merkel (612). Abhängigkeit sei also aus deutscher Sicht vielmehr eine Frage der alternativen Bezugsquellen, die Europa zur Verfügung stehen und da gebe es zahlreiche andere Bezugsquellen, erklärte auch Bundeswirtschaftsminister Altmaier im Januar 2019 (574).

Mit dieser «unternehmerischen Entscheidung» verband aber die Bundesregierung seit Ende 2015 auch eine politische Aufgabe, nämlich dass auch in Zukunft die bestehende Pipelineinfrastruktur in Polen und vor allem in der Ukraine für den Transit von russischem Gas genutzt wird (vgl. Abbildung 11). Merkel drückte bereits Ende 2015 ihren «politischen Wunsch» aus, dass die Ukraine als Transitland wegen NSP2 nicht völlig unbedeutend werden dürfte (331). 2016 forderte der damalige Bundeswirtschaftsminister Gabriel auch zusätzliche Garantien für die Jamal-Pipeline (336). Diese Forderungen waren für die Bundesregierung in der Diskussion um NSP2 ausschlaggebend. Über den ganzen Zeitraum brachte sich bei dieser Frage vor allem die Kanzlerin aktiv ein. Im April 2018 wiederholte Merkel, NSP2 sei ohne Klarheit über die Rolle der ukrainischen Transitroute nicht möglich und diese politischen Faktoren seien zu berücksichtigen. NSP2 sei also «nicht nur ein wirtschaftliches Projekt» (452). Diese Stellungnahme wurde als eine fundamentale Änderung der deutschen Position zu NSP2 interpretiert. Polens Premierminister Morawiecki kommentierte, die Kanzlerin hätte ihre Rhetorik «unter Einfluss Polens» geändert (840). Seit dieser Zeit wurde die «politische Dimension» des Projekts im deutschen Diskurs noch deutlich häufiger angesprochen. Deswegen setzte sich auch die Bundesregierung seit 2018 sehr aktiv für trilaterale Gastransitverhandlungen zwischen der Ukraine, der EK und Russland ein (430). Dieses Engagement für die ukrainische Transitroute und andere existierende Pipelines betrachtete die deutsche Regierung als ihre Antwort auf die Bedenken Polens und anderer europäischer Partner hinsichtlich NSP2 (334). DE wolle ausserdem Polen in ein noch enger verknüpftes Gasleitungsnetz miteinbinden (336). Berlin nehme somit die Sorgen der mittelosteuropäischen Länder gegenüber NSP2 ernst (377).

Die weitere Analyse der Kategorien in Quartalsabschnitten (vgl. Anhang C) zeigt, dass wengleich die Kategorien «Ukraine muss Transitland bleiben» und «Wirtschaftliches Projekt» generell das Rückgrat der deutschen Argumentation darstellen, bestimmte Veränderungen in der argumentative Herangehensweise Deutschlands über die Zeit erkennbar sind. Dabei lassen sich auch Kategorien differenzieren, die für Deutschland spezifisch sind. Zum Beispiel hob die deutsche Regierung zwischen 2016 und 2017 die Bedeutung der Marktregeln und der Liberalisierung der Gasversorgung hervor. Es sei nicht mehr die Politik, die über die Gasversorgung entscheide, sondern es seien die europäischen Unternehmen, die das tun, sagte Aussenminister Gabriel im März 2017 (378). Der europäische Gasmarkt dürfte nicht zurück in die Gefangenschaft der Politik gebracht werden, warnte er auch als Wirtschaftsminister im Juli 2016 (367).

In der zweiten Jahreshälfte 2017 sprach sich Deutschland sehr deutlich gegen die Drohungen des US-Präsidenten Trump aus, NSP2 mit Sanktionen zu belegen. Die deutsche Regierung könne Sanktionen gegen europäische Unternehmen, die sich am Ausbau der europäischen Energieversorgung beteiligen, nicht akzeptieren, reagierte der damalige Aussenminister Gabriel im Juni 2017 (389). Wirtschaftliche und aussenpolitische Interessen dürften nicht miteinander vermischt werden (393).

Seit 2018 wurde auch die Verlässlichkeit der russischen Gaslieferungen im deutschen Diskurs viel stärker betont. Bundeswirtschaftsminister Altmaier unterstrich beispielsweise im April 2018, russische Gasimporte habe es auch zur Zeit des Kalten Kriegs gegeben, und sie seien zu jeder Zeit sicher gewesen (465). Auch die Kanzlerin schliess sich diesem Argument an und betonte, Russland werde ein verlässlicher Gaslieferant auch in Zukunft bleiben (588). Aber «Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser», kündigte Altmaier an und setzte seit dem zweiten Quartal 2018 auch auf die neue Kategorie «LNG zur Diversifizierung». Der Aufbau der LNG-Infrastruktur in Deutschland soll laut Altmaier dazu beitragen, «die überhitzte Diskussion» über NSP2 zu entspannen (575). Ein LNG-Terminal sei auch laut Merkel für die Energieversorgung Deutschlands wichtig, damit wolle man auch auf andere Quellen als Pipelines wie NSP2 zurückgreifen können (527). Im ersten Quartal 2019 wurde das Konzept «LNG zur Diversifizierung» fast gleich wichtig wie die Rolle der ukrainischen Transitroute.

Seit dem Sommer 2018 wurde zudem der Beitrag von NSP2 zur Deckung des steigenden Gasbedarfs Deutschlands hervorgehoben. Angesichts der Klimaziele werde Deutschland seinen Gasbedarf eher vergrössern und NSP2 sei daher sinnvoll, sagte Merkel im

September 2018 (510). Der Anteil von Erdgas an der Energieversorgung werde somit weiter wachsen (621), Energie müsse aber auch erschwinglich bleiben (585). 2019 gewann dieses Thema weiter an Bedeutung. Wegen der Atomausstiegs im Jahr 2022/23 und des geplanten Kohleausstiegs bis 2038 werde Deutschland in den nächsten Jahren «ein sehr sicherer Absatzmarkt für Erdgas» bleiben, sowohl für russisches Pipeline-Gas als auch für LNG, prognostizierte Merkel im Februar 2019 (615). In diesem Kontext wies die deutsche Regierung auch darauf hin, dass die Förderkapazitäten in den west- und nordeuropäischen Fördergebieten zurückgingen, was die Versorgungssicherheit Deutschlands betreffe (558).

Anfang 2019 nach der Abstimmung zur Gasrichtlinie im Rat der EU gewann auch dieses Thema an Aufmerksamkeit im öffentlichen Diskurs der Bundesregierung. «Es gehe nicht an, dass Brüssel das dritte Energiebinnenmarkt-Paket ändern wolle, um es nachträglich auf das Projekt anzuwenden. Ich halte das für ein grundsätzliches Problem», kommentierte Aussenminister Gabriel 2017 diese Angelegenheit (415). Im Februar 2019 begrüßte aber die Bundesregierung, dass der von Deutschland und Frankreich vorgelegte Änderungskompromiss eine breite Mehrheit «insbesondere auch bei den osteuropäischen Mitgliedstaaten» gefunden hätte (606). Die deutsche Position zur Kategorie «Gasrichtlinie» veränderte sich somit von Ablehnung zur Zustimmung.

Die zeitliche Entwicklung des Einsatzes von ausgewählten Kategorien wird in der nachfolgenden Grafik dargestellt. Es wird noch einmal ersichtlich, dass auf die unternehmerische Natur des Projekts seit 2015 hingewiesen wurde, während der Aspekt des steigenden Gasbedarfs erst 2018 zur Erwähnung kam.

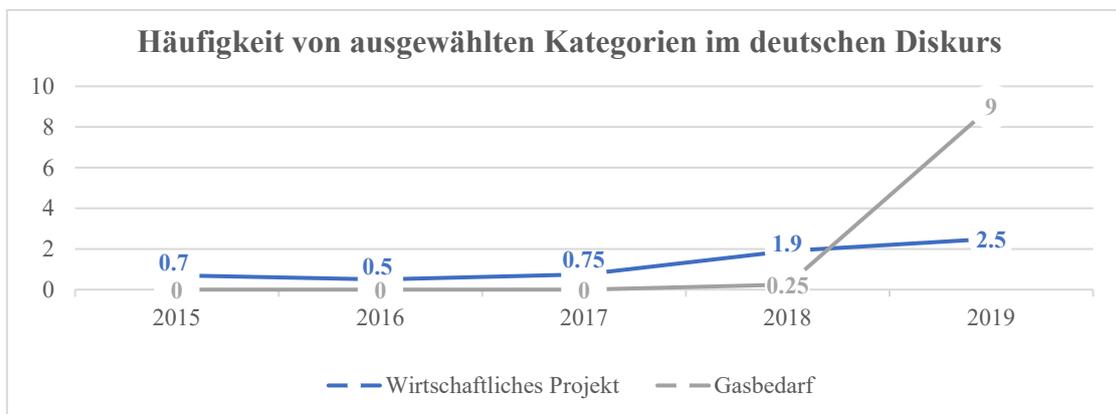


Abbildung 18: Häufigkeit von ausgewählten Kategorien im deutschen Diskurs, Durchschnittliche Zahl der Statements pro Monat (eigene Darstellung)

5.3 Netzwerkanalyse für Polen

In diesem Unterkapitel werden separate Akteurs- und Diskursnetzwerke für polnische Akteure erstellt. Es wird genauer auf die Hintergründe der Positionierung von polnischen Akteuren eingegangen.

5.3.1 Akteursnetzwerke

Gemessen an der Anzahl der Statements über den gesamten Untersuchungszeitraum ist Polens Ministerpräsident der aktivste Akteur im nationalen Diskurs um NSP2, gefolgt vom polnischen Aussenministerium und vom polnischen Präsidenten, wie dem nachfolgenden Bild entnommen werden kann. Gegensatz zu DE hat in PL das Aussenministerium eine prominentere Rolle als das Energieministerium. Insgesamt sind am Diskurs um NSP2 viel mehr unterschiedliche Ministerien als im Falle von Deutschland beteiligt, auch beispielsweise das Verteidigungsministerium und das Ministerium für Inneres.

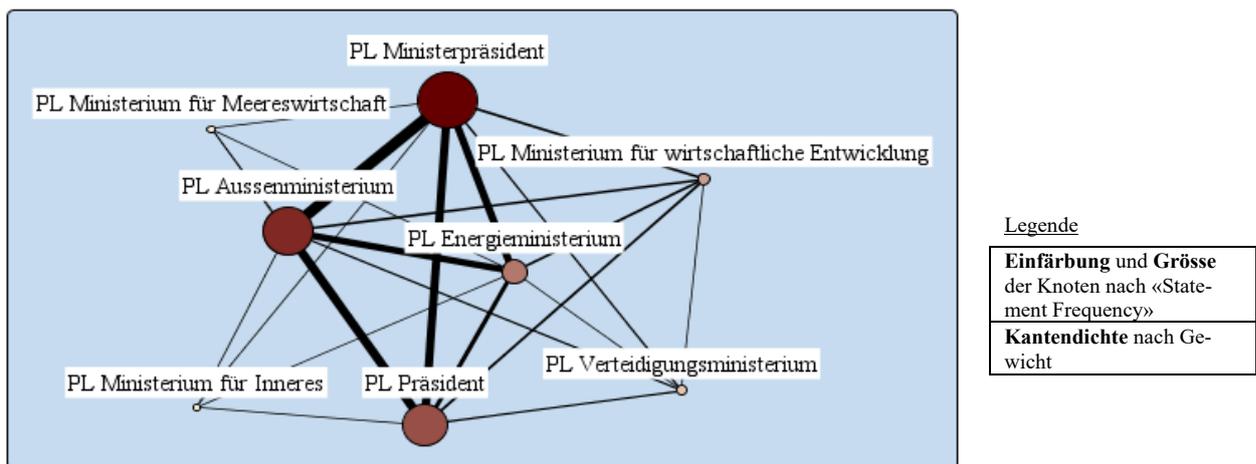
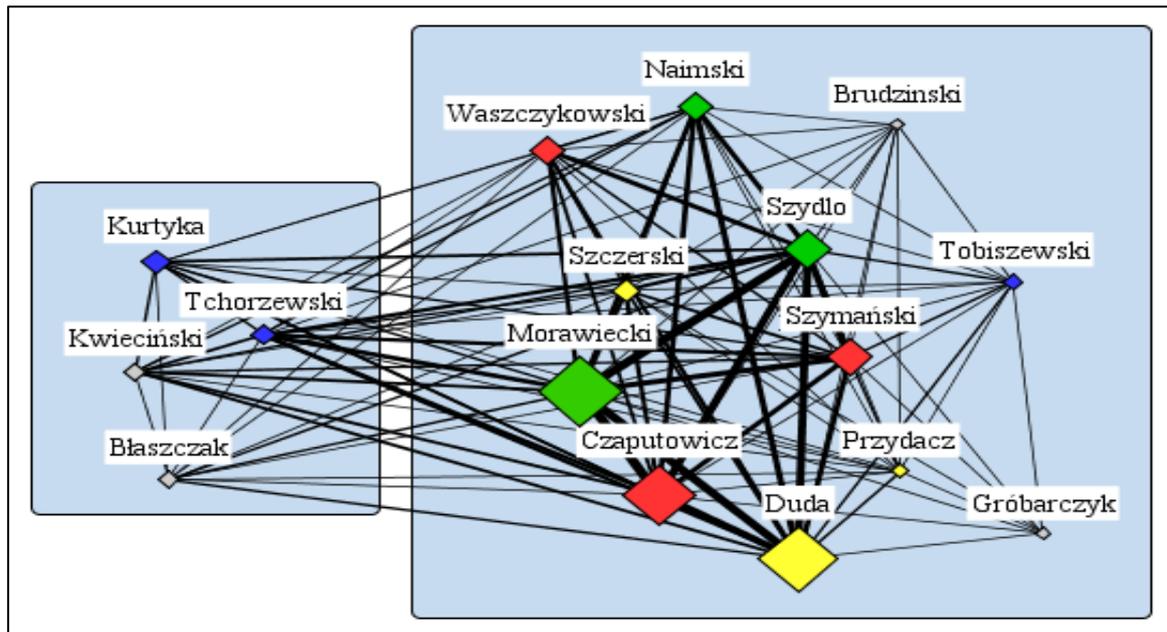


Abbildung 19: Organisationsnetzwerk im polnischen Diskurs über den ganzen Zeitraum (eigene Darstellung mit visone)

Im untersuchten Zeitraum hatte PL drei Premierminister: Ewa Kopacz (bis November 2015), Beata Szydlo (November 2015–Dezember 2017), Mateusz Morawiecki (seit Dezember 2017). Eine Betrachtung der im Diskurs involvierten Einzelpersonen zeigt, dass nur Morawiecki und Szydlo sich als Ministerpräsidenten zu NSP2 äusserten, dabei war Morawiecki viel aktiver als Szydlo. Es fällt ausserdem auf, dass als Einzelakteur auch Jacek Czaputowicz, der erst seit Januar 2018 Polens Aussenminister ist, in seiner relativ kurzen Amtszeit fast gleich aktiv war, wie Polens Staatpräsident Andrzej Duda, der schon seit Sommer 2015 im Amt ist. Das veranschaulicht die nachfolgende Abbildung:



Legende

 Ministerpräsident	 Präsident	 Energieministerium	 Aussenministerium	 Andere
Kantendichte nach Gewicht		Knotengrösse nach «Statement Frequency»		

Abbildung 20: Personennetzwerk im polnischen Diskurs über den ganzen Zeitraum (eigene Darstellung mit visone)

Das linke Cluster versammelt die meisten Vertreter des Energieministerium sowie des Ministeriums für wirtschaftliche Entwicklung und des Verteidigungsministeriums. Diese Akteure teilen die Einschätzung, dass NSP2 ein politisches Projekt sei. Im rechten Cluster versammeln sich hingegen die Hauptakteure, die auch eine hohe argumentative Verbundenheit ausweisen.

Die Verteilung von Statements der polnischen Akteure über den gesamten Zeitraum, die in der nächsten Abbildung dargestellt wird, gibt an, dass sich die Diskussion um NSP2 2018 deutlich intensiviert. Das könnte zumindest teilweise auf die oben erwähnten personellen Umstellungen in polnischen Regierungskreisen zurückzuführen sein. Der polnische Ministerpräsident ist dabei über den ganzen Zeitverlauf der aktivste Akteur.

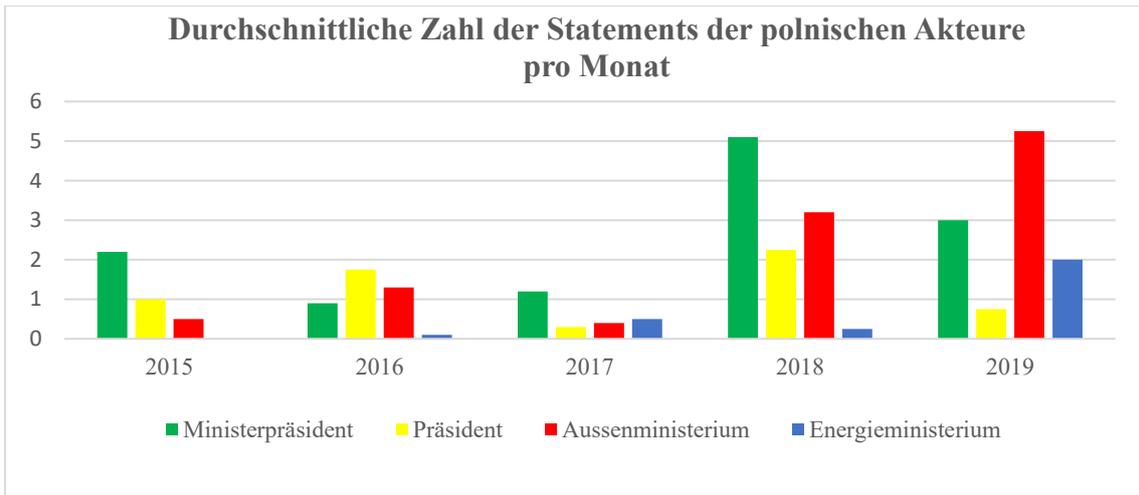


Abbildung 21: Häufigkeit von Statements der polnischen Akteure, durchschnittliche Zahl der Statements pro Monat pro Akteur (eigene Darstellung mit visone)

5.3.2 Konzeptnetzwerke

Die Positionierung der polnischen Akteure wird in der nachfolgenden Abbildung dargestellt. Oben sind die Kategorien, die auf Zustimmung der polnischen Akteure treffen. Unten sind hingegen Aspekte, welche Polen in Bezug auf NSP2 ablehnt. Interessanterweise werden alle Kategorien, die PL ablehnt, von DE akzeptiert.

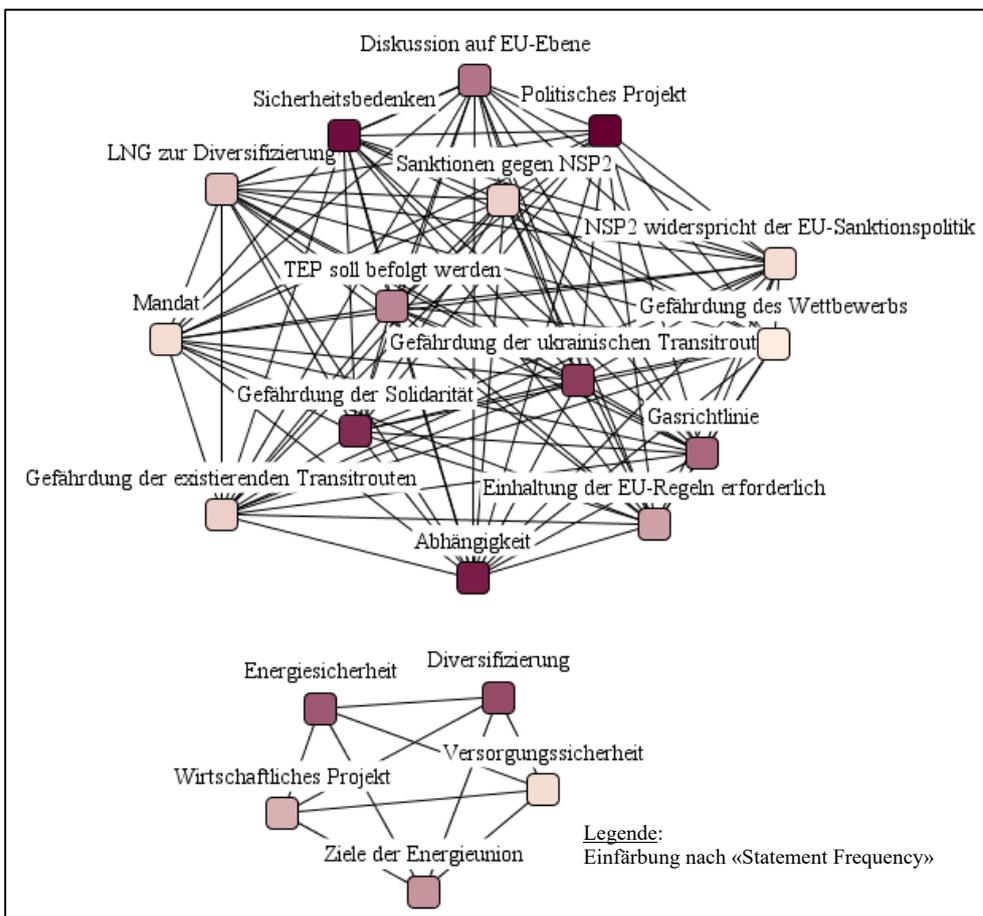


Abbildung 22: Konzeptnetzwerk im polnischen Diskurs über den ganzen Zeitraum (eigene Darstellung mit visone)

Der Schwerpunkt der polnischen Argumentation ist die Einsicht, dass NSP2 ein «politisches Projekt» sei. Zu den weiteren am häufigsten eingebrachten Einwänden gehören auch Sicherheitsbedenken, Abhängigkeit, Gefährdung der Solidarität sowie Gefährdung der ukrainischen Transitroute (vgl. Anhang D).

Kurz nach der Verkündigung des Projekts sagte PL, dass das Projekt «gegen polnische Interessen» verstosse und dass es die europäische Solidarität gefährde (645). Diese «Gefährdung der Solidarität» warf PL der deutschen Regierung während des gesamten Untersuchungsraums vor. Von DE hätte PL mehr Solidarität erwartet (673) und es könne nicht sein, dass DE eine Frage dieser Tragweite «im Alleingang» entscheide (742). Aus polnischer Sicht fördere das Projekt deutsche Interessen zulasten der Sicherheit der osteuropäischen Staaten (718). «Unserer Auffassung nach ist es eine Investition, die für eine Teilung Europas sorgt», so der Premierministerin Szydlo im Juni 2016 (691). Die Pipeline spalte also die westliche Gemeinschaft (768) und sei deswegen «antieuropäisch» (916) und «egoistisch» (731). «Deutschland denkt oft, dass europäische Positionen deutsche Positionen seien. Aber in der Frage von Nord Stream 2 ist es anders», sagte Polens Außenminister Czaputowicz im Januar 2019 (916).

Nach dem Amtsantritt der neuen Regierung im November 2015 intensivierte sich die Kritik. PL forderte Ende 2015 eine «inklusive» Diskussion auf EU-Ebene und rief die EK in einem Brief an den Kommissionspräsidenten Juncker dazu auf, eine entschlossene Position zu NSP2 anzunehmen (668). In diesem Kontext forderte PL von der Kommission, dass die EU-Gasregeln (TEP) von NSP2 befolgt werden müssten. Deswegen unterstützte die polnische Regierung die Initiativen der EK, durch ein Verhandlungsmandat oder durch eine Änderung der Gasrichtlinie diese Regeln für NSP2 anwendbar zu machen. Wie PL zugab, würde die Anwendung von TEP das Projekt erschweren (881).

In der zweiten Jahreshälfte 2016 ging PL auf die Frage der Diversifizierung ein. Die polnische Regierung war der Ansicht, NSP2 trage nicht zur Diversifizierung der Gasversorgung bei. Das Projekt würde keine neue Gasbezugsquelle erschliessen und stelle keine neue Route dar, weil die Pipeline parallel zur existierenden Nord Stream 1-Leitung verlaufe (787). «Das sei keine Diversifizierung, sondern eine weitere Monopolisierung», sagte Morawiecki im Juni 2018 (837). Ferner sei NSP2 «die grösste Gefahr» für die Diversifizierung in der EU (869). Für PL bedeutet eine «echte» Diversifizierung der Gasversorgung eine Abkopplung von Gaslieferungen aus Russland und wäre nur über LNG oder norwegisches Gas denkbar (960). NSP2 widerspreche somit der polnischen

Gaspolitik und dem polnischen Diversifizierungskonzept und unterminiere sogar polnische Diversifizierungsprojekte wie Baltic Pipe, sagte Präsident Duda 2016 (723). Dabei wolle PL selbst zu einem Gas-Hub «für ganz Europa» werden, verkündete Morawiecki Ende 2017 (757). In diesem Kontext zähle die polnische Regierung seit 2018 die auf den Ausbau des LNG-Terminals und die Flüssiggas-Importe aus den USA. «So werden wir nicht nur unseren Energiebedarf sichern, sondern auch Gas weiter an unsere Nachbarn abtransportieren», erhoffte sich Duda im September 2018 (867). In diesem Kontext ist eine Aussage des polnischen Aussenministers bemerkenswert: «Es geht uns um unsere Sicherheit. Dafür sind wir auch bereit, einen gewissen Preis zu zahlen. Wir investieren in das Pipeline-Projekt Baltic Pipe [...]. Unter Umständen wird es teurer als russisches Gas. Aber unsere Sicherheit ist es uns wert» (934).

Auch die Frage der Abhängigkeit war für PL von Anfang an zentral. Der polnischen Auffassung nach würde NSP2 zu einer grösseren Abhängigkeit von russischem Gas und zur Dominanz von Gazprom führen (684). Mehr Kapazitäten würden Gazprom erlauben, mehr Gas nach Europa zu bringen und dadurch seine Dominanz zu stärken, in einer Situation, wo Osteuropa immer noch von russischen Gaslieferungen abhängig sei, erklärte Duda im Juli 2016 (695). Laut Duda würde NSP2 also «die konsolidierte Marktposition eines einzigen Anbieters auf dem europäischen Markt noch weiter stärken» (816). Die durch NSP2 bewirkte «absolute russische Energiedominanz» werde dann auch höhere Preise, eine mögliche Unterbrechung von Gaslieferungen und politische Erpressung zu Folge haben (872). «NSP2 ist gegen die EU-Energiestrategie. Unser Ziel ist einfach – das Projekt muss gestoppt werden», kündigte auch der polnische Minister für Meereswirtschaft 2017 an (732).

Aus dieser Einschätzung stammte die Überzeugung der polnischen Akteure, dass NSP2 kein wirtschaftliches, sondern ein politisches Projekt sei. Es habe keine Wirtschaftslogik, da es bereits genug Importkapazitäten für russisches Gas gebe, erläuterte Duda im November 2015 (651). Laut Europaminister Szymanski sei das Projekt «das Trojanische Pferd» Russlands, um politische Beziehungen in der EU zu vergiften (711). Zum anderen «wolle Russland durch NSP2 der Ukraine wirtschaftlichen Schaden zufügen», so der Staatssekretär für die Energiesicherheit Naimski (736). Grundsätzlich benutze Russland Gas als politisches Instrument und NSP2 sei ebenfalls «ein Element russischer Geopolitik, ein Erpressungstool», so Morawiecki (804). Laut ihm sei NSP2 auch eine «neue hybride Waffe» gegen die EU und NATO (827). NSP2 würde es Russland erlauben, die Energiepolitik der EU zu bestimmen und die Energieunion zu unterminieren. «Kurz und gut,

Nord Stream 2 ist unnötig, schädlich und spaltet die westliche Gemeinschaft», fasste Morawiecki seine Einschätzung im Februar 2018 zusammen (768).

Von Anfang an löste NSP2 auch verschiedene Sicherheitsbedenken bei der polnischen Regierung aus. «Mit der Pipeline werde Russland seine Kriege finanzieren», warnte das polnische Außenministerium im November 2015 (653). Es gebe auch Implikationen für die Sicherheit in der Ostsee-Region, denn «die Leitung gibt Russland einen Grund, die ganze Ostsee zu patrouillieren und zu spionieren», so Außenminister Czaputowicz (900). NSP2 sei ein Tool für «ein aggressives, revisionistisches Russland», Czaputowicz zufolge (822). Es habe auch destabilisierende Konsequenzen für Osteuropa und die Ukraine. «Wenn die ukrainische Gasleitung wegen NSP2 nicht mehr nötig ist, was würde Putin davon abhalten, in Kiev einzumarschieren?» fragte Morawiecki im November 2018 (906). NSP2 sei also eine «vergiftete Pille für die europäische Sicherheit» (827).

Eine «Gefährdung der ukrainischen Transitroute» war somit für die polnischen Akteure auch von Anfang an eine wichtige Kategorie und gewann 2018 deutlich an Bedeutung. Die Regierung Polens ging davon aus, dass Russland mit NSP2 die Ukraine umgehen wolle. Das würde die Ukraine wirtschaftlich schwächen (658), die proeuropäischen Reformen im Land verlangsamen (673) und zu einer Eskalation des Militärkonflikts (899) führen. «NSP2 killt die Ukraine», alarmierte Czaputowicz im Januar 2019 (918). Andererseits gefährde NSP2 auch andere Transitrouten, was die EU-Versorgungssicherheit beeinträchtige. Die gesamten Importmengen aus Russland würden dann nach DE fließen und müssten in West-Ost-Richtung transportiert werden. Die Infrastrukturkapazitäten in der EU seien dafür aber nicht ausreichend (659). Naimski wies ausserdem 2017 den Vorwurf zurück, PL sei wegen eines möglichen Verlusts von Transiteinnahmen der Jamal-Pipeline gegen NSP2. «Wir werden keine Transiteinnahmen verlieren, weil es keine gibt» (737). PL bekomme an Transitgebühren nur \$5.5 Million pro Jahr. Duda sagte aber 2018, PL sei gegen NSP2, weil es die Rolle der Transitländer von den Transitländern wegnehme (764).

2018 setzte sich ausserdem das polnische Außenministerium für US-Sanktionen gegen NSP2 ein. Auch Morawiecki warb dafür: «Wir wollen, dass der Bau der Pipeline mit US-Sanktionen belegt wird» (883). Die Pipeline zerstöre zudem den Effekt von EU-Sanktionen gegen Russland, argumentierte PL seit 2016. Das Thema «Gasrichtlinie» gewann seit Mitte 2018 an Bedeutung und wurde 2019 zu einem der wichtigsten Diskussionspunkten. Der polnische Außenminister Czaputowicz warf DE vor, sich mit «immer neuen

Täuschungsmanövern» gegen die Gasrichtlinie zu wehren, während PL die Haltung der EU «sehr unterstützt» (915).

Der nachfolgenden Grafik kann man entnehmen, dass die Frage der Abhängigkeit ab 2018 besonders oft von den polnischen Akteuren angesprochen wurde und die Kategorie «Gefährdung der Solidarität» über die Zeit stetig an Bedeutung gewann. Hingegen war die Gefährdung der existierenden Routen (im Gegensatz zur Gefährdung des Transits durch die Ukraine) für die polnischen Akteure kein zentrales Thema.

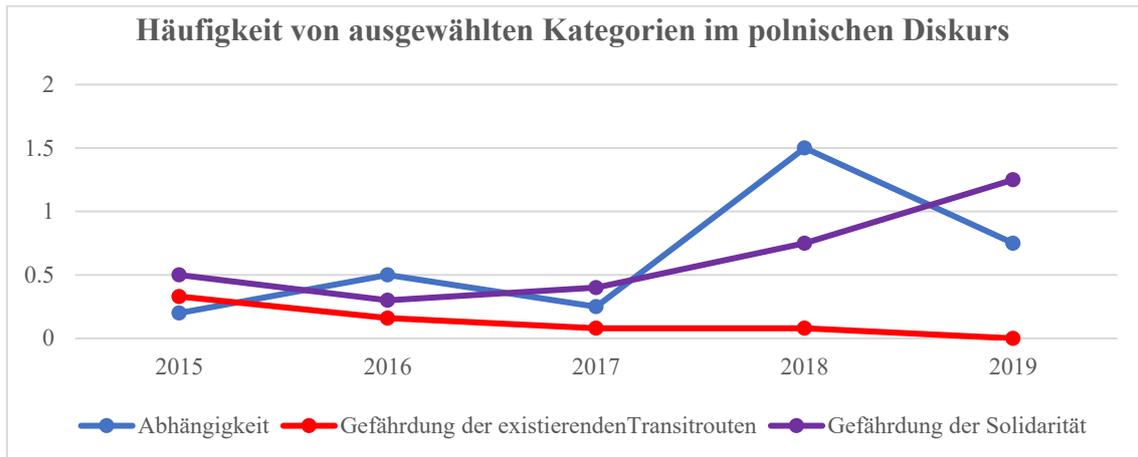


Abbildung 23: Häufigkeit von ausgewählten Kategorien im polnischen Diskurs, durchschnittliche Zahl der Statements pro Monat (eigene Darstellung)

5.4 Netzwerkanalyse für die Europäische Kommission

In diesem Kapitel werden Akteurs- und Diskursnetzwerke für die Europäische Kommission (EK) gebildet und analysiert. Zudem wird genauer auf die Hintergründe der Positionierung der EK eingegangen.

5.4.1 Akteursnetzwerke

Von Seiten der EK wird die Diskussion um NSP2 von der Generaldirektion für Energie (GD Energie) vorangetrieben. Auch der Vizepräsident für die Energieunion Maros Sefcovic bringt sich in die Debatte aktiv ein, wie die folgende Abbildung zeigt. Die argumentative Verbundenheit besteht vor allem zwischen GD Energie, dem Vizepräsidenten für die Energieunion und dem EU-Kommissionspräsidenten. Wie bereits erwähnt, ist die Generaldirektion für Umwelt aufgrund ihres spezifischen Zuständigkeitsbereichs in ihrer Argumentation mit keinem anderen Akteur verbunden.

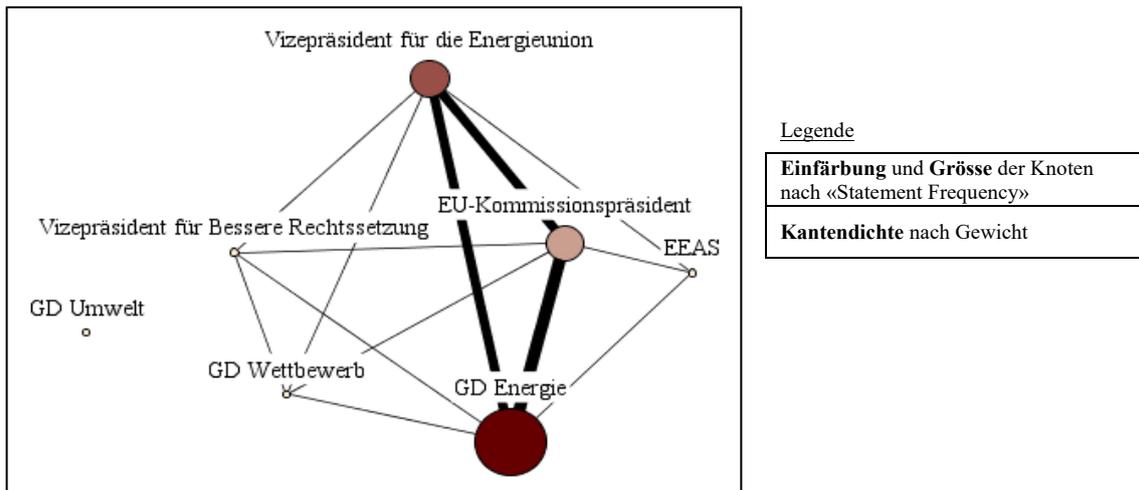


Abbildung 24: Organisationsnetzwerk der Europäischen Kommission über den ganzen Zeitraum (eigene Darstellung mit visone)

Das Netzwerk der einzelnen Personen, die die EK vertreten, spiegelt das Netzwerk der Institutionen wider. Energiekommissar Miguel Arias Canete war während des gesamten betrachteten Zeitraums der profilierteste Akteur, gefolgt von Sefcovic, wie das nachfolgende Bild zeigt. Aus dieser Abbildung geht ausserdem hervor, dass sich alle Energievertreter, die Kommissionsspitze sowie ein «grauer» Akteur Mogherini im mittleren Cluster befinden. Diese Akteure haben gemeinsam, dass sie alle die Rolle der ukrainischen Transitroute in ihrer Argumentation ansprachen. Im linken Cluster ist hingegen nur Umwelt-Kommissar Vella, der schlicht den Einfluss von NSP2 auf den europäischen Fischereisektor kommentierte. Auch der Vizepräsident für Bessere Rechtssetzung Timmermans und Wettbewerb-Kommissarin Vestager im rechten Cluster äusserten sich zu NSP2 nur begrenzt und sprachen sich für die Einhaltung der EU-Regeln aus.

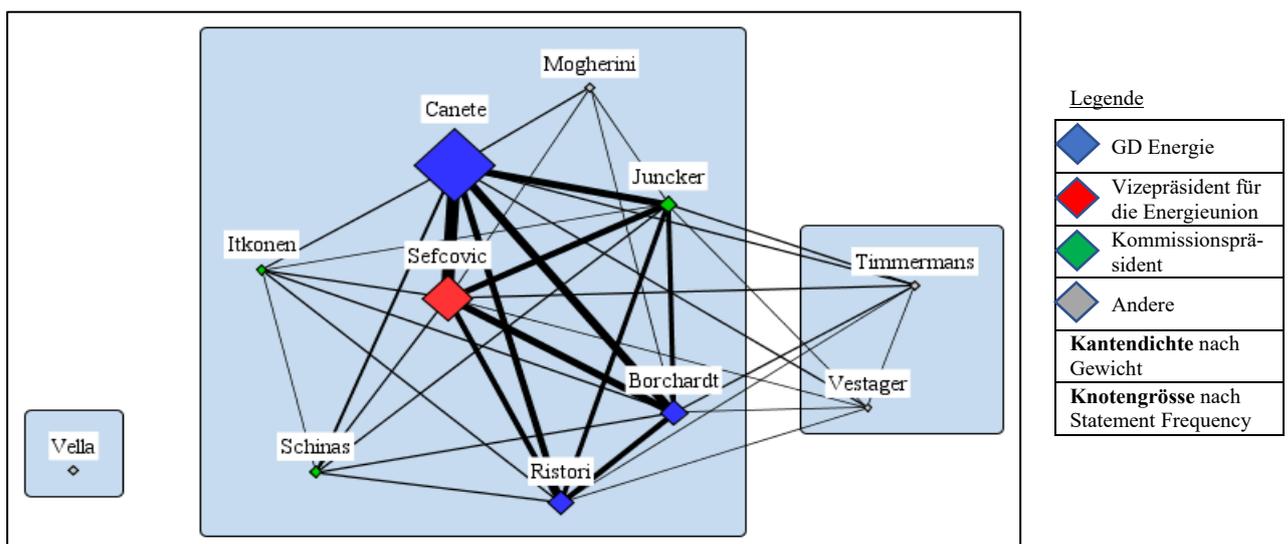


Abbildung 25: Personennetzwerk der Europäischen Kommission über den ganzen Zeitraum (eigene Darstellung mit visone)

Die Verteilung sämtlicher Statements der EK-Akteure (s. nächste Abbildung 26) macht es deutlich, dass die GD Energie von Anfang an der aktivste Akteur im Diskurs um NSP2 war. 2017 gab es zudem eine Zunahme an gesamten Stellungnahmen der Kommissionsvertreter. Das lässt sich auf die neuen marktregulatorischen Vorschläge der Kommission zurückführen: Im März 2017 stellte die EK einen Antrag auf ein Verhandlungsmandat mit Russland über NSP2 und im November 2017 schlug die EK eine Änderung der Gasrichtlinie vor.

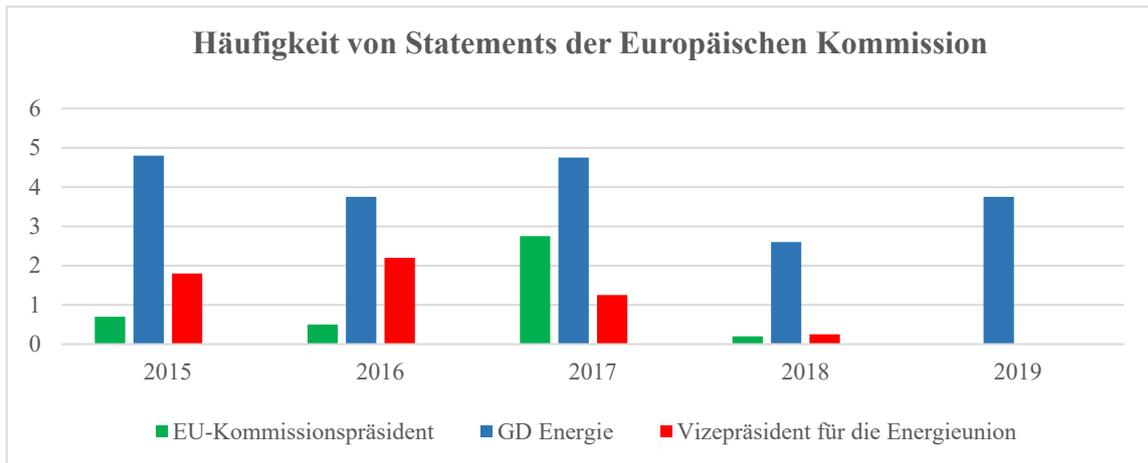


Abbildung 26: Häufigkeit von Statements der Europäischen Kommission, durchschnittliche Zahl pro Monat pro Akteur (eigene Darstellung)

5.4.2 Konzeptnetzwerke

Analog zu DE und PL lässt sich die Argumentation der EK basierend auf ihrer Zustimmung oder Ablehnung bestimmten Kategorien interpretieren. In der Abbildung 27 werden in der oberen Gruppe die Kategorien, welchen die EK zustimmt, aufgeführt. Die Kategorien unten lehnt die EK ab. Die Positionen der EK stellen eine Mischung aus den Positionen Deutschlands und Polens dar. Beispielsweise sieht die Kommission NSP2 als ein wirtschaftliches Projekt. Dabei ist die EK mit PL einverstanden, dass NSP2 weder zur Diversifizierung noch zur Versorgungssicherheit beiträgt.

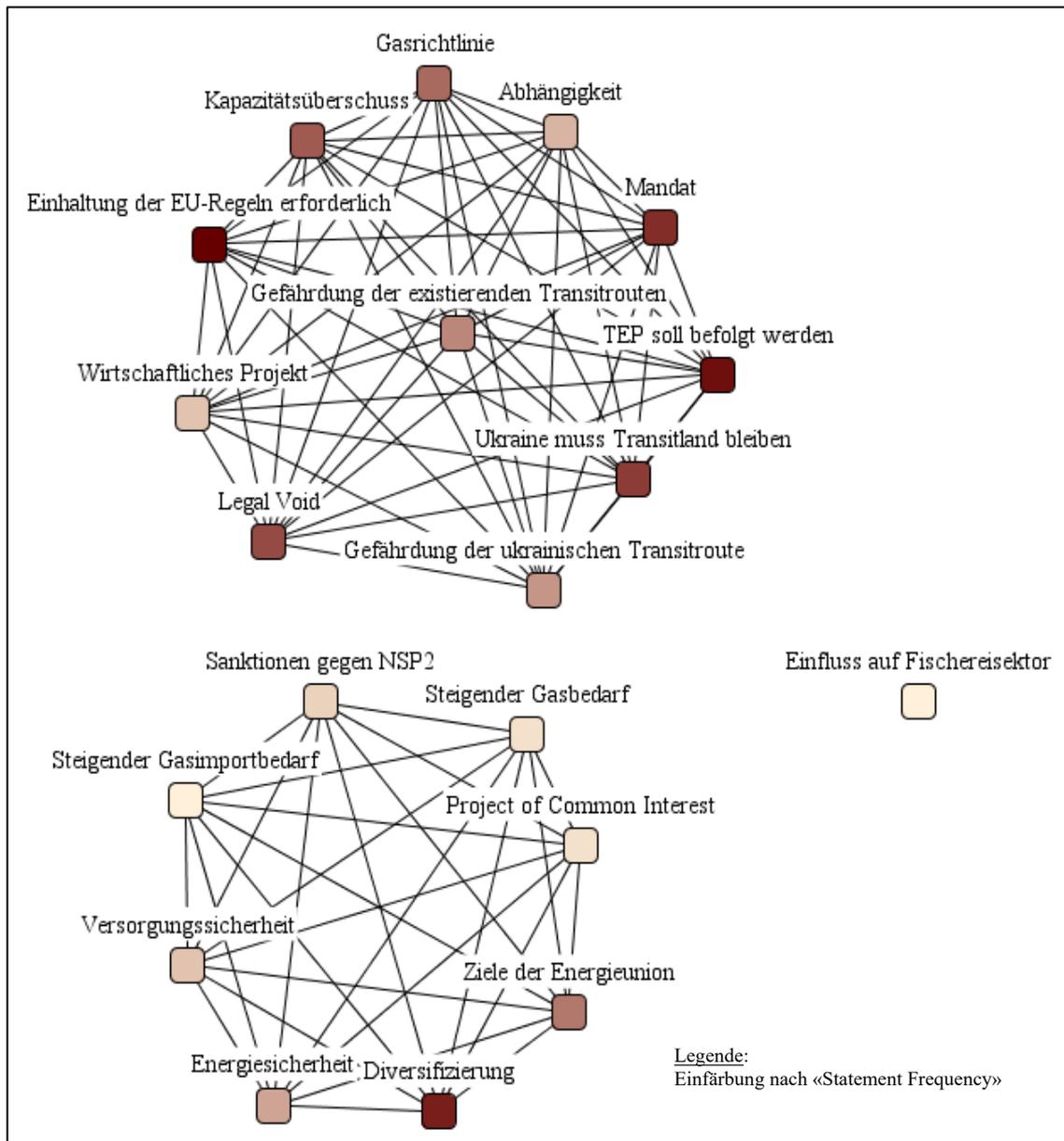


Abbildung 27: Konzeptnetzwerk der Europäischen Kommission über den ganzen Zeitraum (eigene Darstellung mit visone)

Die quartalsweise Analyse der Argumente (vgl. Anhang D) zeigt, dass die EK seit der Initiierung des Projekts für die Einhaltung der anwendbaren EU-Regeln plädierte, vor allem in den Bereichen Energie, Umwelt und Wettbewerb. «Die Kommission kann das Projekt nicht stoppen, aber sie kann die Einhaltung der EU-Regeln fordern», sagte Sefcovic im Dezember 2015 (35). Dabei fand es die EK äusserst wichtig, dass NSP2 die EU-Gasvorschriften (TEP) befolgen soll und muss. «Jede neue Infrastruktur muss den TEP-Regeln vollkommen entsprechen», sagte Canete im Juli 2016 (124). Nachdem es sich aber herausgestellt hatte, dass das TEP auf NSP2 nicht anwendbar war, führte die EK 2016 das Konzept eines vermeintlichen «Legal Void» («regulierungsfreier Raum») ein.

«Vor dem Hintergrund der kollidierenden Rechtsordnungen müsse NSP2 in einem rechtlichen Rahmen betrieben werden, der auch die Grundprinzipien unserer Marktregeln berücksichtigt», forderte Canete im Mai 2016 (107). «Politisch mögen wir NSP2 nicht. Wir haben aber keine rechtlichen Gründe, das Projekt abzulehnen», gab eine Pressesprecherin der Kommission im März 2017 zu (156). 2017 kam deswegen die Kategorie «Mandat» ins Spiel, um die Verhandlungen mit Russland über «einen speziellen Rechtsrahmen» für NSP2 aufzunehmen. «Die Kommission ist eine rechtliche Institution. Wir können daher keine willkürlichen Entscheidungen treffen, die ein Projekt aufgrund von Präferenzen bevorzugen oder blockieren. Die EK arbeitet deswegen an einem speziellen Rechtsrahmen», kommentierte die EK die Diskussion um das Mandat (170). Das Mandat werde der EK «mehr Leverage» in Sachen NSP2 geben, erläuterte die EK 2018 (284). Komplementär zum Mandat nahm die EK Ende 2017 das andere regulatorische Thema der Überarbeitung der Gasrichtlinie auf, um das TEP auf NSP2 anwendbar zu machen und «das rechtliche Vakuum» zu füllen. Der Vorschlag illustriere «den klaren politischen Willen» der Kommission, die Grundprinzipien des EU-Energierechts im Hinblick auf NSP2 durchzusetzen (247). Die Änderung sei aber nicht gegen NSP2 gerichtet (304). «Die Überarbeitung der Gasrichtlinie soll nichts blockieren. Wir wollen nur, dass unsere Regeln respektiert werden», verdeutlichte Borchardt 2019 (302), als dieses Thema zum Hauptanliegen der EK wurde.

Aber nicht nur mit den EU-Gasmarktregeln, sondern auch mit den Zielen der Energieunion sei NSP2 laut der Kommission nicht im Einklang, worauf die EK 2016 aktiv hinwies. Deswegen schliesse die EK bereits 2015 die finanzielle Unterstützung und die Aufnahme des Projekts in die Liste der «Vorhaben von gemeinsamem Interesse» (Projects of Common Interest) aus. Darüber hinaus bestritt die EK ausdrücklich, das NSP2 im Hinblick auf die Ziele der Energieunion zur Diversifizierung der europäischen Energieversorgung beitrage. NSP2 erschliesse keine neue Gasbezugsquelle, biete keinen neuen Gaslieferanten ein und stelle keine neue Route dar (184). Das Projekt könne aber die Landschaft des gesamten EU-Gasmarkts verändern, denn 80% des aus Russland importierten Gases würden dann über eine einzige Route fließen (18, 109). «NSP2 würde das Liefermuster der russischen Gasimporte ändern. Die derzeitigen Transitrouten für russisches Gas könnten weitgehend durch einen einzigen dominanten Gastransportkorridor ersetzt werden», schrieb die EK 2017 in ihrem Mandatsantrag (192). Darüber hinaus könnte die Pipeline aufgrund ihrer Route den Ausbau der Position von Gazprom auf dem EU-Gasmarkt erleichtern. «Dies könnte den Prozess der Schaffung eines offenen Gasmarktes mit

wettbewerbsfähigen Preisen und diversifizierten Lieferungen in der EU behindern», erklärte die EK weiter (192). NSP2 ist also «das Gegenteil der Diversifizierung», so Borchardt (297).

Die EK warnte kontinuierlich vor diesem «negativen Einfluss» von NSP2 auf die existierenden Gastransitrouten und vor allem auf die Ukraine. Bereits im Oktober 2015 wies die GD Energie darauf hin, dass der Transit durch die Ukraine wegen NSP2 «austrocknen» werde (19). Dabei hob die Kommission wiederholt seit 2015 die Zuverlässigkeit der ukrainischen Route hervor und forderte, dass die Ukraine auch künftig ein «strategisches» Transitland bleibe (138). «Die Aufrechterhaltung eines wirtschaftlich bedeutenden Gastransits ist auch für die wirtschaftliche und strategische Stabilität der Ukraine von entscheidender Bedeutung», sagte die GD Energie 2019 (294).

Es fällt aber auf, dass die Frage der Abhängigkeit im Diskurs der EK nur in einem frühen Stadium und insgesamt relativ wenig angesprochen wurde. NSP2 werde die Abhängigkeit von Russland erhöhen und die Position von Gazprom auf dem EU-Gasmarkt stärken (15, 209). Vor allem sei es besorgniserregend, dass NSP2 zur Dominanz von Gazprom auf dem deutschen Gasmarkt führen würde, indem sein Anteil von 40 auf 60% steigern würde, warnte die GD Energie 2015 (17).

2015 betonte die GD Energie aktiv, dass «NSP2 in erster Linie eine kommerzielle Entscheidung ist» (7). Jedoch zeigte die EK zwischen 2015 und 2017 Zweifel über die Wirtschaftlichkeit des Projekts aufgrund des Überschusses an Importkapazitäten in der EU: «Derzeit werden nur rund 50% der Transportkapazitäten aus Russland genutzt und NSP2 würde die überschüssige Importkapazität aus Russland weiter erhöhen», warnte Sefcovic Ende 2015 (46). In diesem Zusammenhang zog die EK 2017 auch Prognosen zur Entwicklung des Gasimportbedarfs heran. «Die Gasimporte in die EU dürften bis 2030 stabil bleiben, da die inländische Produktion und der EU-Verbrauch zurückgehen. Angesichts der vorhandenen Importinfrastruktur und der erwarteten Wettbewerbsfähigkeit von LNG ab 2020 sieht die Kommission keinen Bedarf für eine neue Infrastruktur in der Grössenordnung von NSP2» (164).

Die quartalsweise Betrachtung der Kategorien zeigte, dass sich in der Argumentation der EK mit der Zeit drei grosse Narrative über die Marktregulierung, Rolle der Ukraine und Diversifizierung etablierten. Wie die nachfolgende Grafik zeigt, sind die marktregulatorischen Aspekte für die EK von Anfang an wichtig, mit einer besonderen Rolle von «Mandat» und «Gasrichtlinie» ab 2017.

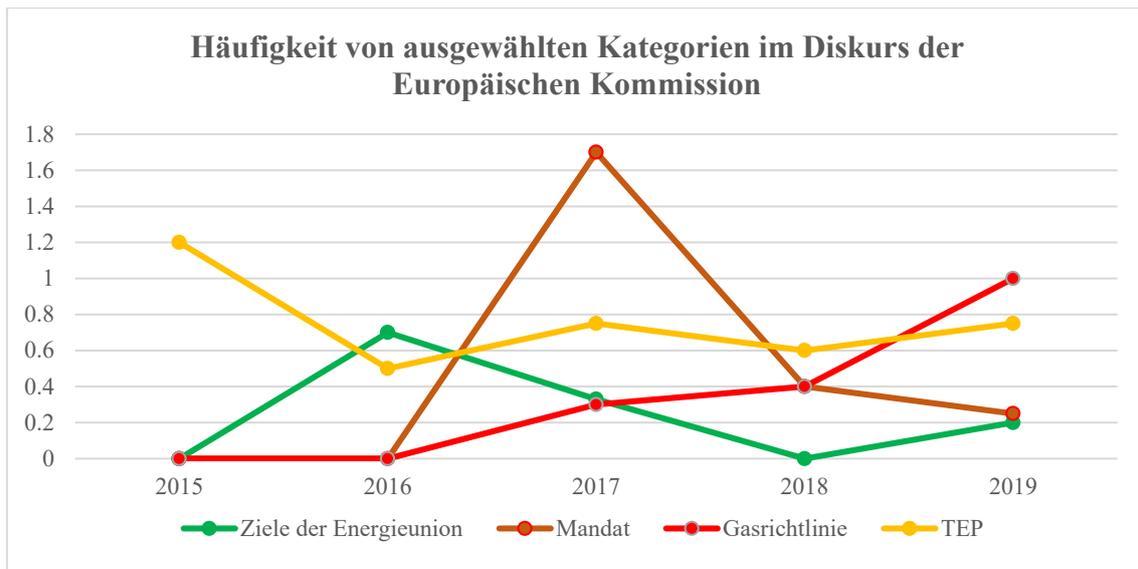


Abbildung 28: Häufigkeit von ausgewählten Kategorien im Diskurs der Europäischen Kommission, durchschnittliche Zahl der Statements pro Monat (eigene Darstellung)

6 Diskussion

In diesem Kapitel werden die zentralen aus der Analyse gewonnenen Erkenntnisse gewürdigt und in Verbindung mit der im Kapitel 2 aufgearbeiteten Literatur gesetzt. Auf dieser Basis werden die aufgestellten Hypothesen diskutiert. Abschliessend werden Policy-Implicationen abgeleitet.

6.1 Interpretation der Ergebnisse

Aus der Analyse der Gesamtnetzwerke geht eindeutig hervor, dass Deutschland, Polen und die Europäische Kommission ihre jeweiligen Positionen zu Nord Stream 2 auf Basis sehr unterschiedlicher und zum Teil entgegengesetzter Wertvorstellungen (nach Sabatier, 1988) zur sicheren Energieversorgung und zum Funktionieren des europäischen Gasmarkts formulieren (vgl. Kapitel 2.1). Während DE auf die Gasmarktliberalisierung setzt und die Sicherstellung der Gasversorgung dem Markt überlässt, kann die wettbewerbsbasierte Energieversorgung aus polnischer Sicht nicht sicher sein, wenn der Markt russisches Gas präferiert. Deutschland sieht NSP2 primär als zusätzliches Gasangebot, das eine erschwinglichere Energieversorgung bewirken würde. Für Polen ist aber nicht der Preis, sondern die «Sicherheit» bei der Gasversorgung ausschlaggebend. Aus Gasmarkt-Sicht könnte diese Diskrepanz daher stammen, dass Erdgas für die Energieversorgung Deutschlands im Vergleich zu Polen eine viel grössere Rolle spielt (vgl. Unterkapitel 2.1.1). In diesem Kontext ist aber auch die Positionierung der Europäischen Kommission interessant, die sich generell näher bei PL verortet. Das ist ein äusserst bemerkenswertes Ergebnis, zumal die erfolgreichen Reformen zur Liberalisierung und Integration des europäischen Gasmarkts von der EK selbst bewirkt worden sind und es daher nahe gelegen hätte zu vermuten, dass die EK ihre Positionierung primär aufgrund entsprechender marktbezogener Argumente bestimmt.

Die Diskursnetzwerkanalyse hat gezeigt, dass sich DE und PL über den ganzen Zeitraum hinweg in unterschiedlichen Cluster befanden und somit beim Thema NSP2 von Anfang an gespalten waren. Entsprechend konnte die Hypothese 1 bestätigt werden.

Die Auswirkungen von NSP2 auf die Diversifizierung der europäischen Gasversorgung wurden von den Akteuren tatsächlich unterschiedlich beurteilt und wirkten während des gesamten Zeitraums polarisierend. Die Hypothese 2 konnte somit grundsätzlich bestätigt werden, wobei anzumerken ist, dass die Polarisierung zwischen Deutschland auf einer Seite und Polen und der EU-Kommission auf der anderen Seite stattfand. Im Sinne der

im Kapitel 2.1.2 erläuterten Definition von Diversifizierung vermag die gegen NSP2 vorgebrachte Behauptung aber nicht zu überzeugen, dass eine neue Importpipeline aus Gasmarkt-Perspektive nachteilig für Diversifizierung sein könnte. Angesichts der Energiesicherheitsstrategie der Europäischen Kommission und der erwähnten Position Polens, dass Diversifizierung eine Abkopplung von russischen Gaslieferungen bedeutet, liegt die Vermutung nahe, dass sowohl die Kommission als auch Polen einen vergleichbaren neuen Lieferweg aus einem bestehenden Gas-Exportland positiver betrachten würden, wenn das Ursprungsland ein anderes wäre. Das lässt darauf schließen, dass sich Polen und die Europäische Kommission im Bereich politischer Kategorien bewegen.

Die Analyse zeigte, dass alle drei Akteure von Anfang an der Einsicht waren, dass die Ukraine ein Transitland bleiben muss. Die Hypothese 3 konnte somit auch bestätigt werden. Allerdings muss hier auch darauf hingewiesen werden, dass alle Akteure diesen Standpunkt unterschiedlich begründet haben. Polen betrachtete den Transit durch die Ukraine vor allem als eine wichtige Einnahmequelle und eine Garantie der ukrainischen und europäischen Sicherheit. Die deutsche Regierung stellte die Beibehaltung der ukrainischen Transitroute als eine politische Bedingung für NSP2 auf. Die EK sah die Ukraine als verlässlichen Partner und wollte eine Reduzierung von Importkorridoren vermeiden. Dabei ist anzumerken, wie im Kapitel 2.2.2. erwähnt wurde, dass NSP2 schon rein arithmetisch den Gastransit durch die Ukraine gar nicht komplett ersetzen könnte. Es darf also vermutet werden, dass es für die Akteure in diesem Fall auch eher um eine politische Frage des Transitvolumens, also der Höhe der Transiteinnahmen für die Ukraine, geht als um die Gasmarkt-bezogene Frage der verfügbaren Importrouten, wie die Europäische Kommission es darstellt. Die Unterstützung der Kommission für eine Fortsetzung des ukrainischen Gastransits vermindert auch die von Vihma & Wigell (2016) aufgezeigte «politische Inkohärenz» der EU hinsichtlich der Auswirkungen von NSP2 auf die Ukraine.

Was die Argumentation Deutschlands betrifft, erwies sich die Positionierung der deutschen Regierung als kohärent und unter den Einzelakteuren abgestimmt. Auch die politische Zuständigkeit wurde klar definiert, worauf eine geringe Zahl von den am Diskurs beteiligten Ministerien hindeutet. Im Grossen und Ganzen war im deutschen Diskurs immer das gleiche übergreifende Narrativ erkennbar. So wird aus der Analyse ersichtlich, dass die deutsche Regierung den kommerziellen Charakter von NSP2 seit der Initiierung des Projekts aktiv betont, was die Hypothese 4.1 bestätigt. Es wurden aber auch kleinere Veränderungen in der Rhetorik registriert, die sowohl aus politischen als auch aus

marktwirtschaftlichen Überlegungen stammen. Letztere sind daran zu erkennen, dass die deutsche Regierung seit 2018 das Projekt in die Realität des steigenden Gasbedarfs einordnet. Dadurch findet die Hypothese 4.2 eine Bestätigung. Angesichts der ausserpolitischen Implikationen, mit denen die deutsche Regierung wegen der Unterstützung des Projekts konfrontiert wurde, forcierte Deutschland ab 2018 aktiv die Frage der Fortsetzung des ukrainischen Transits, beschloss den Bau eines LNG-Terminals und änderte letztendlich seine Position zur Gasrichtlinie. So versuchte Deutschland, die ausserpolitischen Kosten, die die Unterstützung des NSP2-Projekts nach Zachmann (2016) mit sich brachte, zu minimieren. Diese Aktivitäten können also als die Adressierung der politischen Implikationen verstanden werden, was die Hypothese 4.3 bestätigt. Von Interesse ist auch, dass nicht das BMWi, sondern Kanzlerin Merkel persönlich sich für das Projekt am meisten einsetzte. Das belegt, dass das Projekt bei der deutschen Regierung eine Priorität an oberster Stelle ist. Die Hypothese 4.4 wurde aber somit widerlegt.

Insgesamt zeigt die Analyse, dass Deutschland Aspekte wie Diversifizierung, Versorgungssicherheit und Abhängigkeit im Hinblick auf NSP2 konsequent auf Gasmarkt-bezogene Weise interpretiert. Für Deutschland ist das Projekt von wirtschaftlicher Natur und daher werden für die Argumentation ökonomische Gesichtspunkte wie Gasbedarf und Wettbewerb herangezogen. Auch wenn das Projekt für Deutschland eine offensichtliche politische Relevanz hat, erklärt Deutschland seine Unterstützung für NSP2 ausschliesslich durch Gasmarkt-bezogene und nicht politische Argumente. Somit kann die übergeordnete Hypothese 1 bestätigt werden.

Im Vergleich zu Deutschland erschien die argumentative Herangehensweise Polens etwas fragmentierter, aber auch emotionsgeladener, was den häufigen Einsatz von politisch gefärbten Schlagworten zur Folge hatte. Auch wenn die inhaltlichen Hauptvorbehalte Polens gegen das Projekt gut definierbar waren, war die Auslegung der Argumente seitens polnischer Akteure oft sehr unterschiedlich und wies kein einheitliches Narrativ wie bei Deutschland vor. Überwiegend bewegte sich Polen im Bereich politischer Kategorien. Die Gefahr einer grösseren Abhängigkeit von Russland durch NSP2 spielte im polnischen Diskurs eine prominente Rolle und die Hypothese 5.1 konnte somit bestätigt werden. Dabei muss aber beachtet werden, dass die Erklärung Polens, laut derer «mehr verfügbare Importkapazitäten zur Dominanz von Gazprom auf dem europäischen Gasmarkt führe» aus Sicht der Marktrealität nicht stichhaltig ist, wie das auch der Rechtsdienst des EU-Rats bestätigt hatte (vgl. Kapitel 2.2.1). Auch die europäische Solidarität sah Polen gefährdet, was die Hypothese 5.2 bestätigt, obwohl Deutschland von Anfang an versuchte,

die Besorgnisse Polens zu zerstreuen, wie die Analyse zeigte. Aber auch nachdem Deutschland auf weitere «Konzessionen» eingegangen war, veränderte Polen seine negative Position zum Projekt nicht, was auf einen tiefer liegende Motive für den Widerstand gegen NSP2 hindeutet. Des Weiteren fiel auf, dass die polnische Regierung in ihrem Diskurs vor allem die Gefährdung der Transitroute durch die Ukraine und nicht durch Polen selbst befürchtete. Das lässt sich auf die politisch begründete Annahme Polens zurückzuführen, dass Russland mit Nord Stream 2 die Ukraine im Visier hätte. Die Hypothese 5.3 konnte somit nicht bestätigt werden. Dass Polen dem Projekt eine grosse politische Bedeutung beimisst zeigte die Tatsache, dass vor allem die Regierungsspitze die Diskussion führte. Die Hypothese 5.4. wurde aber somit widerlegt.

Die Analyse polnischer Argumente machte deutlich, dass aussen- und sicherheitspolitische Überlegungen für Polen im Diskurs um NSP2 entscheidend waren. Auch wenn Polen zur Begründung seiner Opposition auf negative Auswirkungen von NSP2 für Wettbewerb oder Diversifizierung hinwies, waren diese Gasmarkt-bezogenen Kritikpunkte im Kern auch politisch motiviert. Dem polnischen Widerstand gegen das Projekt lag offenbar die Hauptvorstellung zu Grunde, dass Russland grundsätzlich die Gaslieferungen als ein Mittel der politischen Erpressung nutzt, was folglich auch die allgemeine Wichtigkeit der Gasmarkt-bezogenen Argumente für Polen zu relativieren vermag. Die übergeordnete Hypothese 5 konnte somit bestätigt werden.

Auch bei der Europäischen Kommission war ein spezifisches Argumentationsmuster feststellbar. Der Diskurs war insgesamt gut strukturiert beziehungsweise die Kommission bezog klare konsistente Positionen zu verschiedenen Aspekten des Projekts. Dabei fiel aber auf, dass die Kommission die Hauptquelle von neuen, übergreifenden Themen war, die sie in den Gesamtdiskurs sukzessiv einführte. Die Argumentationslinie der Kommission erwies sich also als stimmig, wurde aber fortlaufend um völlig neue Konzepte erweitert (z.B. Gasrichtlinie und Mandat). Diese Dynamik scheint zu bestätigen, dass die Kommission aktiv nach passenden marktregulatorischen Instrumenten suchte, um den im Kapitel 2.2.1 aufgezeigten Mangel an Rechtsgrundlagen für eine begründete Intervention in das Projekt zu kompensieren, was die Hypothese 6.2 bestätigt. Interessant dabei ist vor allem die Entwicklung des Diskurses um die Gasrichtlinie, die sich schlussendlich als übergreifendes Thema für alle Akteure erwies. Das deutet einerseits auf eine Rolle der Kommission als Broker zwischen Polen und Deutschland hin, obgleich unter der Einschränkung, dass die Kommission dabei eigene Interessen durchzusetzen versucht und nicht als unvoreingenommener Kompromissmacher nach Sabatier handelt. Andererseits

bestätigt diese Tatsache, dass es der Kommission bei diesem markregulatorischen Thema speziell um das NSP2-Projekt und nicht um allgemeine Marktregulierung geht, wie sie nach aussen behauptet.

Im Kontext der Vereinbarkeit des NSP2-Projekts mit den Zielen der Energieunion sprach die Kommission nur den Aspekt der Diversifizierung an und vernachlässigte zwei andere Ziele von Nachhaltigkeit und Wettbewerbsfähigkeit. Insgesamt nahm die EU-Kommission dieses Thema nur anfänglich auf, weshalb die Hypothese 6.1 nur zum Teil bestätigt werden konnte. Es ist ausserdem bemerkenswert, dass die EK im Diskurs um NSP2 die Tendenz einer Zunahme der künftigen Gasimporte nicht einfach vernachlässigte, sondern sie gar nicht anerkannte. Dabei wurde diese Tendenz im Kapitel 2.1.1 anhand von eigenen Statistiken der Kommission festgestellt. Demzufolge wurde die Hypothese 6.3 verworfen. Die GD Energie erwies sich als mit Abstand aktivster Akteur und die Hypothese 6.4 wurde bestätigt.

Die EK bestätigte selbst, dass sie NSP2 politisch «nicht möge» und mehr Möglichkeiten suche, um auf das Projekt Einfluss zu nehmen. Damit wird auch die Feststellung von Yafimava (2015) bekräftigt, dass russisches Gas derzeit seitens der Kommission politisch unwillkommen ist. Dabei ist es auffällig und widersprüchlich, dass die EK in der Diskussion um NSP2 ihre eigenen Errungenschaften zum Ausbau eines integrierten und wettbewerbsfähigen europäischen Gasmarkts, die sie im Bericht zum Stand der Energieunion (2019) auflistete, selbst in Abrede stellt. Die EK verdrehte ausserdem in ihrer Argumentation bestimmte Gasmarkt-Konzepte, beispielsweise hinsichtlich der Bedeutung des Marktanteils eines Gasanbieters. All das lässt auf eine politisch motivierte Argumentationsweise schliessen, auch wenn die Europäische Kommission in ihrer Argumentation oft Bezug auf den EU-Gasmarkt nahm. Die übergeordnete Hypothese 6 wurde demnach auch bestätigt.

6.2 Implikationen und Handlungsempfehlungen

Anhand der in dieser Arbeit durchgeführten Netzwerkanalyse konnten fundamentale Kontroversen im aktuellen Diskurs um NSP2 zwischen den untersuchten Akteuren aufgezeigt werden. Im Vergleich zu vielen anderen existierenden Policy-Studien, die wirtschaftliche oder politische Auswirkungen des Projekts oft eher deskriptiv untersuchen, bietet diese Arbeit eine grössere wissenschaftliche Systematik, die durch ein klar definiertes methodisches Vorgehen ermöglicht wird. Die verwendete Methode der Diskursnetzwerkanalyse stellt einen innovativen Forschungsansatz dar. Nach Wissen des Autors

dieser Arbeit stellt eine Untersuchung des NSP2-Diskurses mithilfe der DNA- und vision-Programme ein Novum dar. Der Einsatz dieser Programme ermöglichte ausserdem eine systematische Darstellung der Dynamik des Diskurses statt einer statischen Beschreibung der Positionen der Akteure. Der weitere Wissensgewinn bestand zudem in der Aufzeichnung der Verhältnisse zwischen Deutschland, Polen und der Europäischen Kommission beim Thema NSP2. Während die Positionen dieser Akteure oft nebeneinander dargestellt oder einander gegenübergestellt werden, zeichnet diese Arbeit zusätzlich eine Relation zwischen diesen drei Akteuren.

Es ist vorstellbar, dass viele grosse internationale Projekte solche polarisierten Diskurse auslösen. Mit dieser Arbeit wurden somit auch für die Praxis relevante Erkenntnisse bezüglich des Umgangs mit solchen umstrittenen Projekten sowohl für den privaten als auch für den öffentlichen Sektor erzielt, aus denen folgende Handlungsempfehlungen abgeleitet werden können:

Für wirtschaftliche Projekte:

- Politik spielt immer eine wichtige Rolle und kann zu einem grossen Hindernis werden
- Fundierte wirtschaftliche Argumente reichen nicht aus, um eine politische Intervention zu vermeiden

Für staatliche Akteure:

- Grosse Infrastrukturprojekte können für erhebliche aussenpolitische Spannungen sorgen, auch wenn sie von nicht-staatlichen Akteuren initiiert und betrieben werden. Diese Sorgen müssen in der zwischenstaatlichen Kommunikation offen angesprochen werden
- Die politische und historische Spezifik anderer Staaten muss berücksichtigt werden

Für die Europäische Kommission:

- Die durchsichtige Zweckentfremdung regulatorischer und marktbezogener Argumente zur Verfolgung politischer Zielsetzungen kann Glaubwürdigkeit beschädigen
- Es muss eine Wahl getroffen werden, ob die Kommission als politischer Akteur oder als unabhängiger Regulierer agieren und wahrgenommen werden will

6.3 Limitationen

Eine Limitation der Methode der vorliegenden Arbeit besteht darin, dass offizielle Stellungnahmen der Akteure ihre tatsächlichen Motivationen nicht ungefiltert abbilden und echte Intentionen aus den Texten nicht immer erschlossen werden können. Als weitere Einschränkung ist die Selektionsbias zu erwähnen. Obwohl bestimmte Massnahmen zur möglichst vollständigen Auswahl der Datenquellen und Statements getroffen wurden (vgl. Kapitel 4.2), kann man nicht ausschliessen, dass bestimmte relevante Daten nicht miteinbezogen worden sind. Ausserdem stellt eine Limitation die Tatsache dar, dass die Abgrenzung der benutzten Kategorien oft nicht eindeutig war, was eine subjektive Verzerrung möglicherweise verursacht. Da in dieser Arbeit keine Überprüfung der Kodierungen durch eine zweite Person möglich war, konnte die Kodierer-Subjektivität in einem höheren Ausmass nicht gewährleistet werden als durch eine zusätzliche Auflistung der Artikel vor dem Codierungsbeginn erreicht wurde (vgl. Kapitel 4.3).

Darüber hinaus muss auf eine Einschränkung bei der Beantwortung der Hypothesen hingewiesen werden. Bei der Hypothesenbildung im Kapitel 3 wurde nicht definiert, was man als «stark betont» verstehen sollte. Deswegen wurden diese Teile der Hypothesen aufgrund des persönlichen, während der Durchführung der Analyse gewonnenen Eindrucks des Autors im Kapitel 6.1 beantwortet. Für solche Teilfragen wäre eine prädefinierte Skala wünschenswert gewesen.

6.4 Weiterer Forschungsbedarf und Ausblick

In dieser Arbeit wurden die Argumentationsmuster primär aus der Gasmarkt-Sicht analysiert und beurteilt. Es wäre aber im Rahmen von weitergehenden Untersuchungen interessant, die festgestellten Argumentationsherangehensweisen aus Sicht der Kommunikationsforschung zu eruieren, die dadurch erzielten (und nicht erzielten) Ergebnisse zu vergleichen und womöglich ein optimales Argumentationsmuster herauszuarbeiten. Für eine inklusive Analyse könnten auch Argumente der russischen Seite miteinbezogen werden. Ausserdem könnten für die Politikwissenschaft auch separate Netzwerkanalysen der vollumfassenden nationalen Diskurse (beispielsweise eine Diskursnetzwerkanalyse für alle deutschen Akteure inklusive Bundestag, Forschungseinrichtungen, usw.), und nicht nur der offiziellen Regierungsvertreter einen Mehrwert schaffen. Nach der Fertigstellung von NSP2 wäre auch eine Wiederholung der vorliegenden Arbeit anzuregen, um den tatsächlich angetretenen Einfluss des Projekts auf den EU-Gasmarkt den vorgebrachten Argumenten der Akteure gegenüber zu stellen.

7 Fazit

In der vorliegenden Arbeit wurden die Argumentationsmuster von Deutschland, Polen und der Europäischen Kommission zum Nord Stream 2-Projekt aus Sicht des europäischen Gasmarkts analysiert. Dazu wurde in einem ersten Schritt ein Ausblick über den aktuellen Zustand des europäischen Gasmarkts gegeben. Danach wurden Implikationen von Nord Stream 2 aus Sicht von Gasmarkt und Geopolitik eruiert. Anschliessend wurden die Argumente der Akteure mithilfe der Diskursnetzwerkanalyse-Technik ausgearbeitet und der Gasmarkt-Realität gegenübergestellt.

Die Diskursnetzwerkanalyse offenbarte Unterschiede zwischen den Akteuren bei der Setzung der Schwerpunkte in jeweiligen Diskursstrategien. Bei der Gesamtbetrachtung stellte sich aber heraus, dass die polnische Regierung und die Europäische Kommission untereinander ähnlicher argumentierten, während Deutschland in seinem Diskurs auf andere Argumente zurückgriff. Ausserdem demonstrierten Deutschland auf einer Seite und Polen und die Kommission auf der anderen Seite grundlegende Unterschiede bei der Beurteilung der Gasmarkt-bezogenen und politischen Auswirkungen des Projekts. Sowohl Polen als auch die Kommission lehnten das Projekt auch aus Gasmarkt-Überlegungen ab (z.B. Diversifizierung, Wettbewerb der Anbieter), jedoch erwiesen sich diese Überlegungen bezogen auf die gasmarktwirtschaftliche Lage in der EU als nicht stichhaltig und als eher politisch motiviert. Bei Polen kamen noch auch klar politische Argumente gegen das Projekt (z.B. Sicherheitsbedenken) zum Einsatz. Hingegen setzte die deutsche Regierung ihre Argumente in Übereinstimmung mit den Gegebenheiten eines liberalisierten und integrierten Gasmarkts ein, wobei sie auch bestimmte politische Bedingungen im Hinblick auf Nord Stream 2 stellte. In Summa konnte bestätigt werden, dass Polen und die Europäische Kommission das Projekt aus politischen Überlegungen ablehnen und Deutschland es aus Gasmarkt-bezogenen Gründen unterstützt. Diese Ergebnisse stellen eine Widerspiegelung der Ansichten aus dem Überzeugungssystem des jeweiligen Akteurs dar. Der Advocacy-Koalition-Ansatz hat sich somit auch bewährt.

Im Grossen und Ganzen wirkten viele Aspekte des Projekts polarisierend. Polen und die Kommission zeigten aber viele Gemeinsamkeiten in der Argumentation auf, weshalb der Kommission eine Broker-Rolle zugewiesen werden könnte. Die von der Kommission eingebrachten marktregulatorischen Themen hätten somit das Potenzial, Deutschland und Polen bei der Beurteilung des Projekts einander etwas näher zu bringen.

8 Literaturverzeichnis

- ACER. (2018). ACER Market Monitoring Report - Gas Wholesale Markets Volume.
Abgerufen von
https://www.acer.europa.eu/Official_documents/Acts_of_the_Agency/Publication/ACER%20Market%20Monitoring%20Report%202017%20-%20Gas%20Wholesale%20Markets%20Volume.pdf.
- Amtsblatt der EU. (2010). *Konsolidierte Fassungen des Vertrags über die Europäische Union und des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union*.
Abgerufen von <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=OJ:C:2010:083:FULL&from=DE>.
- Barnes, A. (2017). *CEPS Policy Insights*. Nord Stream 2: Friend or enemy of energy security in Europe? Abgerufen von
https://www.ceps.eu/system/files/PI2017_46_Barnes_NordSteam2.pdf.
- BGR. (2019). *Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe: Energiestudie 2018*.
Abgerufen von
https://www.bgr.bund.de/DE/Themen/Energie/Downloads/energiestudie_2018.pdf;jsessionid=08B4BB8B669AC4E69397A482865C5F0F.2_cid292?__blob=publicationFile&v=10.
- Bundesministerium für Wirtschaft und Energie [BMWi]. (2019a). *Versorgungssicherheit bei Erdgas*. Abgerufen von
https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Energie/monitoringbericht-versorgungssicherheit-2017.pdf?__blob=publicationFile&v=20.
- BMWi. (2019b). *Altmaier veranstaltet deutsch-amerikanische Konferenz zur Entwicklung des Flüssiggas(LNG)-Importmarktes*. Abgerufen von
<https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Pressemitteilungen/2019/20190212-altmaier-veranstaltet-deutsch-amerikanische-konferenz-zur-entwicklung-des-lng-importmarktes.html>.
- BMWi. (2019c). *Altmaier: LNG-Infrastruktur für mehr Versorgungssicherheit und Wettbewerb*. Abgerufen von
<https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Pressemitteilungen/2019/20190327-altmaier-lng-infrastruktur.html>.

- BP. (2018). *BP Statistical Review of World Energy 2018*. Abgerufen von <https://www.bp.com/content/dam/bp/business-sites/en/global/corporate/pdfs/energy-economics/statistical-review/bp-stats-review-2018-full-report.pdf>.
- Centre for Energy Partnership [CEP]. (2018). *Prospects for increasing Norwegian gas imports and Poland's own gas production*. Abgerufen von <https://cepconsult.com/news/prospects-for-increasing-norwegian-gas-imports-and-poland-s-own-gas-production/>.
- Commerzbank. (2019). *Commodity Spotlight Energy*.
- Deutsche Energie-Agentur. (2015). *Zukunft Biomethan*. Abgerufen von https://shop.dena.de/fileadmin/denashop/media/Downloads_Dateien/erneuerbare/5029_Broschuere_Zukunft_Biomethan.pdf.
- DVGW. (2017). *LNG und Versorgungssicherheit*. Abgerufen von <https://www.dvgw.de/medien/dvgw/gas/gase/LNG-und-Versorgungssicherheit-DVGW-Broschuere.pdf>.
- DVGW. (2019). *Gas kann grün: Mit Gas für eine effiziente Klimawende*. Abgerufen von <https://www.dvgw.de/themen/gas-und-energiewende/>.
- Energy Post. (2018). *How can gas contribute to the achievement of EU climate targets*. Abgerufen von <https://energypost.eu/how-can-gas-contribute-to-the-achievement-of-eu-climate-targets/>.
- ENTSO-G. (2017). *Ten-year Network Development Plan 2017*. Abgerufen von https://www.entsog.eu/sites/default/files/files-old-website/publications/TYNDP/2017/entsog_tyndp_2017_ES_170428_web.pdf.
- EPSC. (2017). *Nord Stream 2 - Divide et Impera Again?* Abgerufen von https://ec.europa.eu/epsc/sites/epsc/files/epsc_-_nord_stream_-_divide_et_impera_again.pdf.
- Erdgas Zukunft. (2019). *Power-to-Gas: Das Gasnetz als Energiespeicher*. Abgerufen von <https://zukunft.erdgas.info/themen-ziele/erneuerbare-gase/power-to-gas>.
- Eurogas. (2018). *Overachieving climate targets with gas at a lower cost*. Abgerufen von https://eurogas.org/website/wp-content/uploads/2018/05/Eurogas_infographic_20180502b.pdf.

- Europäische Kommission. (2014a). *A policy framework for climate and energy in the period from 2020 to 2030*. Abgerufen von <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/PDF/?uri=CELEX:52014DC0015&from=EN>.
- Europäische Kommission. (2014b). *European Energy Security Strategy*. Abgerufen von <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/PDF/?uri=CELEX:52014DC0330&from=EN>.
- Europäische Kommission. (2015). *Energy Union Package*. Abgerufen von https://eur-lex.europa.eu/resource.html?uri=cellar:1bd46c90-bdd4-11e4-bbe1-01aa75ed71a1.0002.01/DOC_1&format=PDF.
- Europäische Kommission. (2016). *EU strategy for liquefied natural gas and gas storage*. Abgerufen von https://ec.europa.eu/energy/sites/ener/files/documents/1_EN_ACT_part1_v10-1.pdf.
- Europäische Kommission. (2017a). *Follow-up study to the LNG and storage strategy*. Abgerufen von https://ec.europa.eu/energy/sites/ener/files/documents/follow_up_study_lng_storage_final_01.pdf.
- Europäische Kommission. (2017b). *Request pursuant to the Framework agreement - Nord Stream 2*. Abgerufen von <http://www.politico.eu/wp-content/uploads/2017/09/NS2-SPOLITICO-17091912000.pdf>.
- Europäische Kommission. (2017c). *Questions and Answers on the Commission proposal to amend the Gas Directive (2009/73/EC)*. Abgerufen von http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-17-4422_en.htm.
- Europäische Kommission. (2018a). *Quarterly Report on European Gas Markets*. Volume 10: Fourth Quarter of 2017. Abgerufen von: https://ec.europa.eu/energy/sites/ener/files/documents/quarterly_report_on_european_gas_markets_q4_2017_final_20180323.pdf.
- Europäische Kommission. (2018b). *A Clean Planet for All*. Abgerufen von https://ec.europa.eu/clima/sites/clima/files/docs/pages/com_2018_733_en.pdf.
- Europäische Kommission. (2018c). *In-depth analysis in support of the Commission Communication COM (2018) 773*. Abgerufen von

https://ec.europa.eu/clima/sites/clima/files/docs/pages/com_2018_733_analysis_in_support_en_0.pdf.

Europäische Kommission. (2019a). *EU-U.S. LNG TRADE*. Abgerufen von https://ec.europa.eu/energy/sites/ener/files/eu-us_lng_trade_folder.pdf.

Europäische Kommission. (2019b). *Clean energy for all Europeans*. Abgerufen von <https://ec.europa.eu/energy/en/topics/energy-strategy-and-energy-union/clean-energy-all-europeans>.

Europäische Kommission. (2019c). *Quarterly Report on European Gas Markets (Issue 4, fourth quarter of 2018)*. Abgerufen von https://ec.europa.eu/energy/sites/ener/files/quarterly_report_on_european_gas_markets_q4_2018.pdf.

Europäische Kommission. (2019d). *Fourth Report on the State of the Energy Union*. Abgerufen von https://ec.europa.eu/commission/sites/beta-political/files/fourth-report-state-of-energy-union-april2019_en_0.pdf.

Europäische Kommission. (2019e). *Liquefied Natural Gas*. Abgerufen von <https://ec.europa.eu/energy/en/topics/oil-gas-and-coal/liquefied-natural-gas-lng>.

Europäische Kommission. (2019f). *US liquefied natural gas exports up by 272% as EU and U.S. host High-Level Business-to-Business Energy Forum*. Abgerufen von http://europa.eu/rapid/press-release_IP-19-2313_en.htm.

Europäisches Parlament. (2017a). *EU Energy Independence, Security of Supply and Diversification of Sources*. Abgerufen von [http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2017/595367/IPOL_STU\(2017\)595367_EN.pdf](http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2017/595367/IPOL_STU(2017)595367_EN.pdf).

Europäisches Parlament. (Juli 2017b). *At a Glance: Gazprom's controversial Nord Stream 2 pipeline*. Abgerufen von http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/ATAG/2017/608629/EPRS_AT A%282017%29608629_EN.pdf.

Europäisches Parlament. (2018). *Fact Sheets on the European Union*. Abgerufen von <http://www.europarl.europa.eu/factsheets/en/sheet/45/internal-energy-market>.

- European Environment Agency. (2018a). *Primary energy consumption by fuel*. Abgerufen von <https://www.eea.europa.eu/data-and-maps/indicators/primary-energy-consumption-by-fuel-6/assessment-2>.
- European Environment Agency. (2018b). *Overview of electricity production and use in Europe*. Abgerufen von <https://www.eea.europa.eu/data-and-maps/indicators/overview-of-the-electricity-production-2/assessment-4>.
- Eurostat. (2018a). *Imports - Gas - Annual Data*. Abgerufen von <http://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/submitViewTableAction.do>.
- Eurostat. (2018b). *Supply, transformation and consumption of gas - annual data*. Abgerufen von <http://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/submitViewTableAction.do>.
- Eurostat. (2018c). *Energy production and imports*. Development of the production of primary energy (by fuel type), EU-28, 2006-2016. Abgerufen von https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=Energy_production_and_imports#Production_of_primary_energy_decreased_between_2006_and_2016.
- Eurostat. (2018d). *Natural gas supply statistics*. Statistics Explained. Abgerufen von <https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/pdfscache/10590.pdf>.
- Eurostat. (2019). *Energy consumption in the EU increased by 1%*. Abgerufen von <https://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/9549144/8-07022019-AP-EN.pdf/4a5fe0b1-c20f-46f0-8184-e82b694ad492>.
- EWI. (2017). *Impacts of Nord Stream 2 on the EU natural gas market*.
- Fischer, S. (2016). *Nord Stream2: Trust in Europe*. CSS ETH Zurich: Policy Perspectives. Abgerufen von <http://www.css.ethz.ch/content/dam/ethz/special-interest/gess/cis/center-for-securities-studies/pdfs/PP4-4.pdf>.
- Fischer, S. (2017). *Lost in Regulation: The EU and Nord Stream 2*. CSS ETH Zurich: Policy Perspectives. Abgerufen von <http://www.css.ethz.ch/content/dam/ethz/special-interest/gess/cis/center-for-securities-studies/pdfs/PP5-5.pdf>.
- Forschungsstelle für Energiewirtschaft. (2010). *Basisdaten zur Bereitstellung elektrischer Energie*. Abgerufen von

- https://www.ffe.de/download/wissen/186_Basisdaten_Energietraeger/Basisdaten_von_Energietraegern_2010.pdf.
- Foucault, M. (1981). *Archäologie des Wissens*. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.
- Fritz, P. (2019). Deutschland schwimmt gegen den Strom. *Die Welt*. Abgerufen von <https://www.welt.de/politik/ausland/plus188720685/Aussenminister-von-Polen-Jacek-Czaputowicz-kritisiert-Nord-Stream-2.html>.
- GasNaturally. (2019). *Gas for cleaner electricity*. Abgerufen von <https://gasnaturally.eu/about-gas/gas-for-cleaner-electricity/>.
- Gazprom. (2018a). *Export and strengthening of supply reliability to Europe*. Abgerufen von <http://www.gazprom.ru/f/posts/86/062008/presentation-press-conf-2018-06-07-ru.pdf>.
- Gazprom. (2018b). *Speech by Alexey Miller at conference call on occasion of New Year's Eve*. Abgerufen von <http://www.gazprom.com/press/news/miller-journal/2018/192617/>.
- GIE. (2017). *LNG Map: Existing and Planned Infrastructure 2018*. Abgerufen von https://www.gie.eu/download/maps/2017/GIE_LNG_2018_A0_1189x841_FULL.pdf.
- Giuli, M. (2018). *Nord Stream 2: Rule no more, but still divide*. European Policy Centre. Abgerufen von http://www.epc.eu/documents/uploads/pub_8613_nordstream2.pdf?doc_id=2010.
- Goldthau, A. (2016). *Assessing Nord Stream 2: regulation, geopolitics & energy security in the EU, Central Eastern Europe and the UK*. Abgerufen von <https://www.kcl.ac.uk/sspp/departments/warstudies/research/groups/eucers/pubs/strategy-paper-10.pdf>.
- Gordon, N. (2018). *Nord Stream 2: More hot air than gas?* Centre for European Reform. Abgerufen von https://www.cer.eu/sites/default/files/insight_NG_16.1.18.pdf.
- Götz, R. (2017). *Analyse: Die Zukunft des ukrainischen Gastransmissionssystems*. Abgerufen von <http://www.bpb.de/internationales/europa/ukraine/258831/analyse-die-zukunft-des-ukrainischen-gastransmissionssystems>.

- Heindl, A. (2015). Diskursanalyse. In A. Hildebrandt, S. Jäckle, F. Wolf, & A. Heindl, *Methodologie, Methoden, Forschungsdesign* (S. 257-298). Wiesbaden: Springer. DOI: 10.1007/978-3-531-18993-2.
- Honoré, A. (2014). *The Outlook for Natural Gas Demand in Europe*. Oxford Institute for Energy Studies. Abgerufen von <https://www.oxfordenergy.org/wpcms/wp-content/uploads/2014/06/NG-87.pdf>.
- Honoré, A. (2018). *Natural Gas Demand in Europe in 2017 and short term expectations*. Oxford Institute for Energy Studies. Abgerufen von <https://www.oxfordenergy.org/wpcms/wp-content/uploads/2018/04/Natural-gas-demand-in-Europe-in-2017-and-short-term-expectations-Insight-35.pdf>.
- Hussy, W., Schreier, M., & Echterhoff, G. (2013). *Forschungsmethoden in Psychologie und Sozialwissenschaften 2. Auflage*. Berlin: Springer. DOI: 10.1007/978-3-642-34362-9.
- IEA. (2018). World Energy Outlook 2018.
- IEA. (2019). *Share of natural gas final consumption by sector: EU-28, 2016*. Statistics data browser. Abgerufen von <https://www.iea.org/statistics/?country=EU28&year=2016&category=Natural%20gas&indicator=ShareNatGasCons&mode=chart&dataTable=GAS>.
- IHS Markit. (2017). LNG Market Profile: Poland.
- IHS Markit. (2018). *European natural gas - The new configuration*. Abgerufen von <https://cdn.ihs.com/www/pdf/European-natural-gas-new-configuration-May-2018.pdf>.
- IPA. (2015). A Quiet Revolution in Central and Eastern Europe.
- Jannig, F., Leifeld, P., Malang, T., & Schneider, V. (2009). Diskursnetzwerkanalyse. Überlegungen zur Theoriebildung und Methodik. In V. Schneider, F. Janning, P. Leifeld, & T. Malang, *Politiknetzwerke: Modelle, Anwendungen und Visualisierungen* (S. 59-92). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. DOI: 10.1007/978-3-531-91883-9_3.
- King & Spalding. (2018). *An Overview of LNG Import Terminals in Europe*. Abgerufen von

- https://www.kslaw.com/attachments/000/006/010/original/LNG_in_Europe_2018_-_An_Overview_of_LNG_Import_Terminals_in_Europe.pdf?1530031152.
- Lang, K.-O., & Westphal, K. (2016). *Nord Stream 2 – Versuch einer politischen und wirtschaftlichen Einordnung*. Stiftung Wissenschaft und Politik Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit. Abgerufen von https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2016S21_lng_wep.pdf.
- Leifeld, P., & Ingold, K. (2015). Co-authorship Networks in Swiss Political Research. *Swiss Political Science Review*, 264-287. DOI: 10.1111/spsr.12193.
- Nagel, M. (2016). *Polarisierung im politischen Diskurs*. Wiesbaden: Springer. DOI: 10.1007/978-3-658-11225-7.
- Nord Stream 2. (2018). *Project Background*. Abgerufen von <https://www.nord-stream2.com/en/pdf/document/4/>.
- Nord Stream 2. (2019). *Fact Sheet: Das Nord Stream 2-Projekt*. Abgerufen von <https://www.nord-stream2.com/de/pdf/document/5/>.
- PGNiG. (2017). *PGNiG Group Strategy for 2017-2022*. Abgerufen von <https://en.pgnig.pl/documents/18252/1795009/PGNiG+Group+Strategy+for+2017%E2%80%932022+extended+until+2026.pdf/ca5fedb5-3b45-43be-a440-85a3d53f6ac0>.
- PGNiG. (2018a). *24-year contract with Cheniere signed – deliveries of American LNG to Poland will commence in 2019*. Abgerufen von <http://en.pgnig.pl/news/-/news-list/id/pgnig-24-year-contract-with-cheniere-signed-deliveries-of-american-lng-to-poland-will-commence-in-2019/newsGroupId/1910852>.
- PGNiG. (2018b). *PGNiG: another long-term contract for the American LNG signed*. Abgerufen von <http://en.pgnig.pl/news/-/news-list/id/pgnig-another-long-term-contract-for-the-american-lng-signed/newsGroupId/1910852>.
- PGNiG. (2019). *2018 – another year of declining gas import volumes from Russia and growing LNG imports*. Abgerufen von <http://en.pgnig.pl/news/-/news-list/id/pgnig-2018-another-year-of-declining-gas-import-volumes-from-russia-and-growing-lng-imports/newsGroupId/1910852>.
- Pirani, S. (2018). *Russian gas transit through Ukraine after 2019: the options*. Oxford Energy Industry Studies. Abgerufen von

- <https://www.oxfordenergy.org/wpcms/wp-content/uploads/2018/11/Russian-gas-transit-through-Ukraine-after-2019-Insight-41.pdf>.
- Pirani, S., & Yafimava, K. (2016). *Russian Gas Transit Across Ukraine Post-2019: pipeline scenarios, gas flow consequences, and regulatory constraints*. Oxford Institute for Energy Studies. Abgerufen von: <https://www.oxfordenergy.org/wpcms/wp-content/uploads/2016/02/Russian-Gas-Transit-Across-Ukraine-Post-2019-NG-105.pdf>.
- Prognos. (2017). *Current Status and Perspectives of the European Gas Balance*. Abgerufen von https://www.prognos.com/uploads/tx_atwpubdb/20170406_Prognos_study_European_Gas_Balance_final_1_01.pdf.
- Rat der EU. (2017). *Opinion of the Legal Service of the Council*. Abgerufen von <http://www.politico.eu/wp-content/uploads/2017/09/SPOLITICO-17092812480.pdf>.
- REKK. (2017). *The Impact Of The Construction Of The Nord Stream 2 Gas Pipeline On Gas Prices And Competition*. Regional Centre for Energy Policy Research (REKK). Abgerufen von https://rekk.hu/downloads/academic_publications/NordStream2_REKK.pdf.
- Riley, A. (2018a). *A Pipeline Too Far? EU Law Obstacles to Nordstream 2*. International Energy Law Review.
- Riley, A. (2018b). *Nord Stream 2: Understanding the Potential Consequences*. Abgerufen von https://www.atlanticcouncil.org/images/publications/Nord_Stream_2_interactive.pdf.
- Riley, A. (2018c). *Can Nord Stream 2 Really Replace Groningen? The American Interest*. Abgerufen von <https://www.the-american-interest.com/2018/10/02/can-nord-stream-2-really-replace-groningen/>.
- Sabatier, P. A. (1988). An advocacy coalition framework of policy change and the role of policy-oriented learning therein. *Policy Sciences*, S. 126-168.
- Schneider, V. (2014). Akteurkonstellationen und Netzwerke in der Politikentwicklung. In K. Schubert, & N. C. Bandelow, *Lehrbuch der Politikfeldanalyse* (S. 259-288). München: Oldenbourg.

- Schneider, V., & Janning, F. (2006). *Politikfeldanalyse: Akteure, Diskurse und Netzwerke in der öffentlichen Politik*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. DOI: 10.1007/978-3-531-90267-8.
- thinkstep. (2017). GHG Intensity of Natural Gas Transport .
- Ukrtransgaz. (2019). *Ukraine's GTS results for 2018*. Abgerufen von <http://utg.ua/utg/media/news/2019/01/gts-results-for-2018.html>.
- Vihma, A., & Wigell, M. (2016). *Global Affairs*. Von Unclear and present danger: Russia's geoeconomics and the Nord Stream 2 pipeline. DOI: 10.1080/23340460.2016.1251073.
- Yafimava, K. (2015). European Energy Security and the Role of Russian Gas: Assessing the Feasibility and the Rationale of Reducing Dependence. Abgerufen von <http://www.iai.it/sites/default/files/iaiw1554.pdf>.
- Yafimava, K. (2018). *Building New Gas Transportation Infrastructure in the EU - what are the rules of the game?* Oxford Institute for Energy Studies. Abgerufen von <https://www.oxfordenergy.org/wpcms/wp-content/uploads/2018/07/Building-New-Gas-Transportation-Infrastructure-in-the-EU-what-are-the-rules-of-the-game.pdf>.
- Zachmann, G. (2016). *Nord Stream 2: a bad deal for Germany and Eastern Europe*. Bruegel. Abgerufen von <http://bruegel.org/2016/07/nord-stream-2-a-bad-deal-for-germany-and-eastern-europe/>.
- Zaslavskiy, I. (2017). *The Kremlin's Gas Games in Europe: Implications for Policy Makers*. Abgerufen von <https://www.4freerussia.org/wp-content/uploads/2017/05/The-Kremlin-Gas-Games-in-Europe-0524-RW.pdf>.

9 Anhang

Anhang	80
Anhang A: Argumente der Akteure in Gesamtnetzwerken.....	81
Anhang B: Gesamtnetzwerke	90
Anhang C: Netzwerke für Deutschland.....	100
Anhang D: Netzwerke für Polen	104
Anhang E: Netzwerke für die Europäische Kommission.....	108

Anhang A: Argumente der Akteure in Gesamtnetzwerken

3/2015

	DE AA	DE BMWi	GD Energie	PL Präsident
Gasbedarf	Yes			
Versorgungssicherheit	Yes	Yes		
Wirtschaftliches Projekt	Yes	Yes	Yes	
Diversifizierung		Yes		
Abhängigkeit		No		
TEP soll befolgt werden			Yes	
Gefährdung der Solidarität				Yes
NSP2 widerspricht der Sanktionspolitik	No			

4/2015

	GD Energie	VP Energieunion	EK-Präsident	PL Präsident	PL AM	PL MP	DE BK	DE BMWi
Wirtschaftliches Projekt	Yes		Yes				Yes	
TEP soll befolgt werden	Yes		Yes			Yes		
Kapazitätsüberschuss	Yes	Yes	Yes					
UKR muss Transitland bleiben	Yes	Yes					Yes	Yes
Diversifizierung	No					No	Yes	
Abhängigkeit	Yes			Yes				
Gefährdung der UKR Transitroute	Yes	Yes				Yes		
Gefährdung der exist. Transitrouten						Yes		
Energiesicherheit	No	No				No		
PCI	No							
Politisches Projekt				Yes	Yes			
Diskussion auf EU-Ebene						Yes		
Sicherheitsbedenken					Yes			
Ziele der Energieunion						No	Yes	
Versorgungssicherheit						No		Yes
Bedenken ernst nehmen								Yes
Gefährdung der Solidarität				Yes				

1/2016

	PL EM	PL Präsident	PL MP	PL AM	GD Energie	VP Energieunion	DE BMWi	DE AA
Politisches Projekt	Yes	Yes	Yes	Yes				
Gefährdung Solidarität		Yes						
Ziele Energieunion		No		No	No	No		
Abhängigkeit		Yes	Yes	Yes			No	
Diversifizierung					No	No	Yes	Yes
Kapazitätsüberschuss					Yes			
Gefährdung UKR Transitroute			Yes		Yes			
Gefährdung exist. Transitrouten					Yes			
UKR muss Transitland bleiben					Yes	Yes	Yes	
Energiesicherheit						No		
Bedenken ernst nehmen							Yes	
Garantie exist. Transitrouten							Yes	
Wirtschaftliches Projekt				No			Yes	
Versorgungssicherheit						No	Yes	
NSP2 widerspricht der Sanktionspolitik			Yes				No	
Gefährdung Solidarität		Yes						
Gasimportbedarf							Yes	
Verlässlichkeit Russlands								Yes

2/2016

	EK-Präsident	GD Energie	VP Energieunion	DE BMWi	DE BK	PL MP
Legal Void	Yes	Yes	Yes			
TEP soll befolgt werden			Yes			
Diversifizierung	No	No	No			
Kapazitätsüberschuss		Yes	Yes			
Ziele der Energieunion	No		No			
Versorgungssicherheit			No			No
Gefährdung UKR Transitroute		Yes	Yes			
Gefährdung exist. Transitrouten		Yes	Yes			
UKR muss Transitland bleiben		Yes	Yes		Yes	
Wirtschaftliches Projekt				Yes	Yes	
Marktregeln				Yes		

NSP2 widerspricht der Sanktionspolitik					No	
Abhängigkeit	Yes					
Energiesicherheit	No					
Bedenken ernst nehmen					Yes	
Gefährdung Solidarität						Yes

3/2016

	DE AA	GD Energie	VP Energie	PL Präsident
Marktregeln	Yes			
Diversifizierung		No		
Kapazitätsüberschuss		Yes		
Versorgungssicherheit		No		
Politisches Projekt				Yes
Wirtschaftliches Projekt				No
Abhängigkeit				Yes
Legal Void		Yes	Yes	
TEP soll befolgt werden		Yes	Yes	
Ziele der Energieunion		No		
Energiesicherheit				No

4/2016

	DE AA	DE BK	GD Energie	EEAS	PL Präsi- dent	PL MP	PL AM
LNG zur Diversifizierung						Yes	
Diversifizierung		Yes	No		No	No	
Kapazitätsüberschuss			Yes				
Gefährdung des Wettbewerbs					Yes		Yes
Politisches Projekt					Yes		Yes
Abhängigkeit		No				Yes	Yes
Ziele der Energieunion					No		No
Gefährdung Solidarität							Yes
Gefährdung UKR Transitroute					Yes		
Gefährdung exist. Transitrouten							Yes
Diskussion auf EU-Ebene							Yes
NSP2 widerspricht der Sanktionspolitik							Yes
Versorgungssicherheit							No
TEP soll befolgt werden							Yes
UKR muss Transitland bleiben		Yes		Yes			
Marktregeln		Yes					
Energiesicherheit					No		

1/2017

	DE BK	DE AA	DE BMWi	GD Energie	GD Wettbewerb	VP Energie	EK-Präsident	PL MP	PI AM
Diskussion auf EU-Ebene								Yes	
UKR muss Transitland bleiben		Yes				Yes			
Kapazitätsüberschuss				Yes		Yes			
Wirtschaftliches Projekt	Yes	Yes	Yes						
Versorgungssicherheit		Yes		No					
Diversifizierung		Yes		No					
Gefährdung der UKR Transitroute				Yes					
Garantie der exist. Transitrouten		Yes							
Bedenken ernst nehmen		Yes							
Marktregeln		Yes							
PCI					No				
Gefährdung Solidarität									Yes
Legal Void							Yes		
TEP soll befolgt werden							Yes		
Mandat							Yes		

2/2017

	DE BMWi	DE AA	DE BK	GD Energie	VP Energieunion	EK-Präsident	PL AM	PL MM	PL MP
Wirtschaftliches Projekt	Yes	Yes	Yes						
Energiesicherheit					No				
Abhängigkeit				Yes	Yes	Yes			Yes
Diversifizierung				No		No			
Gefährdung des Wettbewerbs									
Ziele der Energieunion				No	No	No		No	
Gefährdung der exist. Transitrouten				Yes		Yes			Yes
Gefährdung der UKR Transitrouten						Yes			Yes
UKR muss Transitland bleiben				Yes	Yes				
Gasimportbedarf				No					
Gasbedarf				No					
Kapazitätsüberschuss				Yes					
Legal Void				Yes		Yes			
Mandat			No	Yes	Yes	Yes			Yes

Gefährdung Solidarität							Yes		
Politisches Projekt							Yes		Yes
TEP soll befolgt werden			Yes	Yes	Yes				
LNG zur Diversifizierung									Yes
Versorgungssicherheit		Yes				No			
Sanktionen gegen NSP2	No	No							
Marktregeln		Yes							
NSP2 widerspricht der Sanktionspolitik		No							

3/2017

	GD Energie	VP Energieunion	EK-Präsident	DE AA	DE BMWi	PL EM	PL AM	PL MM
Legal Void	Yes	Yes						
Gefährdung Solidarität						Yes	Yes	
Diskussion auf EU-Ebene							Yes	
Marktregeln				Yes				
Sanktionen gegen NSP2			No	No	No			
Ziele der Energieunion	No				Yes	No		
Diversifizierung	No							
Abhängigkeit	Yes					Yes		
Versorgungssicherheit	No				Yes	No		
Kapazitätsüberschuss	Yes							
Mandat	Yes				No	Yes		
NSP2 widerspricht der Sanktionspolitik						Yes		
Energiesicherheit								No
Wirtschaftliches Projekt	Yes							

4/2017

	GD Energie	EK-Präsident	DE BMWi	DE BK	DE AA	PL MP	PL Präsident
Gasrichtlinie	Yes	Yes			No		
Legal Void	Yes	Yes					
TEP soll befolgt werden		Yes					
Gasimportbedarf		No					
Ziele der Energieunion	No						No
Sanktionen gegen NSP2	No				No		

Kapazitätsüberschuss	Yes	Yes					
Gasbedarf	No						
Wirtschaftliches Projekt				Yes		No	
Mandat		Yes	No	No			
Politisches Projekt						No	
Abhängigkeit			No			Yes	
Energiesicherheit	No					No	No
Diskussion auf EU-Ebene						Yes	
Sicherheitsbedenken						Yes	Yes
UKR muss Transitland bleiben		Yes	Yes	Yes			
Gefährdung Solidarität						Yes	
Verlässlichkeit RUS					Yes		
Diversifizierung	No						
Versorgungssicherheit			Yes				
Garantie der exist. Transitrouten			Yes	Yes			

1/2018

	PL Präsident	PL MP	PL AM	PL MWE	DE BK	DE BMWi	GD Energie
Abhängigkeit	Yes	Yes					
Diskussion auf EU-Ebene		Yes					
Gefährdung Solidarität		Yes					
Energiesicherheit		No					
Wirtschaftliches Projekt	No				Yes	Yes	
Bedenken ernst nehmen					Yes		
UKR muss Transitland bleiben					Yes		
Diversifizierung	No	No			Yes		No
Gefährdung exist. Transitrouten	Yes	Yes					
Gefährdung UKR Transitroute		Yes		Yes			
Sanktionen gegen NSP2		Yes					
Sicherheitsbedenken	Yes	Yes	Yes				
Politisches Projekt	Yes	Yes	Yes	Yes			
Gasrichtlinie		Yes		Yes			Yes

LNG zur Diversifizierung		Yes						
Legal Void								Yes
TEP soll befolgt werden		Yes						Yes
Mandat								Yes

2/2018

	DE BK	DE BMWi	GD Energie	VP Energieunion	PL EM	PL AM	PL MP	PL Präsident	PMWE
Ziele Energieunion	Yes								
Abhängigkeit	No	No					Yes	Yes	
Gefährdung Solidarität							Yes	Yes	
Energiesicherheit						No			
Wirtschaftliches Projekt	Yes	Yes							
Bedenken ernst nehmen	Yes	Yes							
UKR muss Transitland bleiben	Yes	Yes	Yes	Yes					
Diversifizierung			No			No	No	No	
Gefährdung UKR Transitroute					Yes	Yes	Yes		Yes
Sanktionen gegen NSP2		No				Yes			
Sicherheitsbedenken						Yes	Yes		Yes
Politisches Projekt					Yes	Yes	Yes	Yes	
Gasrichtlinie			Yes		Yes				
LNG zur Diversifizierung		Yes							
Versorgungssicherheit	Yes								
Verlässlichkeit RUS	Yes	Yes							
TEP soll befolgt werden			Yes				Yes		
Mandat			Yes						
NSP2 widerspricht der Sanktionspolitik	No								

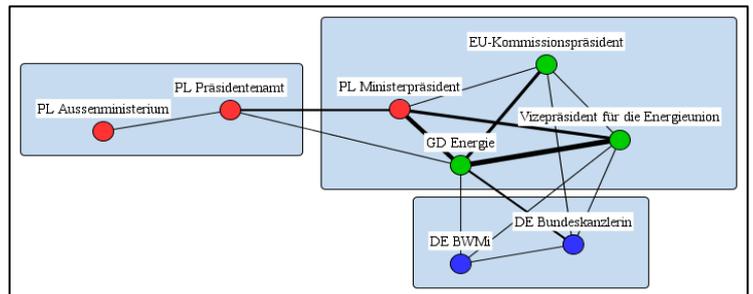
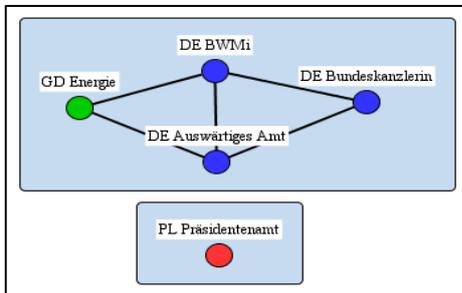
3/2018

	PL PM	PL AM	PL Präsident	PL MI	DE BMWi	DE BK	DE AA	GD Umwelt	GD Energie
Abhängigkeit	Yes	Yes		Yes	No	No	No		
Gefährdung Solidarität				Yes					
Energiesicherheit			No						No
Wirtschaftliches Projekt						Yes	Yes		
UKR muss Transitland bleiben					Yes	Yes	Yes		
Diversifizierung	No		No			Yes	Yes		No

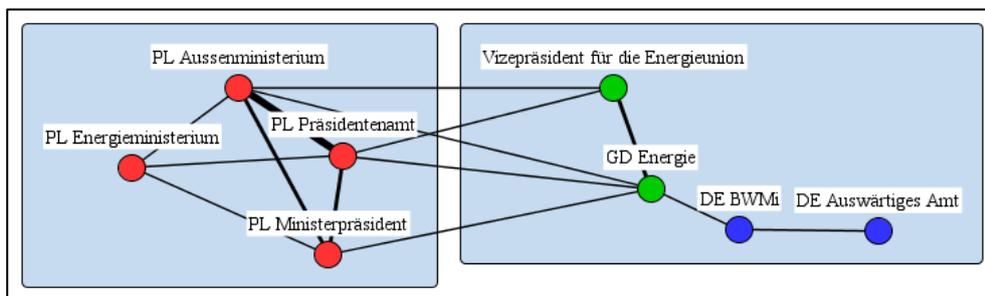
Anhang B: Gesamtnetzwerke

Akteursnetzwerke – in Quartalsabschnitten

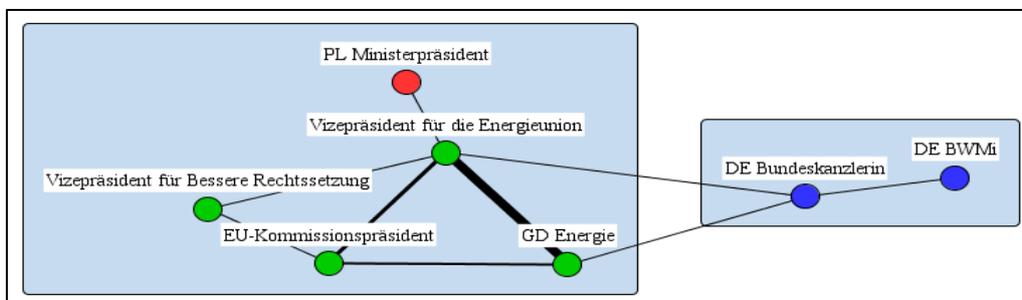
3/4 2015



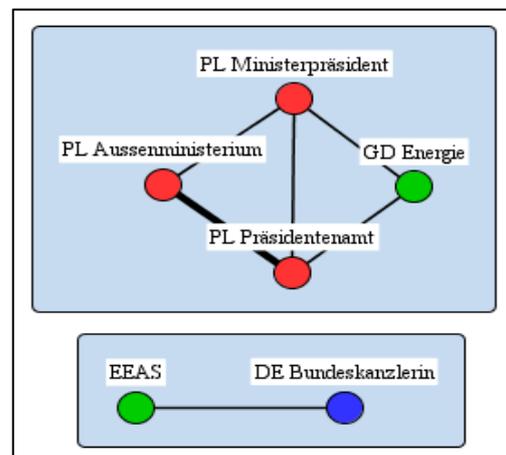
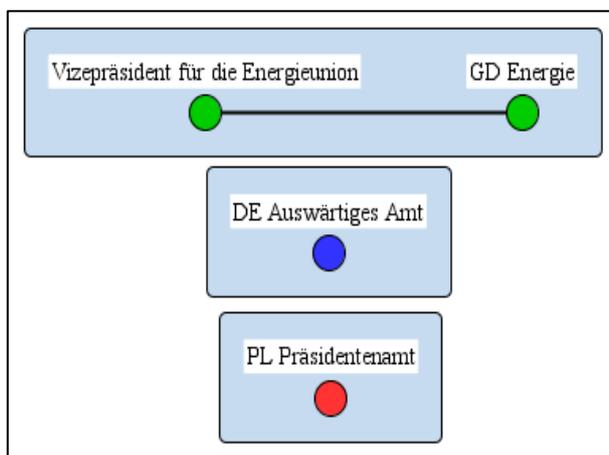
1/2016



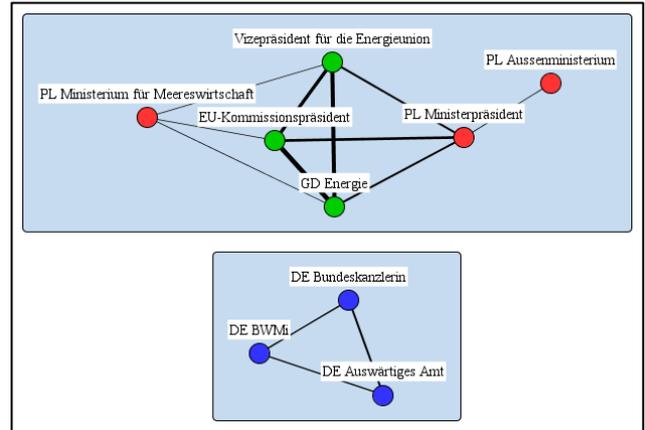
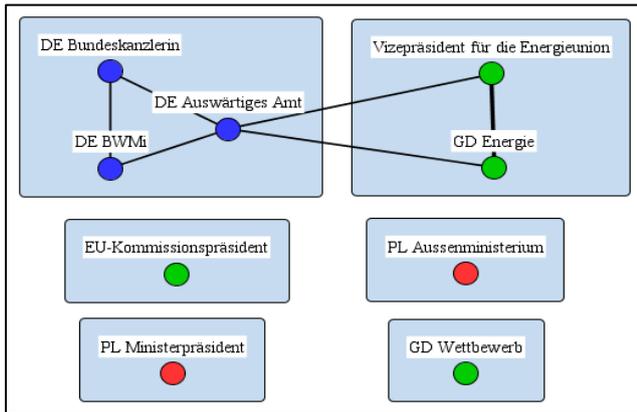
2/2016



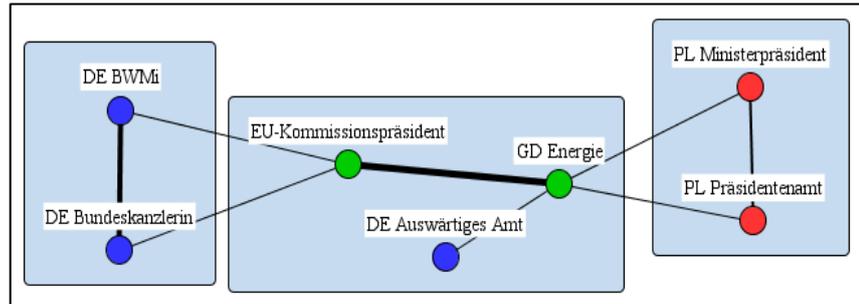
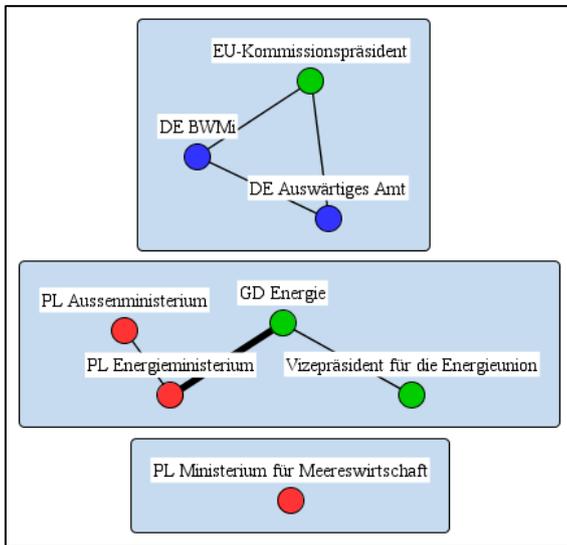
3/4 2016



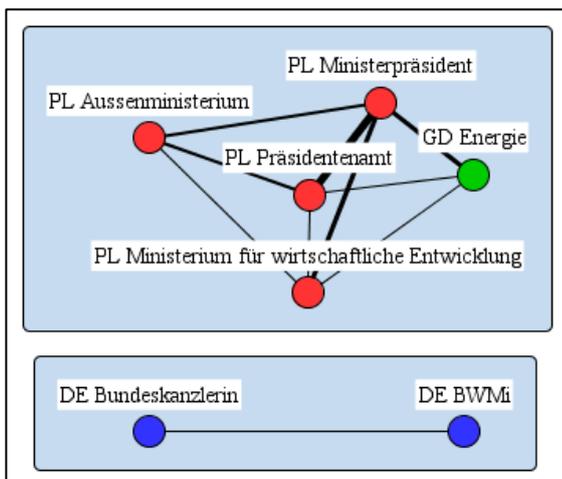
1/2 2017



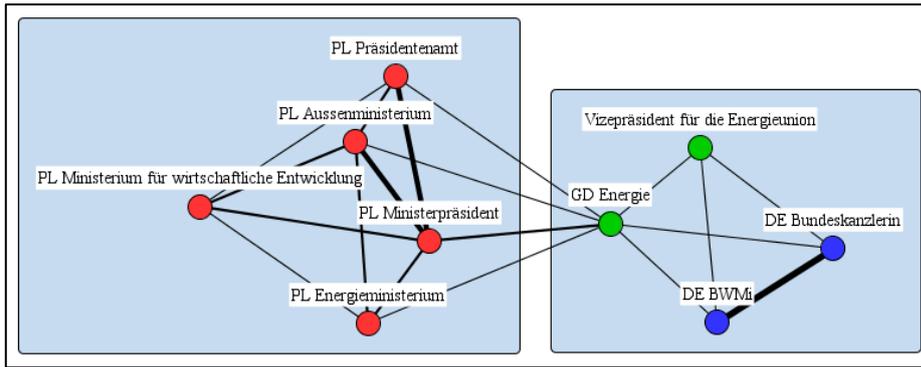
3/4 2017



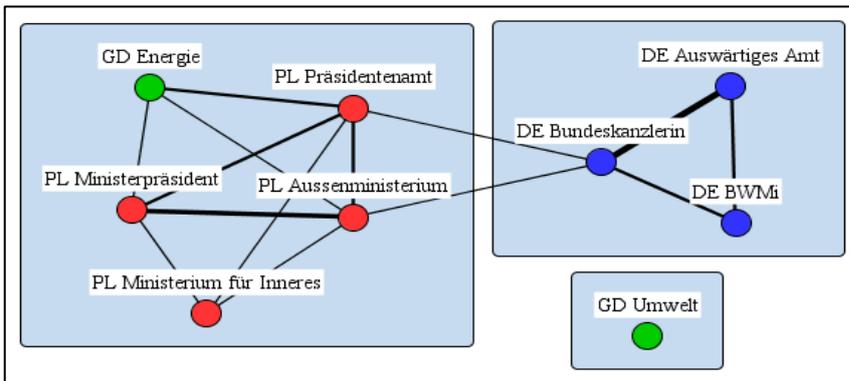
1/2018



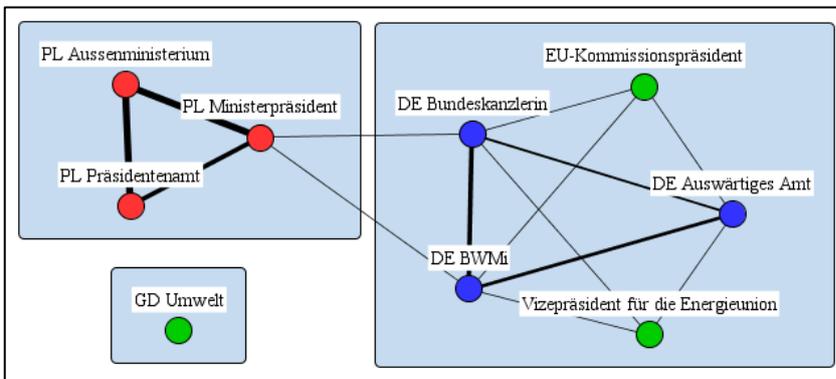
2/2018



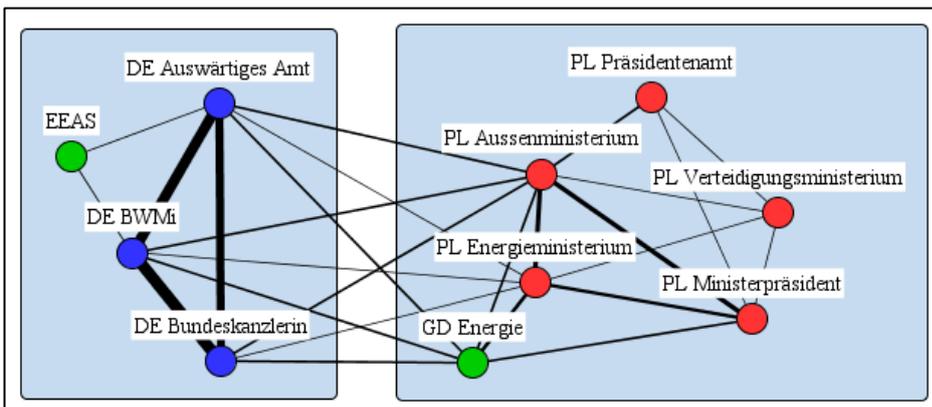
3/2018



4/2018

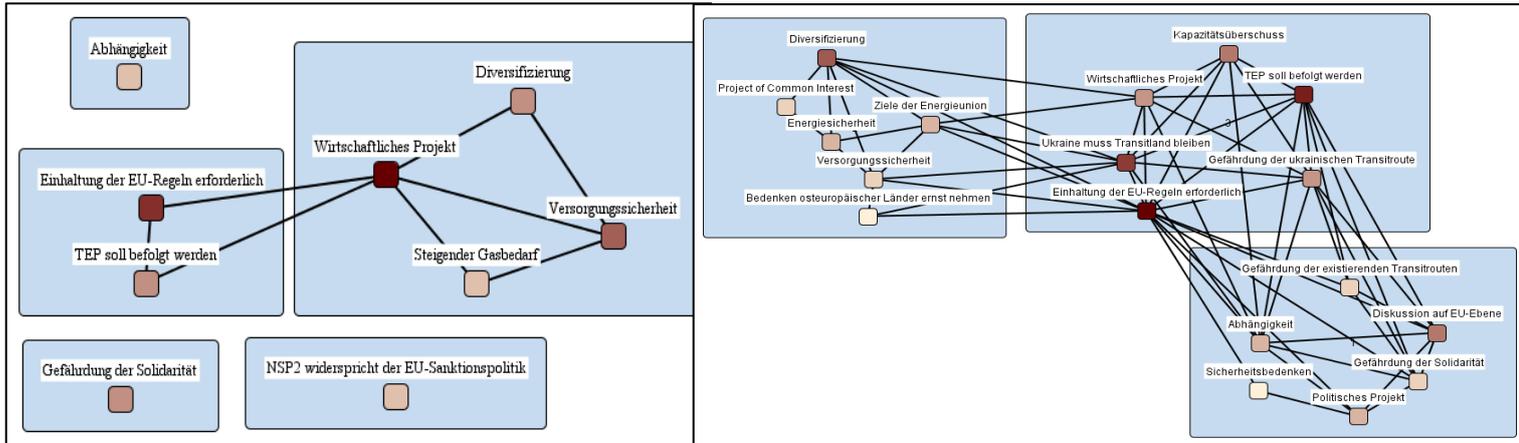


1/2019

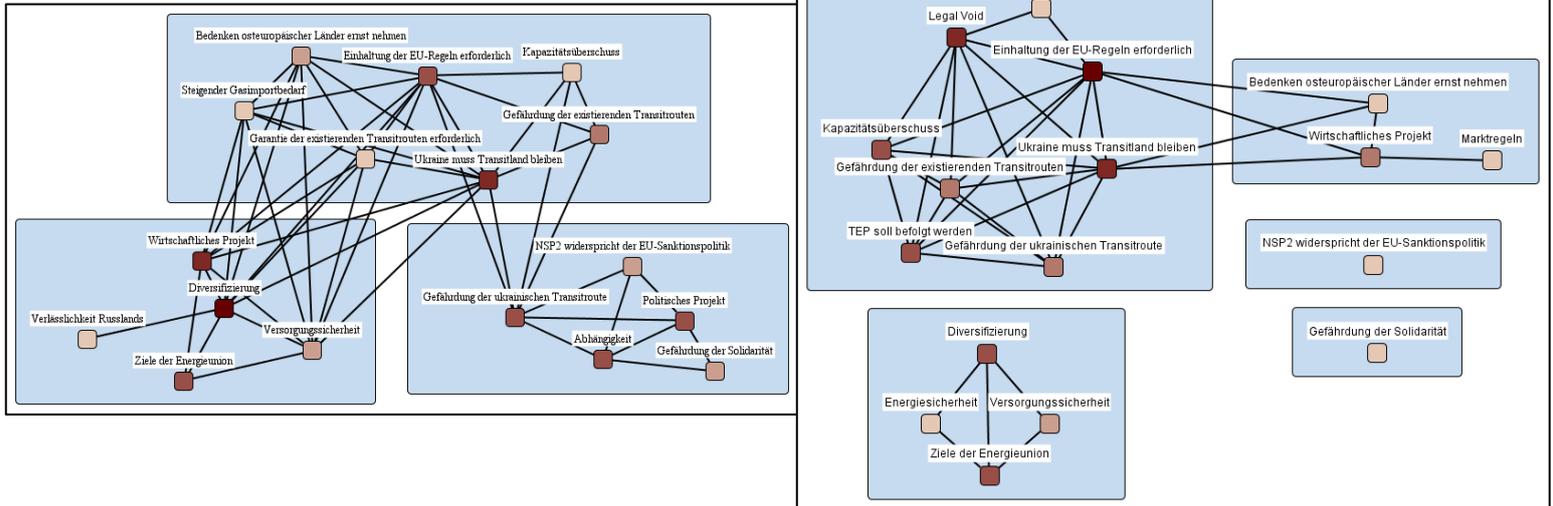


Konzeptnetzwerke – in Quartalsabschnitten

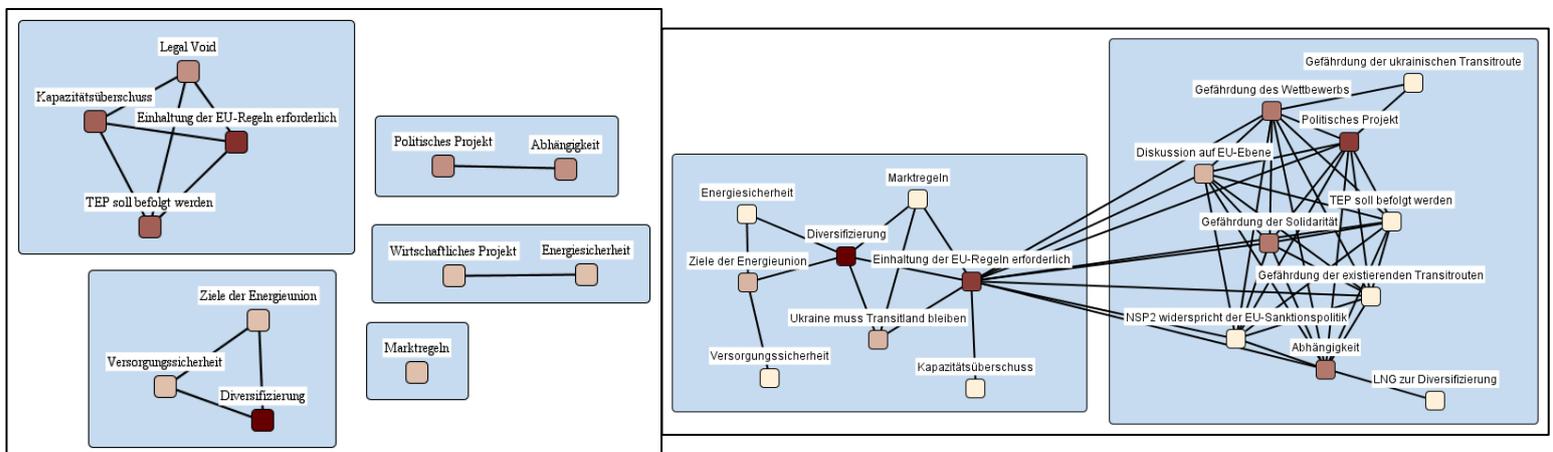
3/4 2015



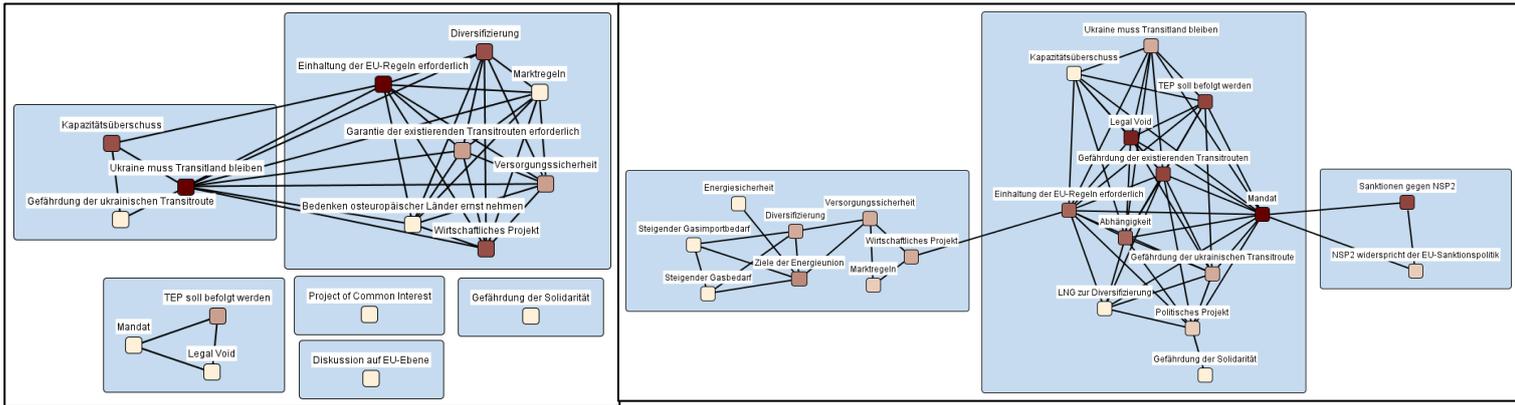
1/2 2016



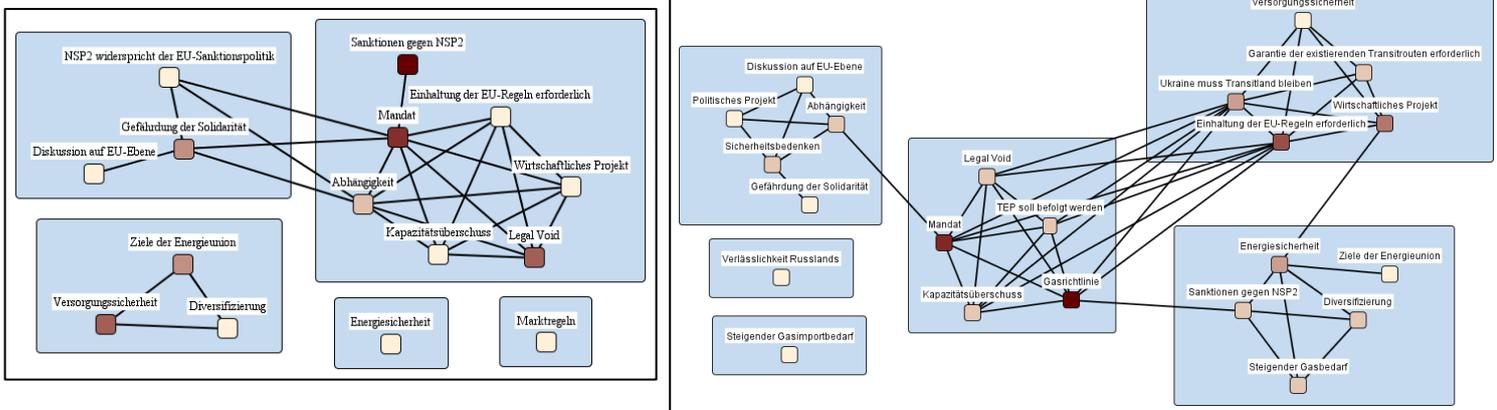
3/4 2016



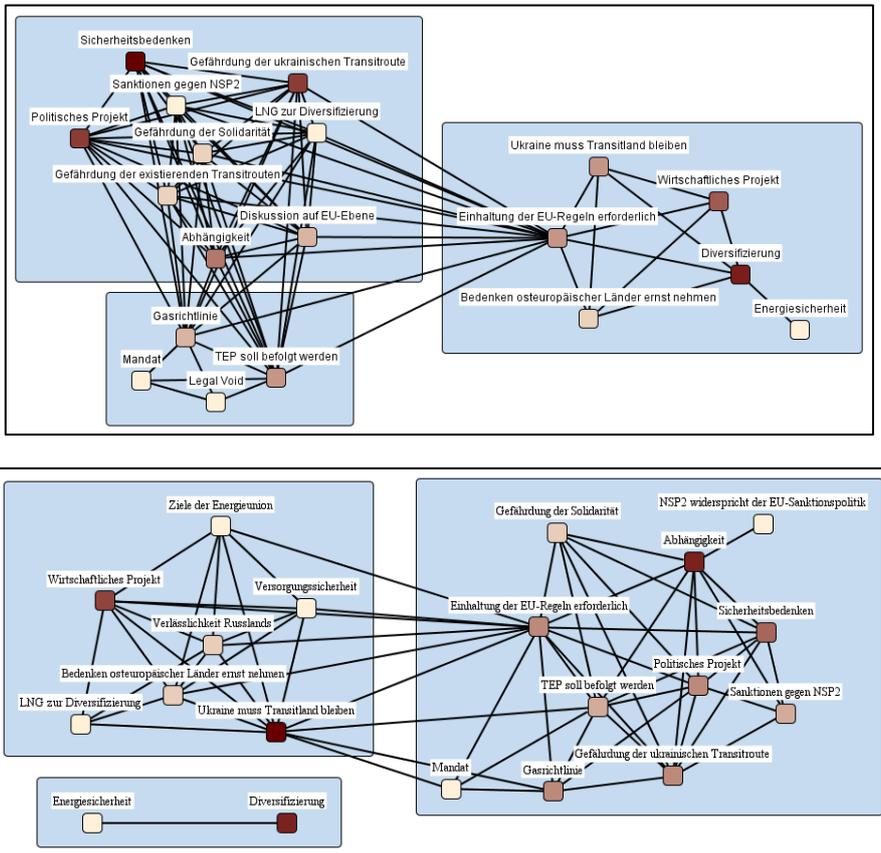
1/2 2017



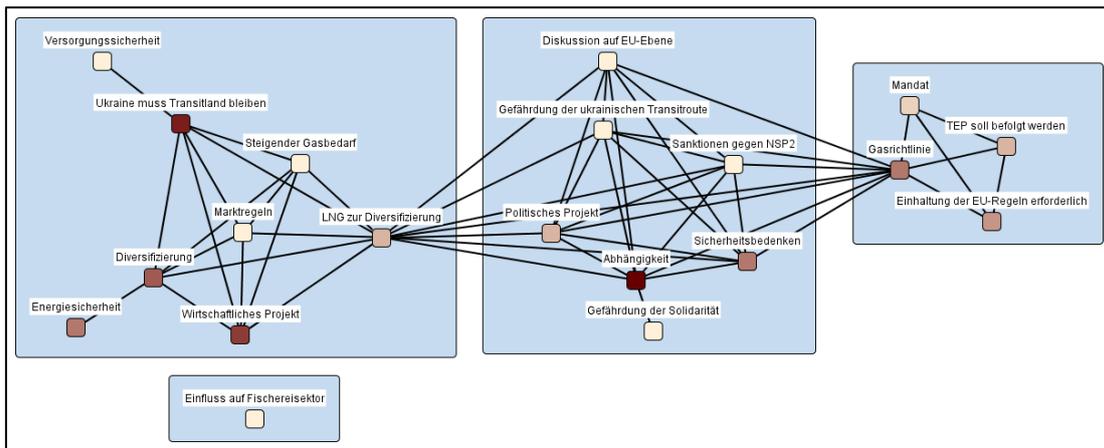
3/4 2017



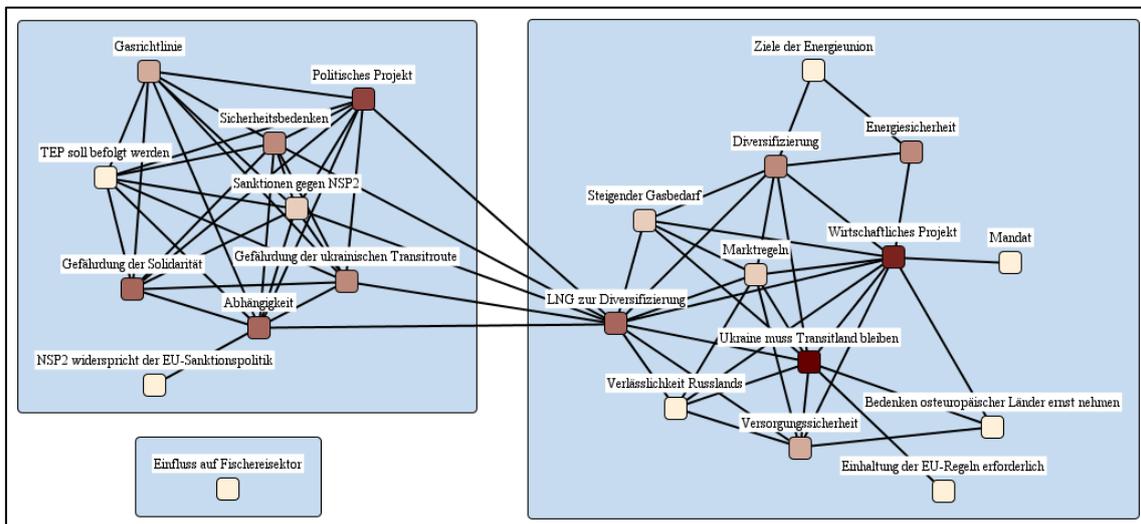
1/2 2018



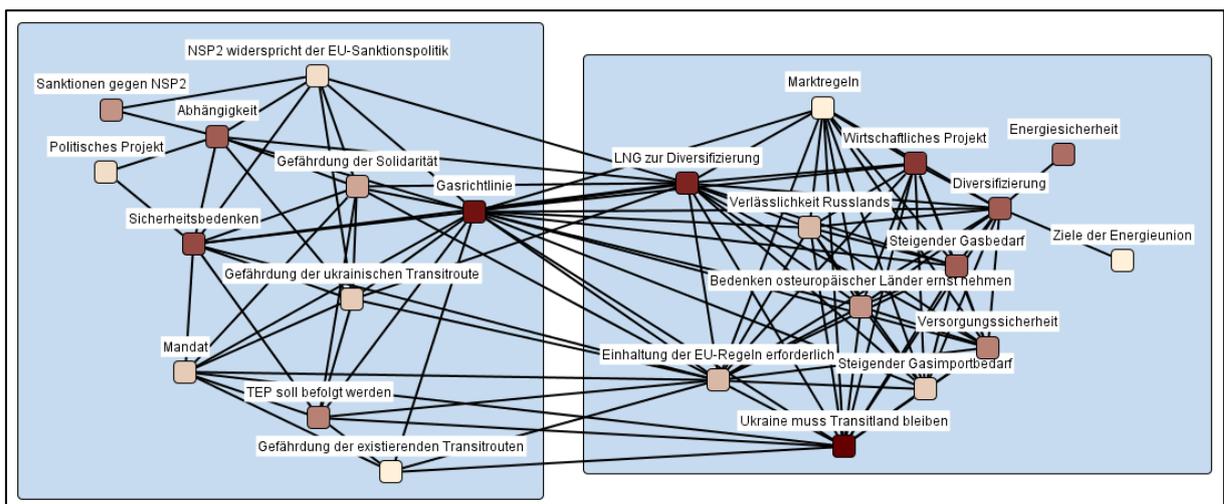
3/2018



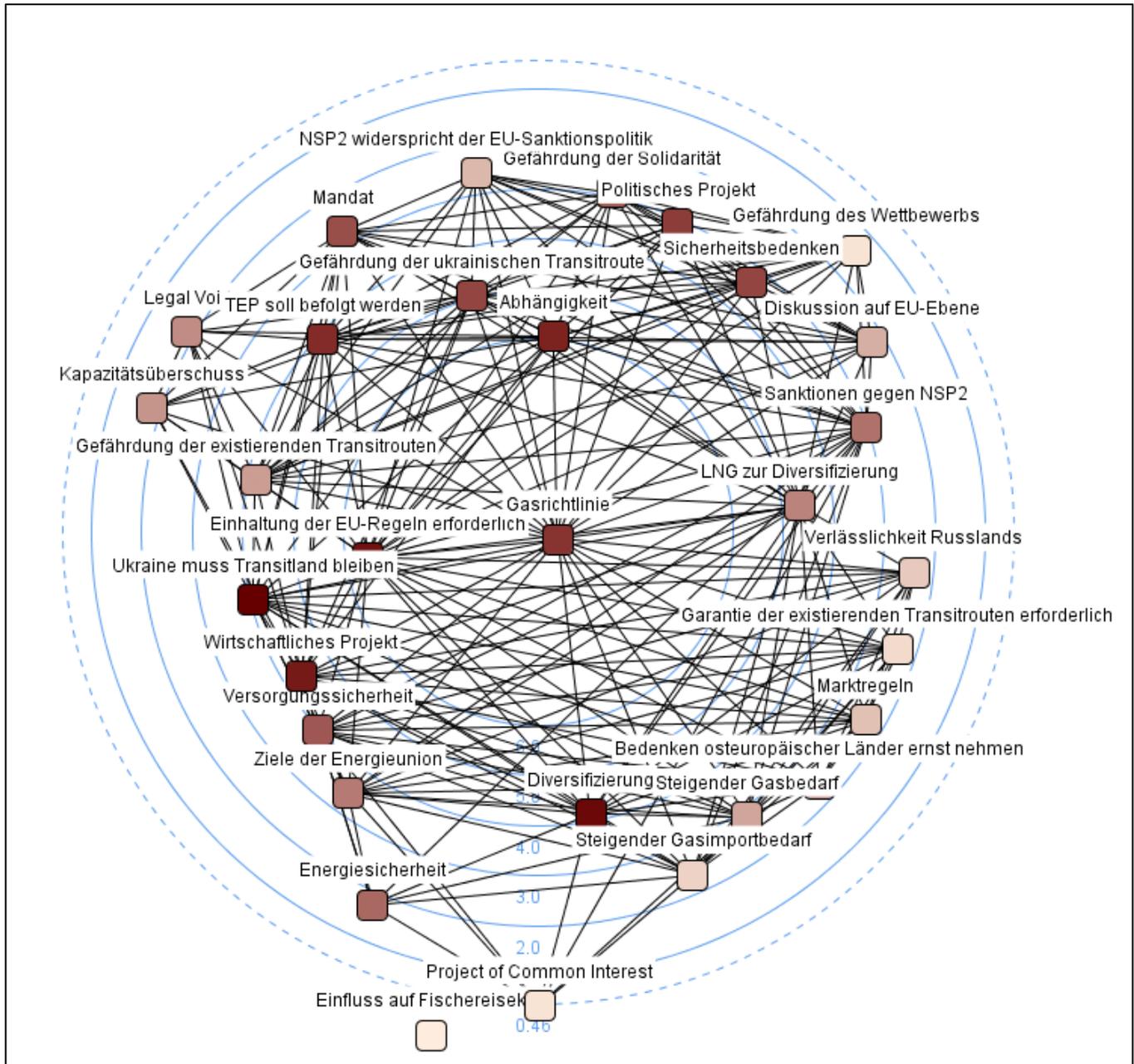
4/2018



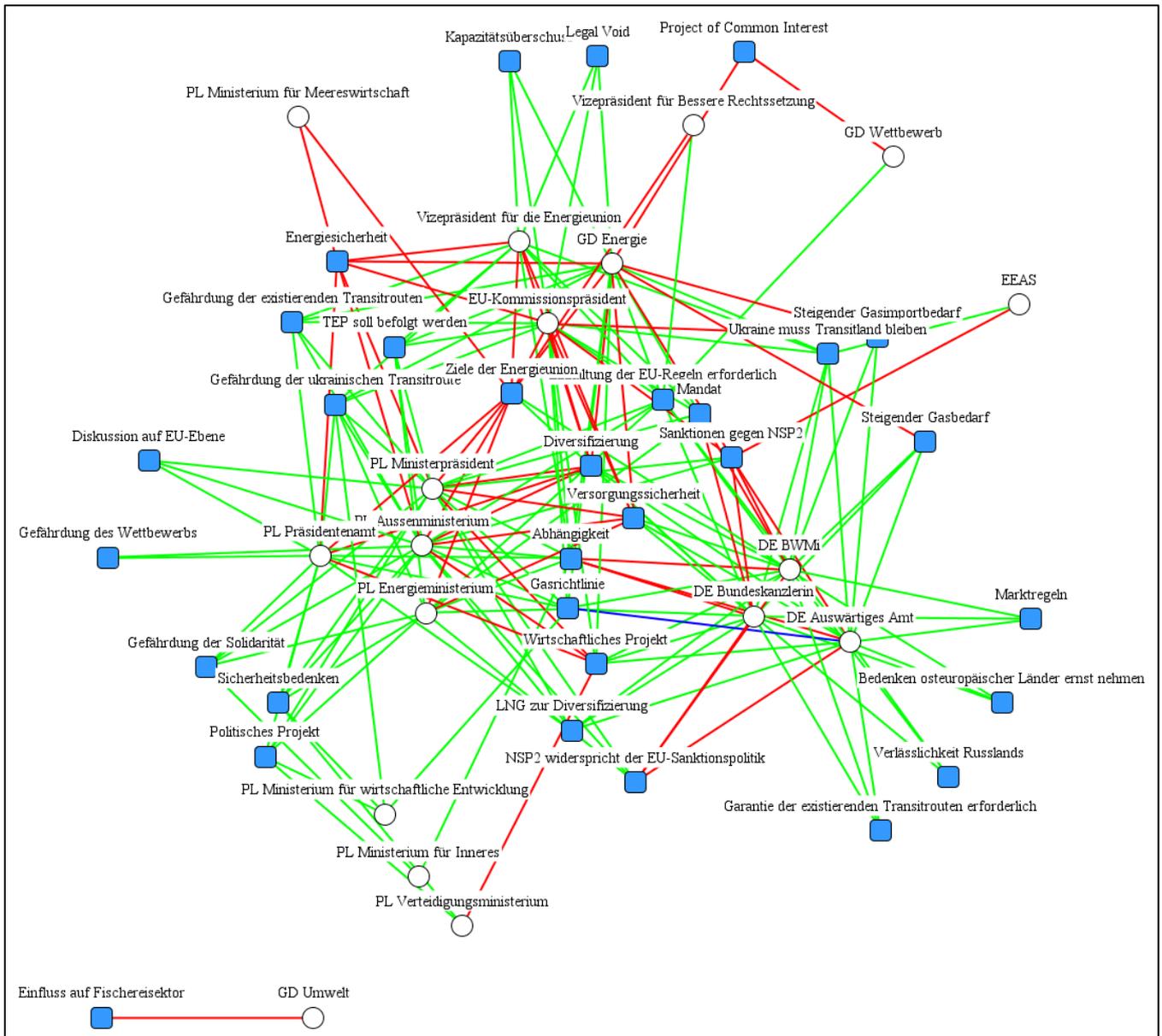
1/2019



Konzepte nach Zentralität (über den gesamten Zeitraum)

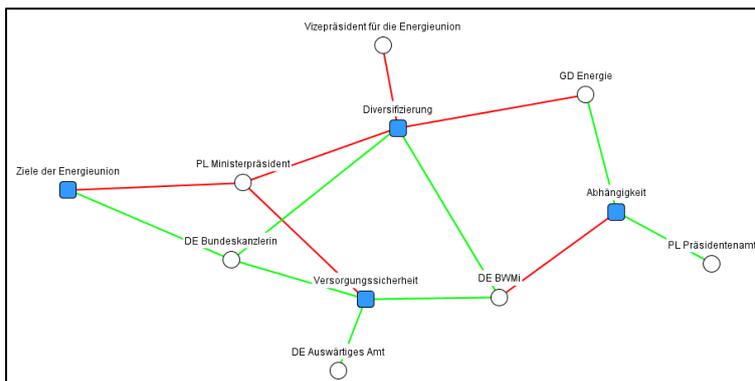


Affiliationsnetzwerk (über den gesamten Zeitraum)

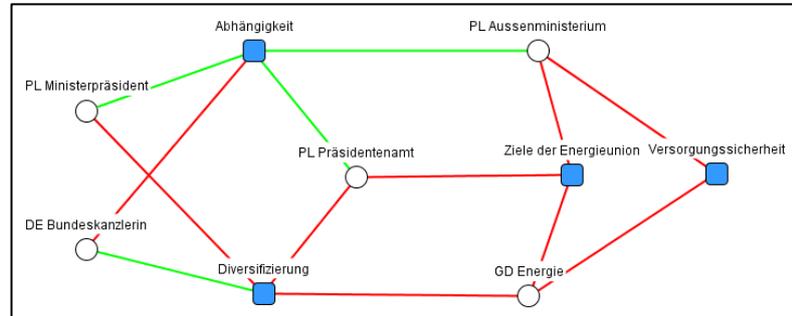
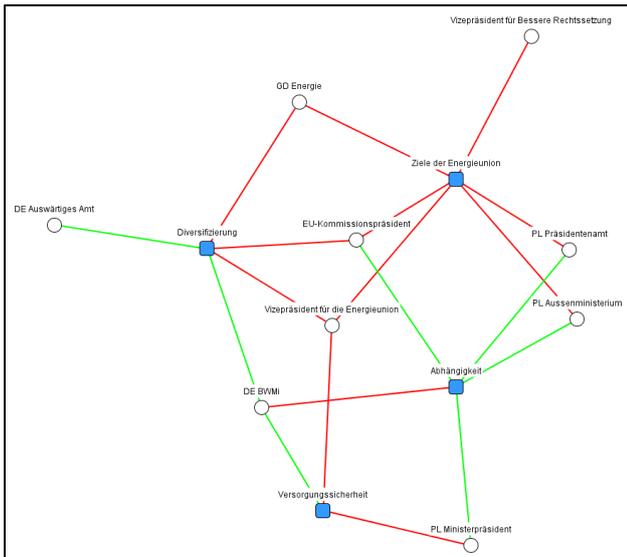


Affiliationsnetzwerke in halbjährigen Abschnitten

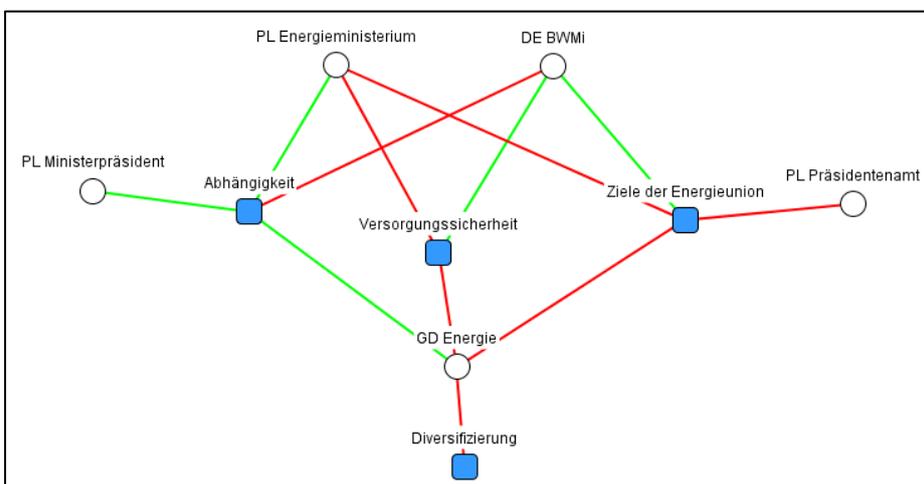
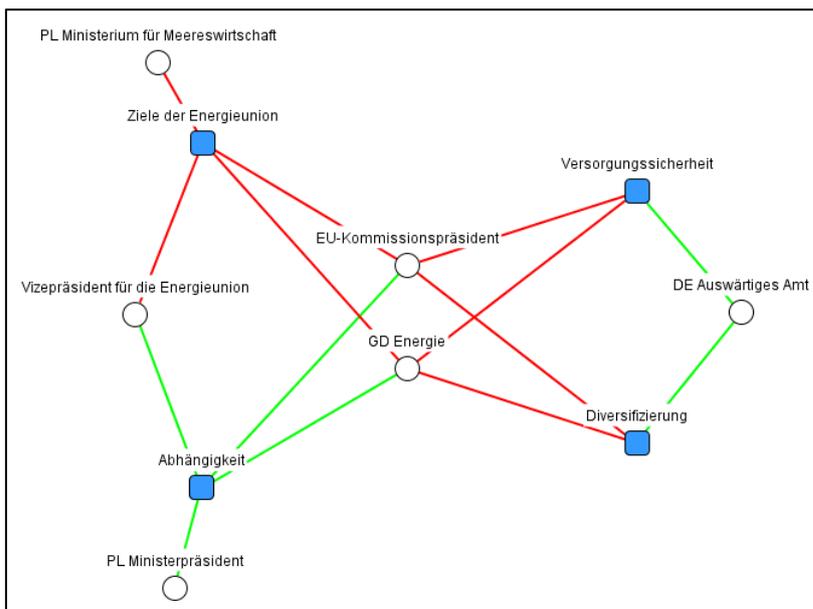
2/2015



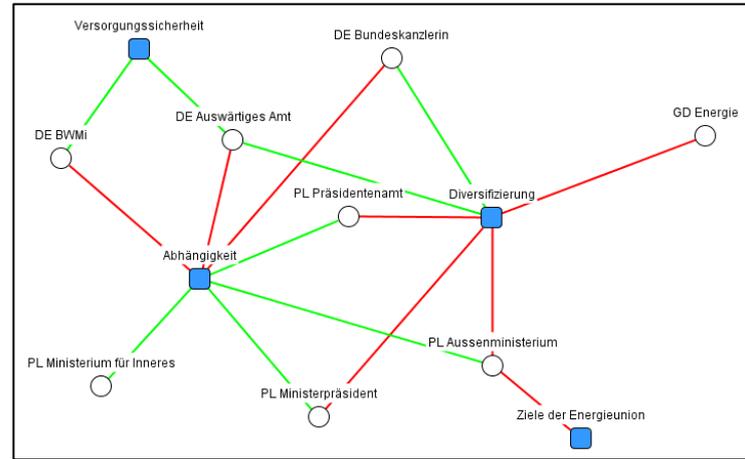
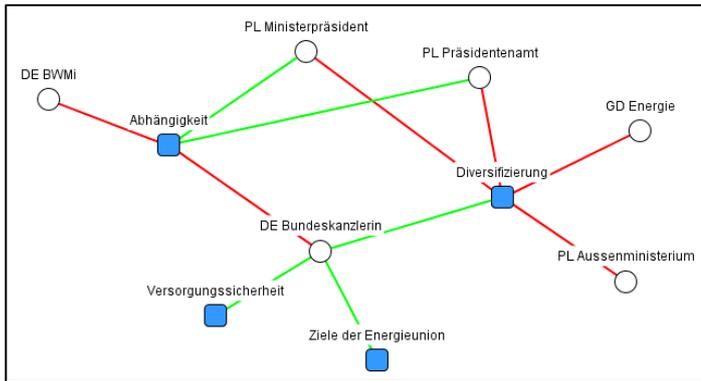
1/2 2016



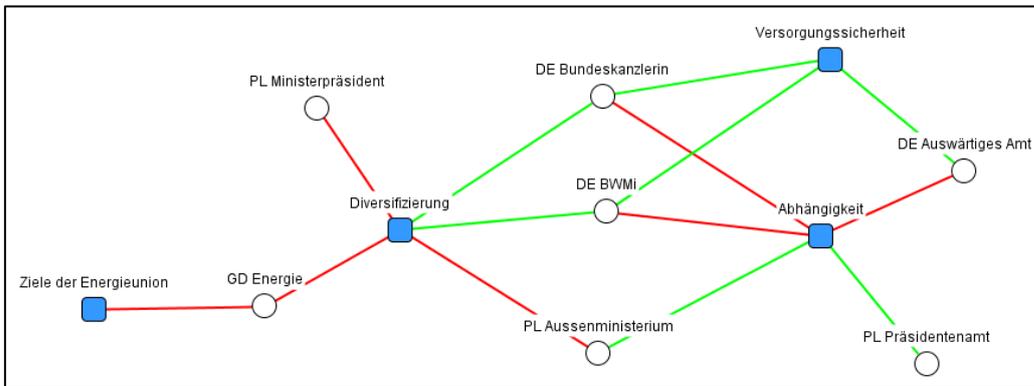
1/2 2017



1/2 2018



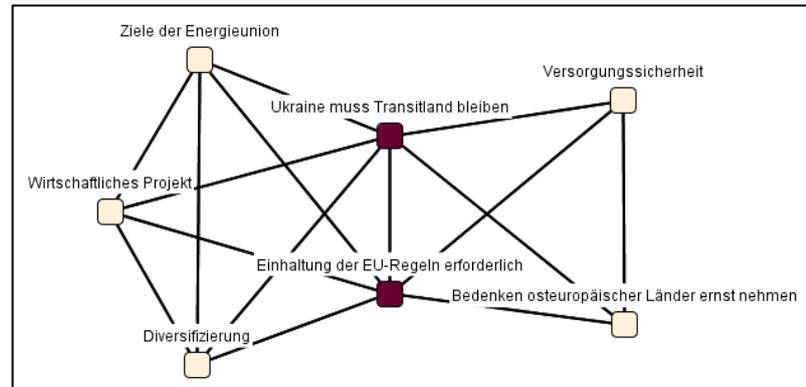
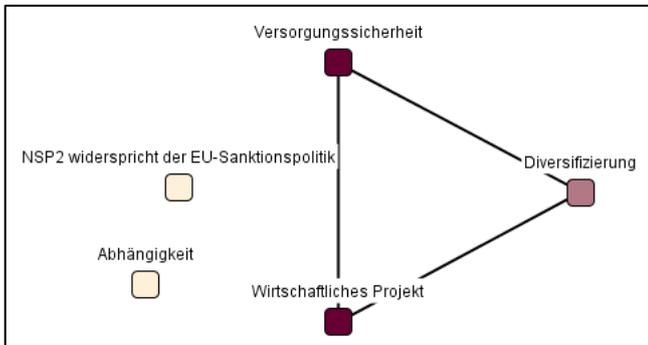
1/2019



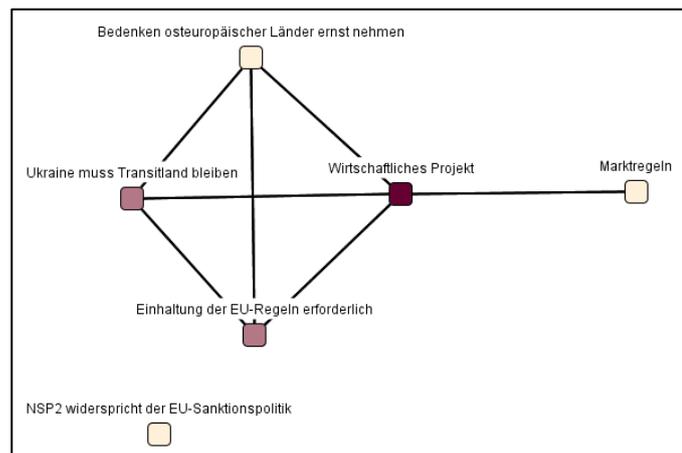
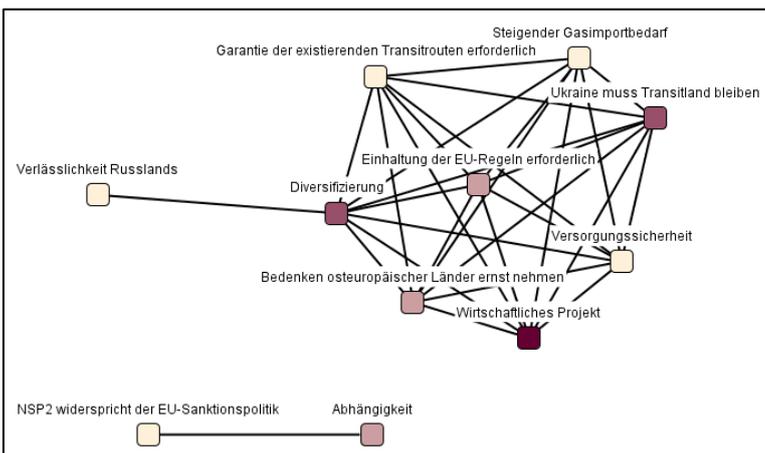
Anhang C: Netzwerke für Deutschland

Konzeptnetzwerke – in Quartalsabschnitten

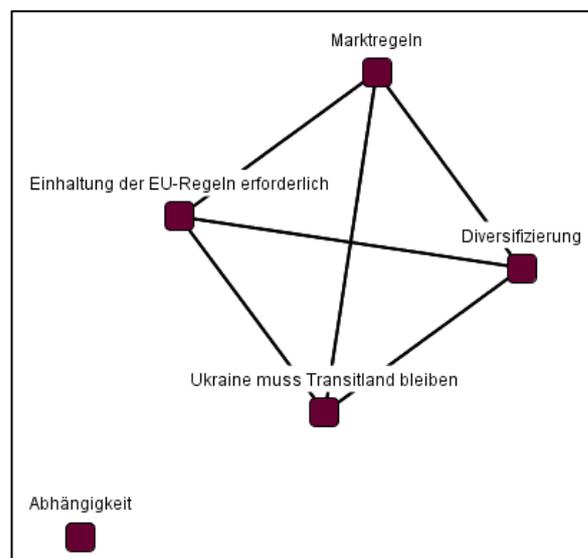
3/4 2015



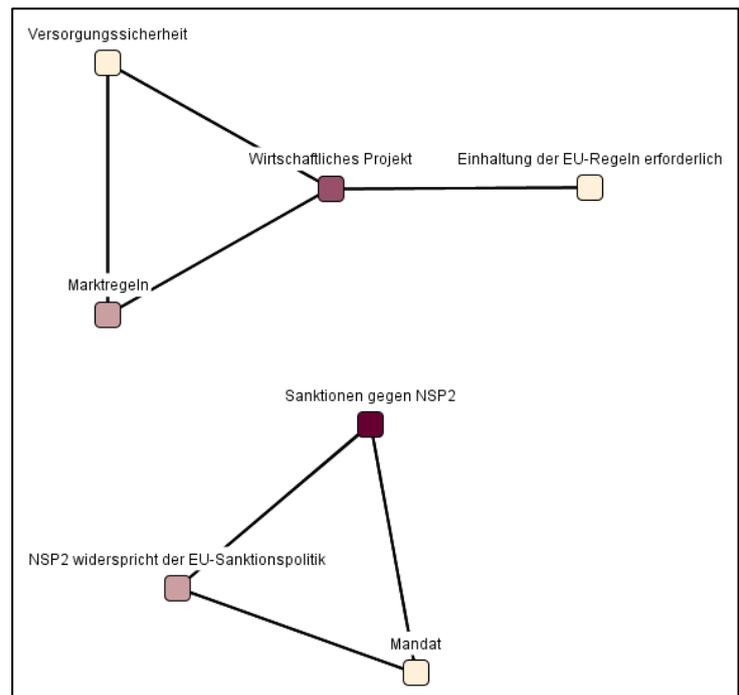
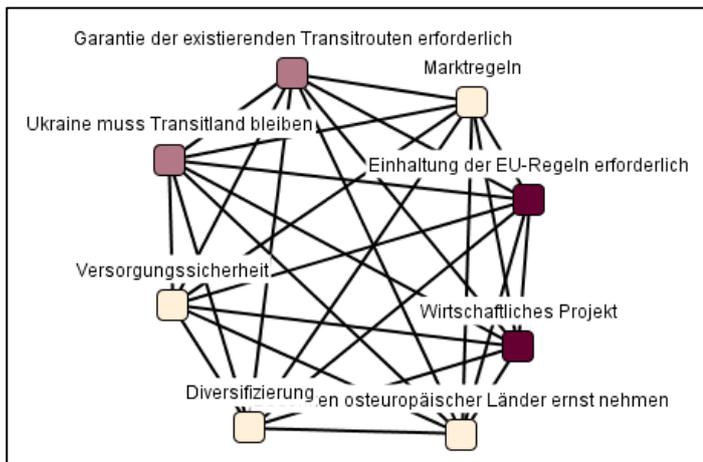
1/2 2016



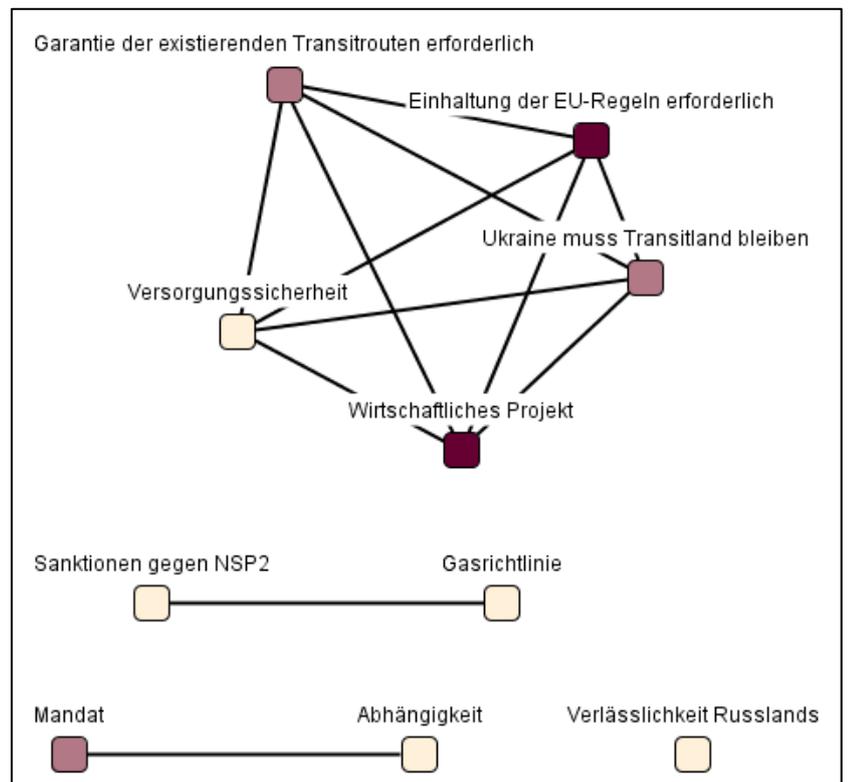
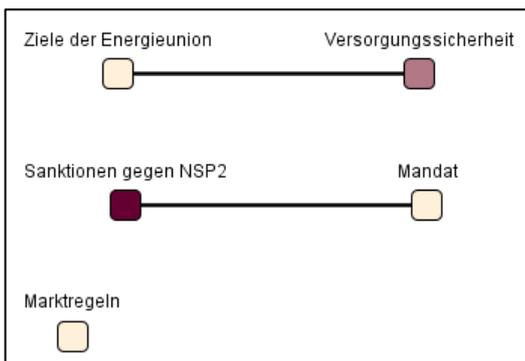
3/4 2016



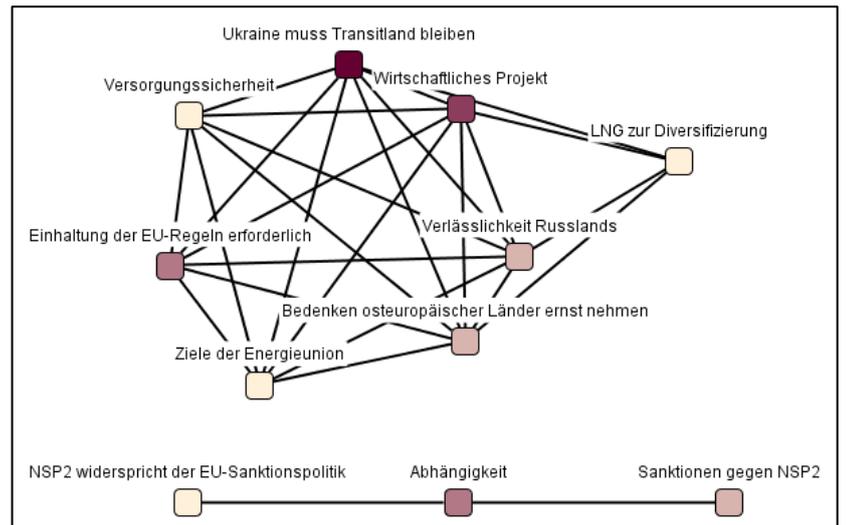
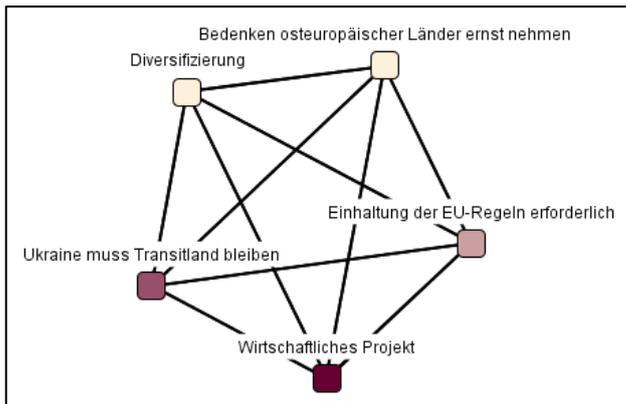
1/2 2017



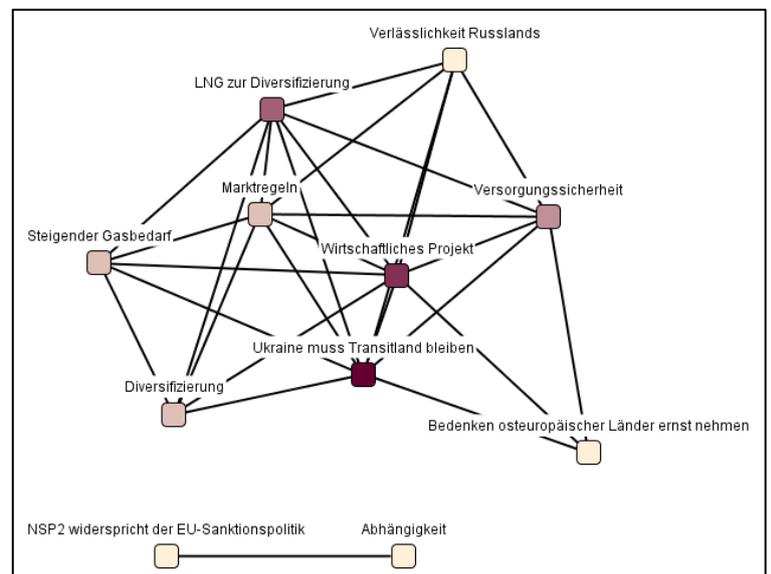
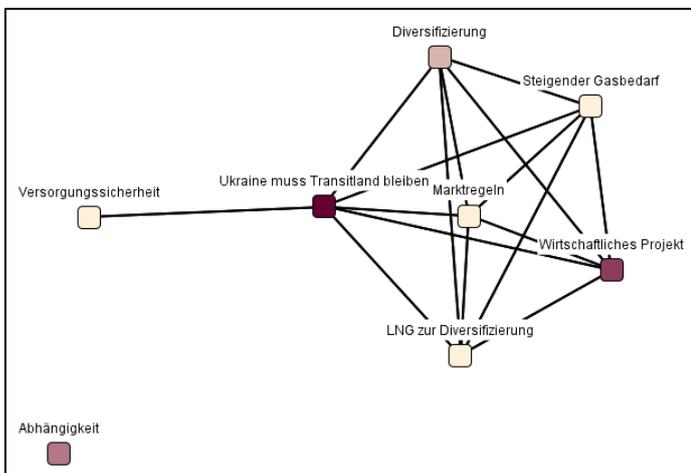
3/4 2017



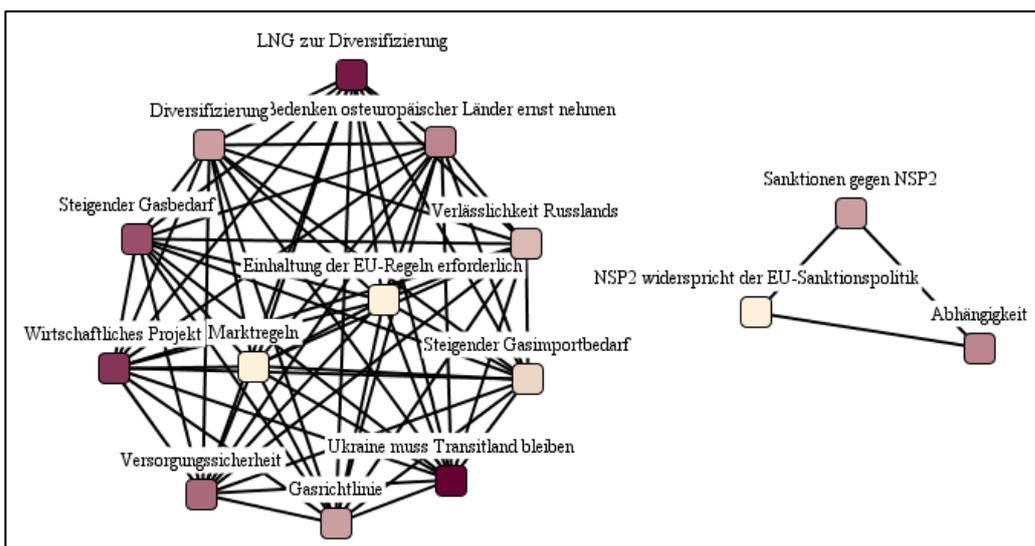
1/2 2018



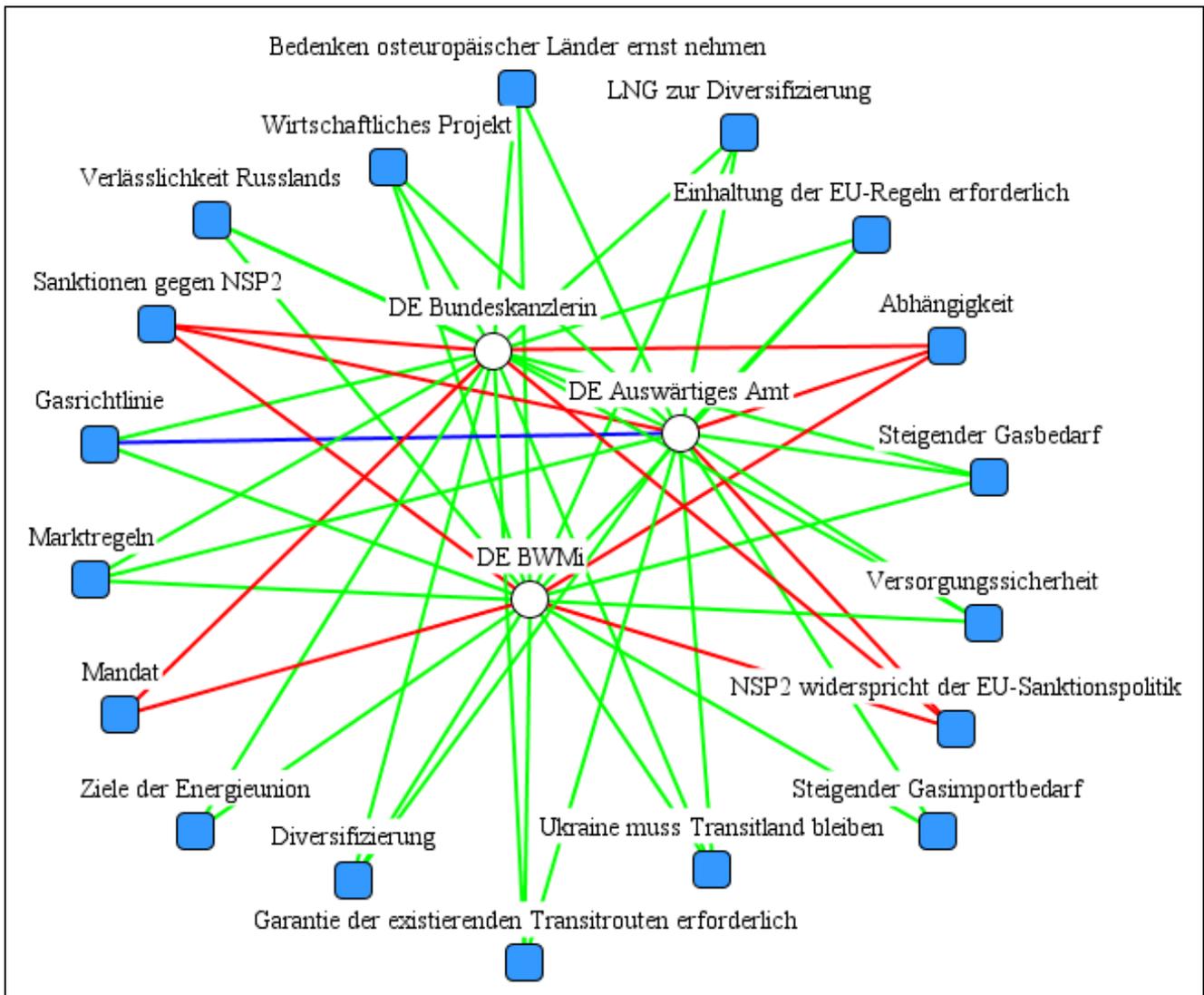
3/4 2018



1/2019



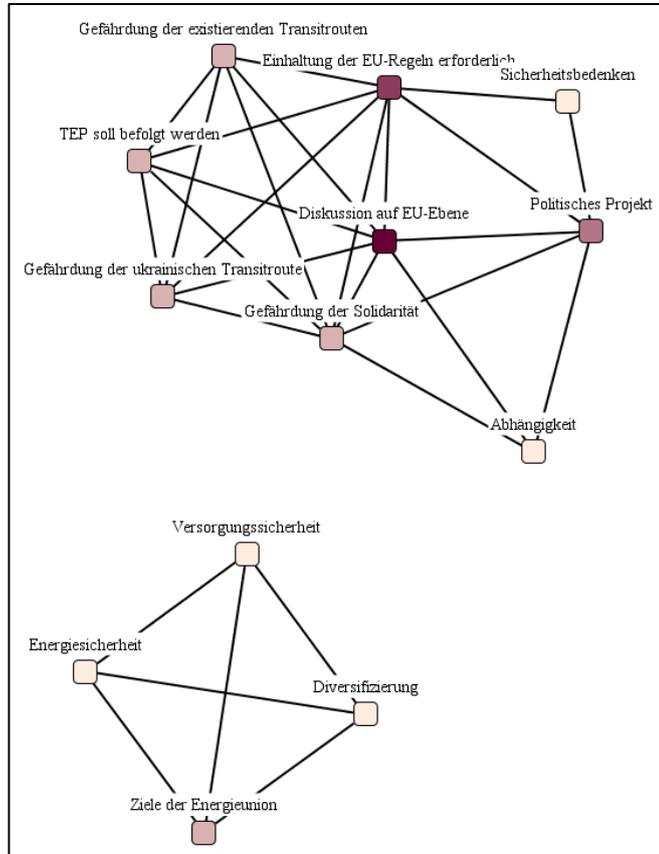
Affiliationsnetzwerk (über den gesamten Zeitraum)



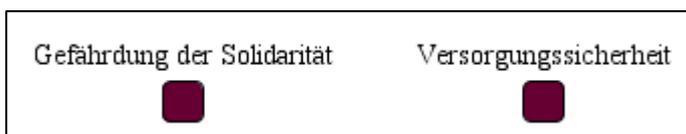
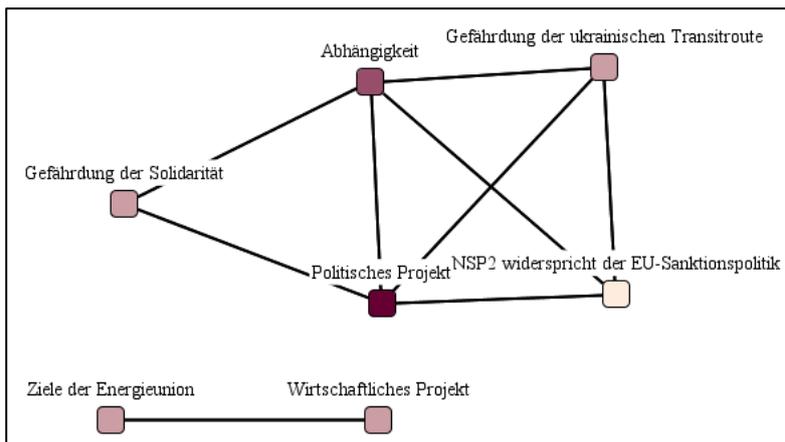
Anhang D: Netzwerke für Polen

Konzeptnetzwerke – in Quartalsabschnitten

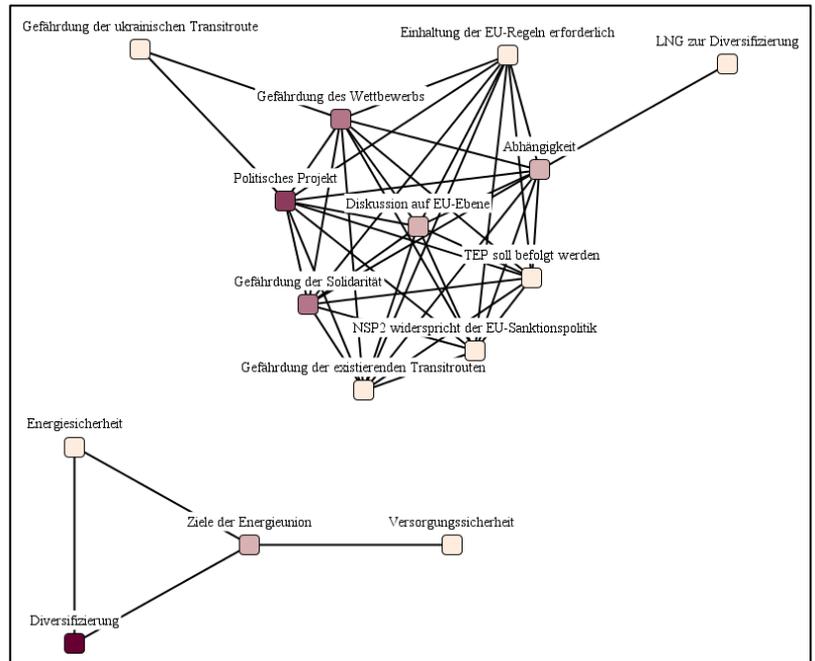
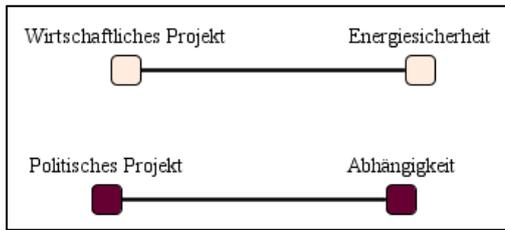
3/4 2015



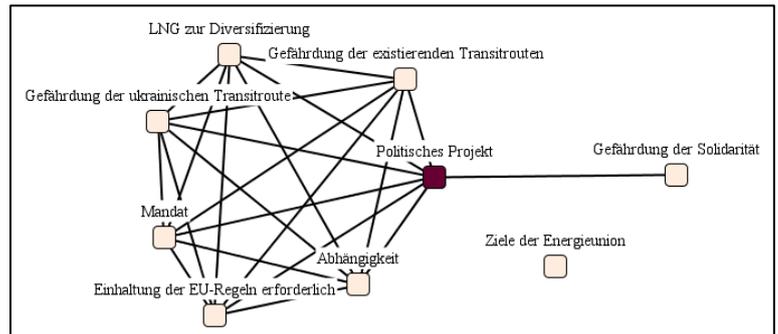
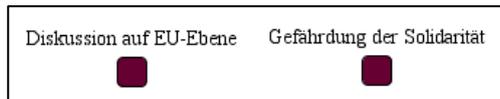
1/2 2016



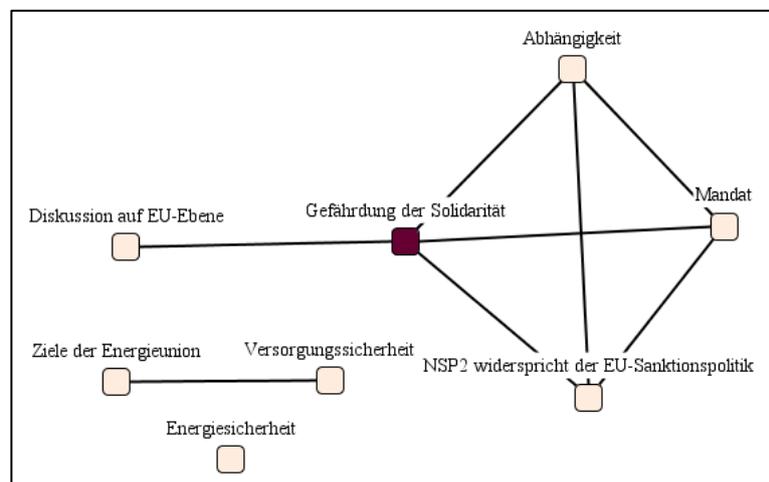
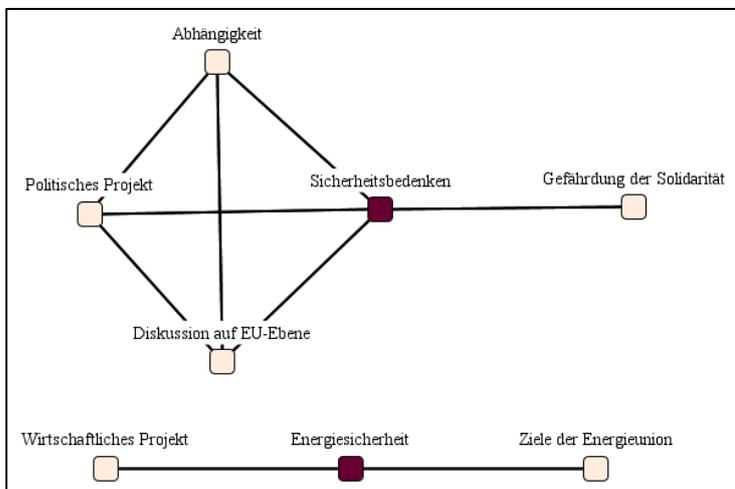
3/4 2016



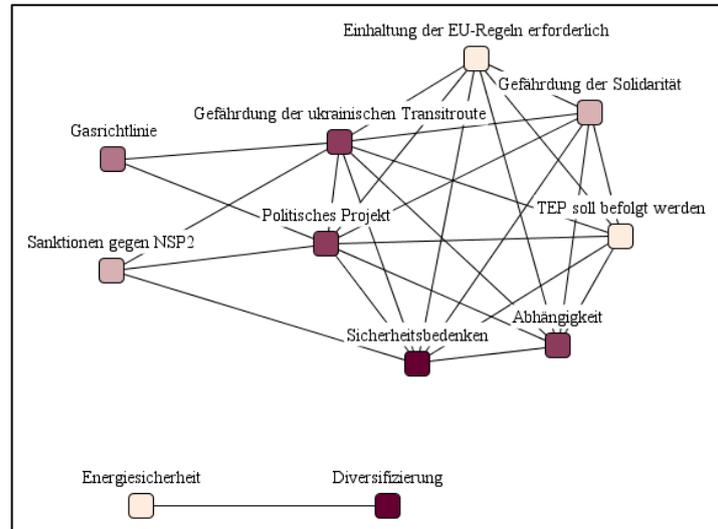
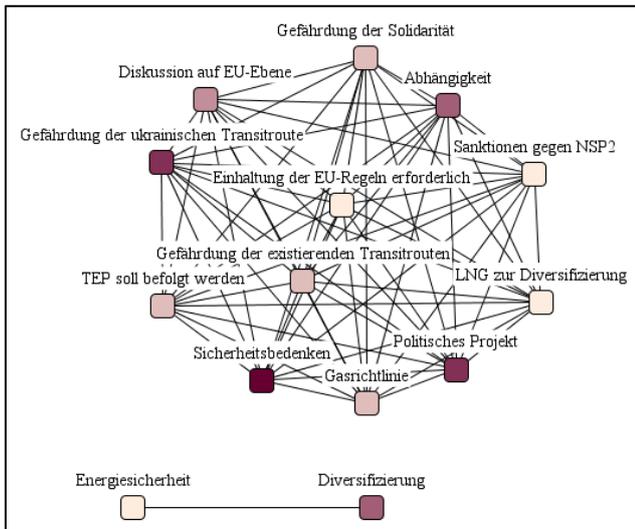
1/2 2017



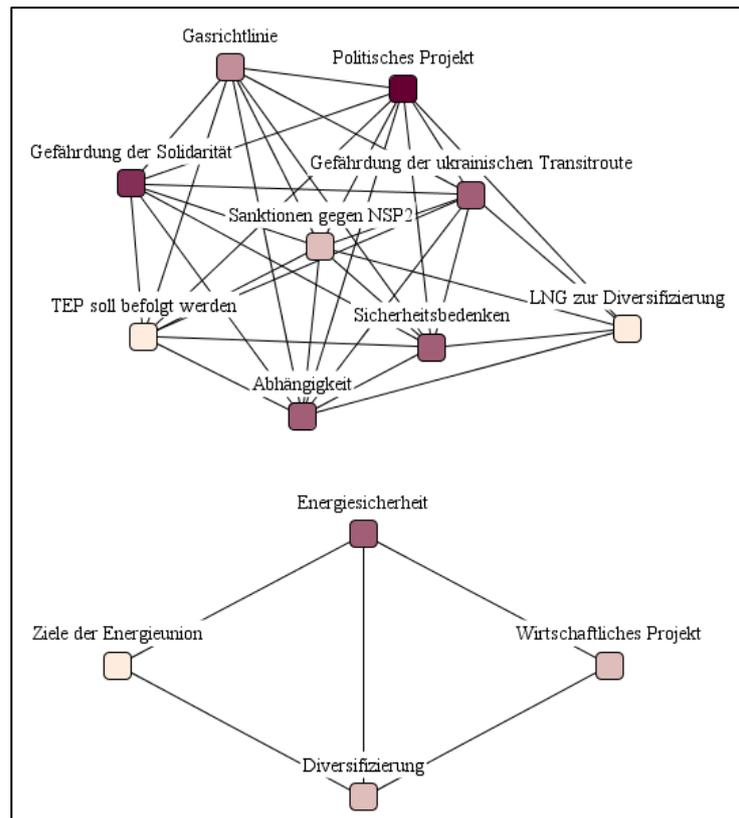
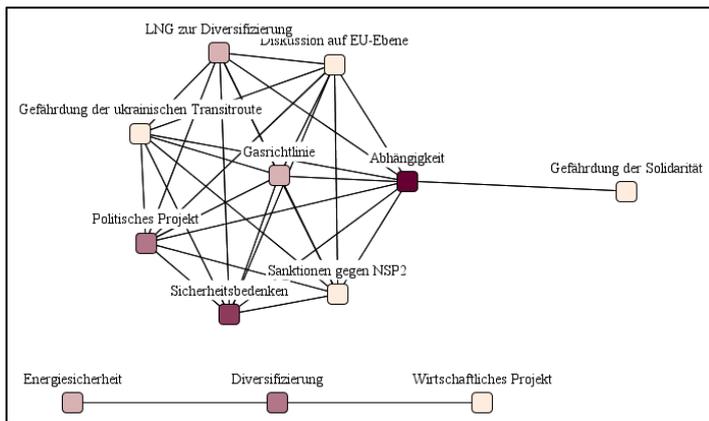
3/4 2017



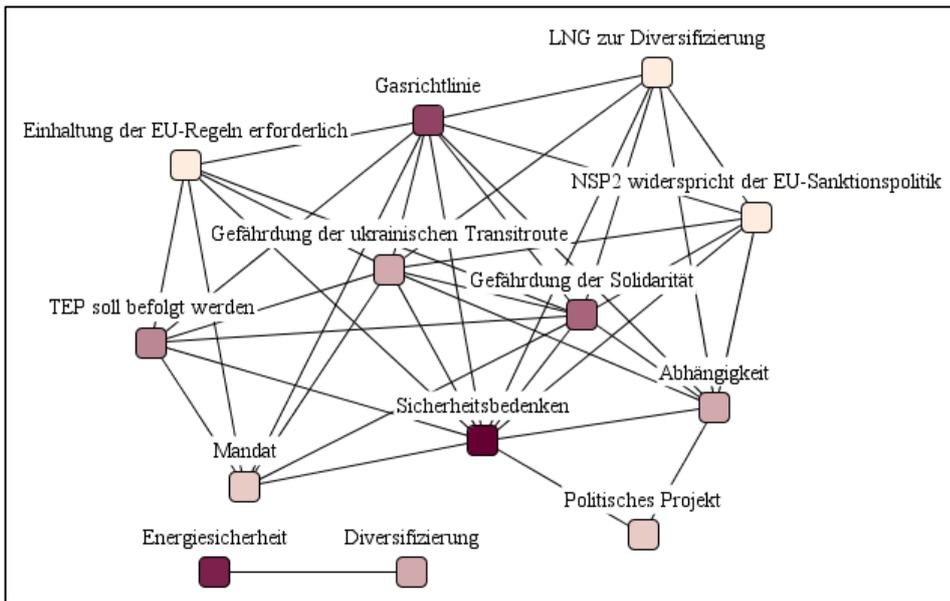
1/2 2018



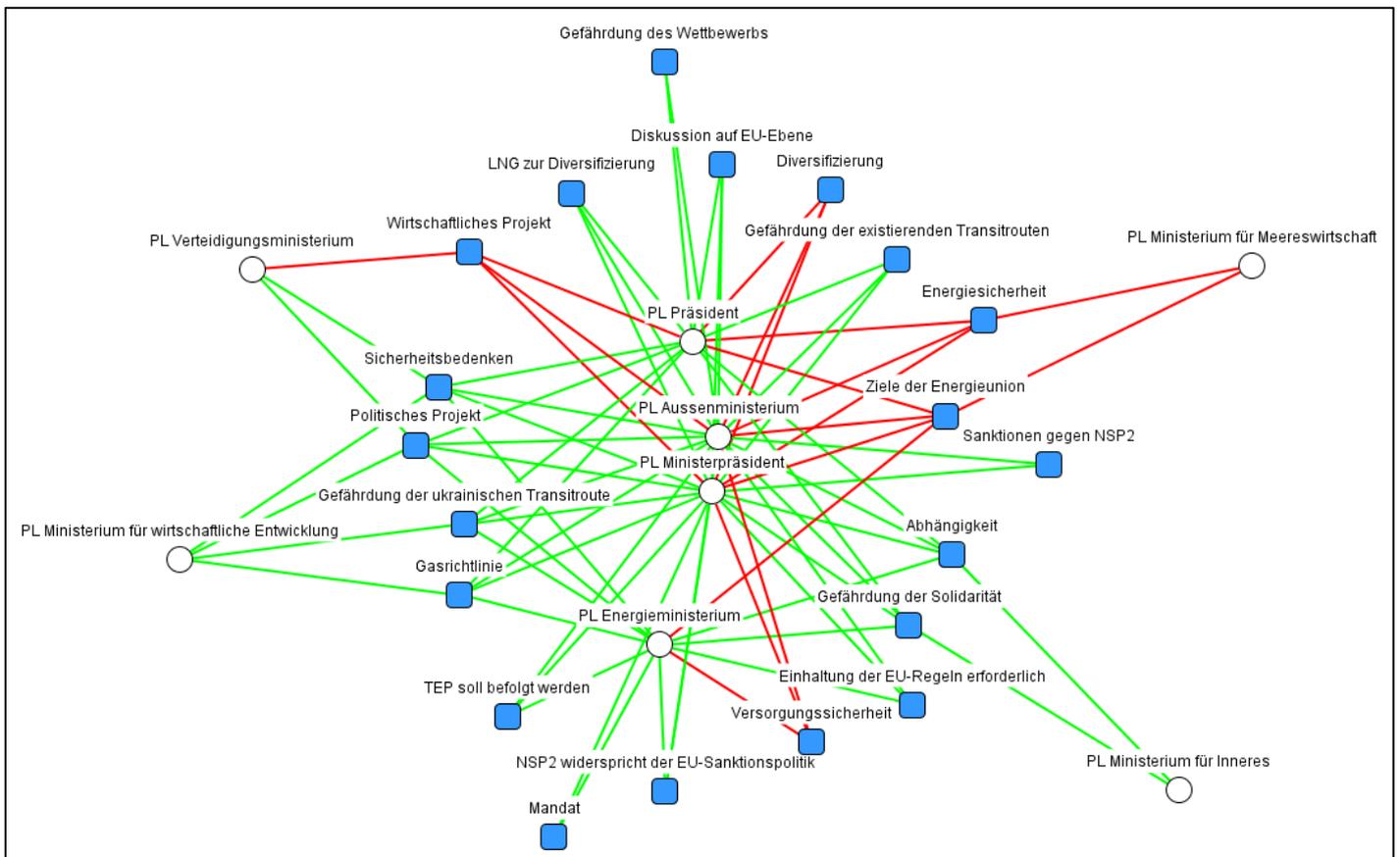
3/4 2018



1/2019



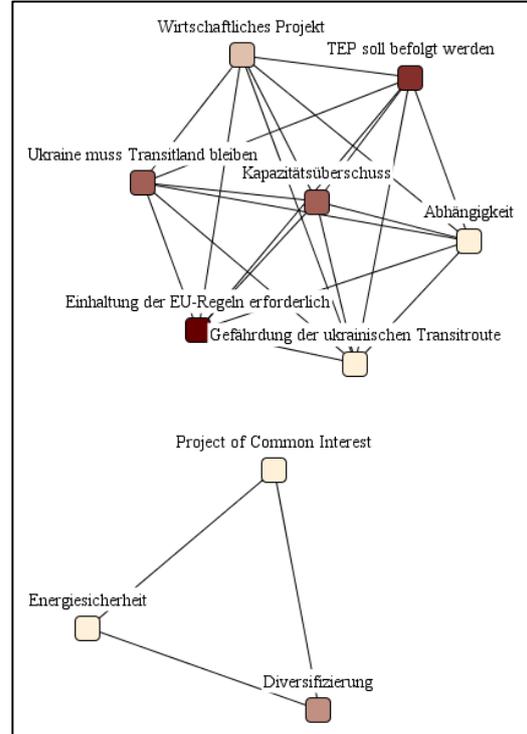
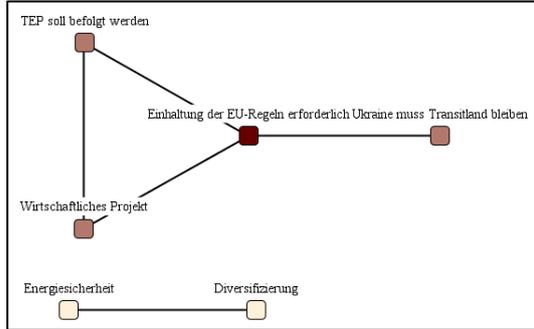
Affiliationsnetzwerk (über den gesamten Zeitraum)



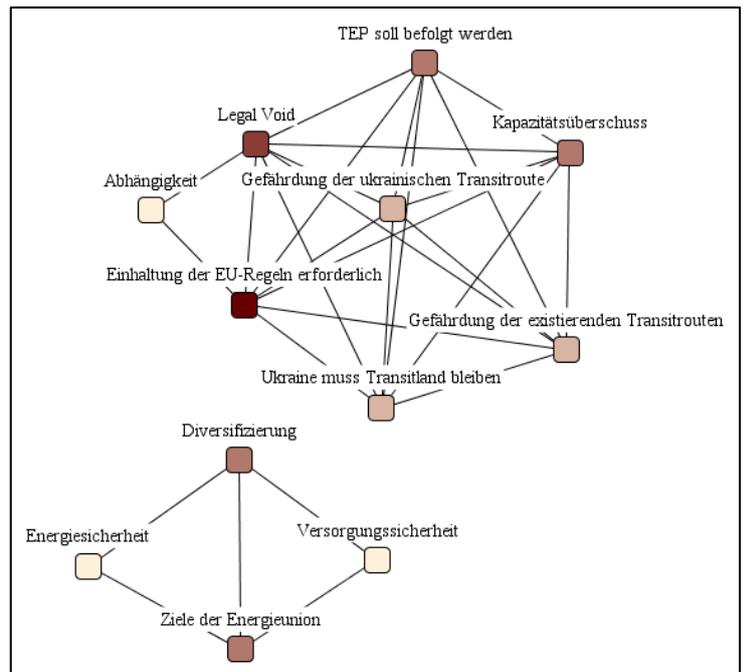
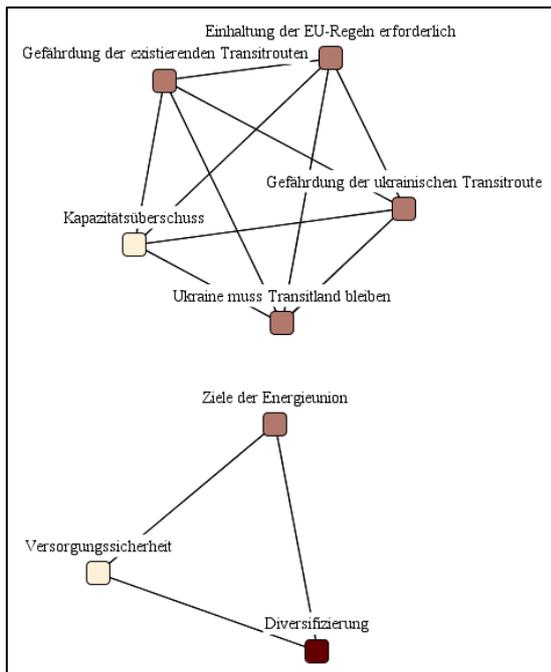
Anhang E: Netzwerke für die Europäische Kommission

Konzeptnetzwerke in Quartalsabschnitten

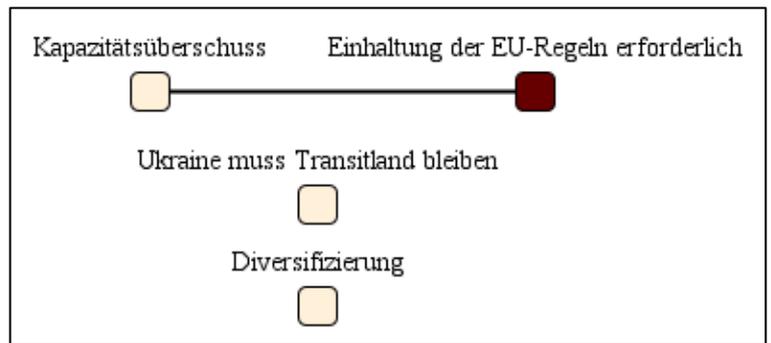
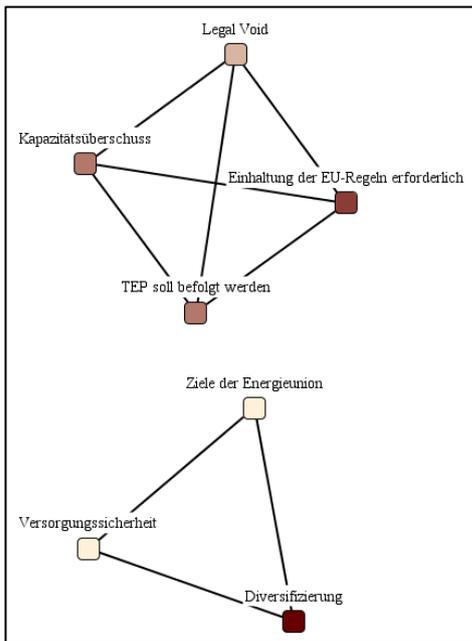
3/4 2015



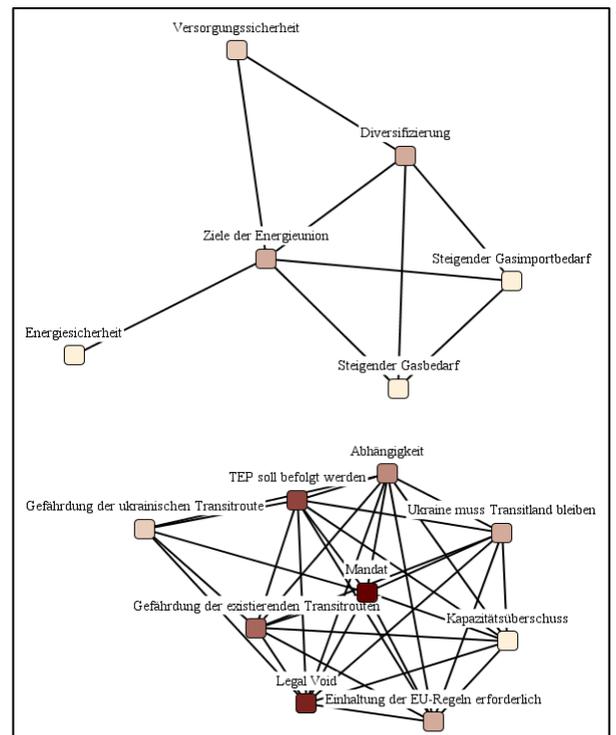
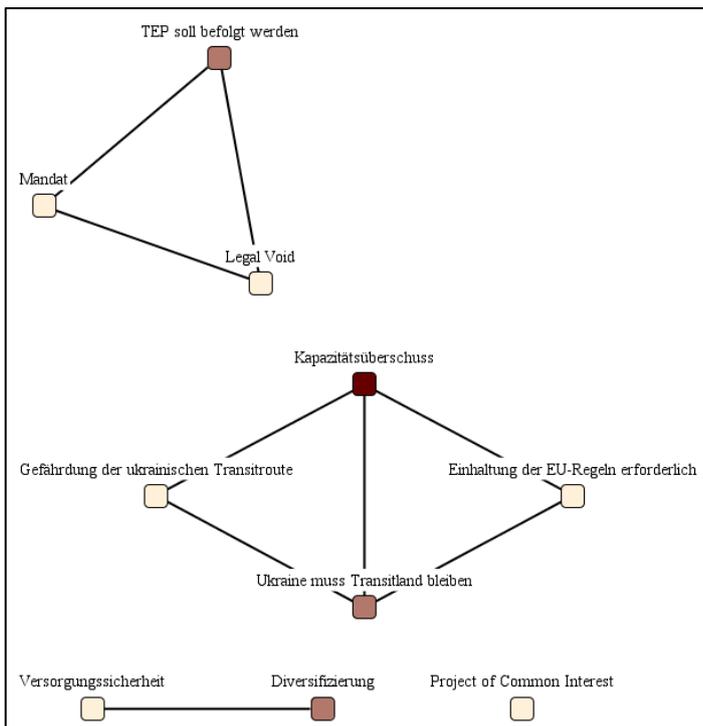
1/2 2016



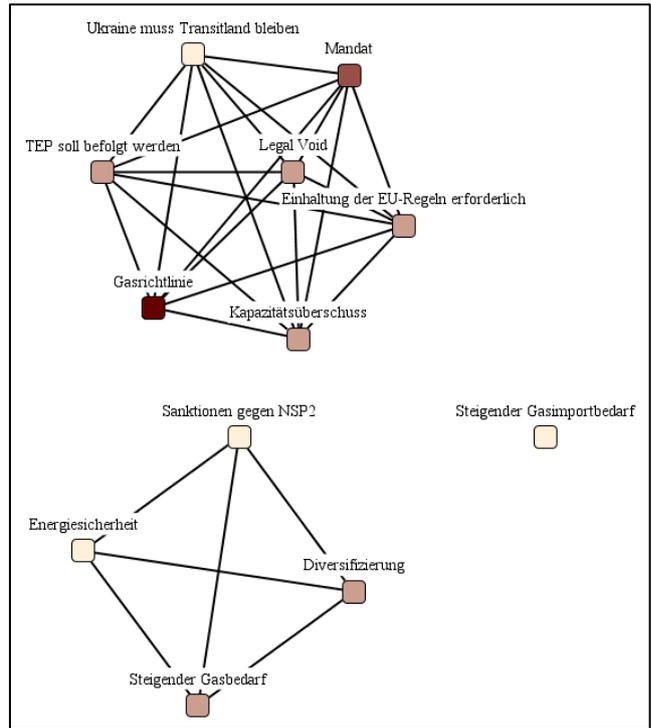
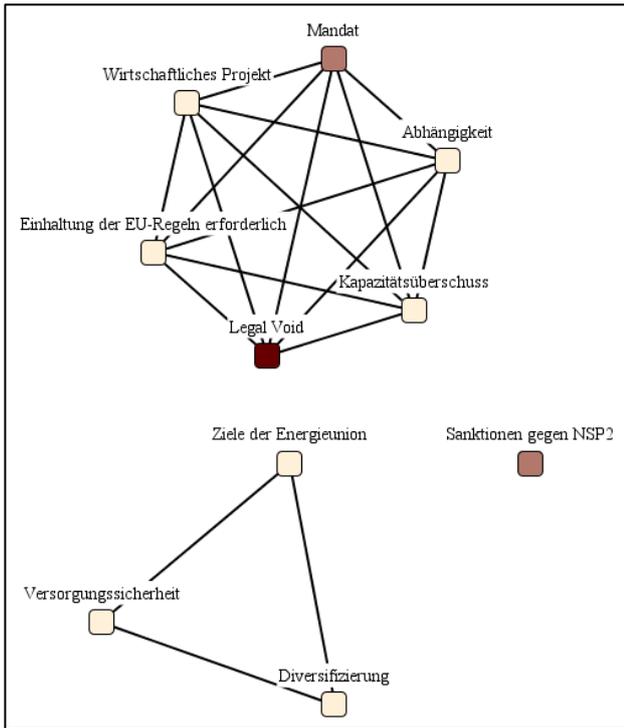
3/4 2016



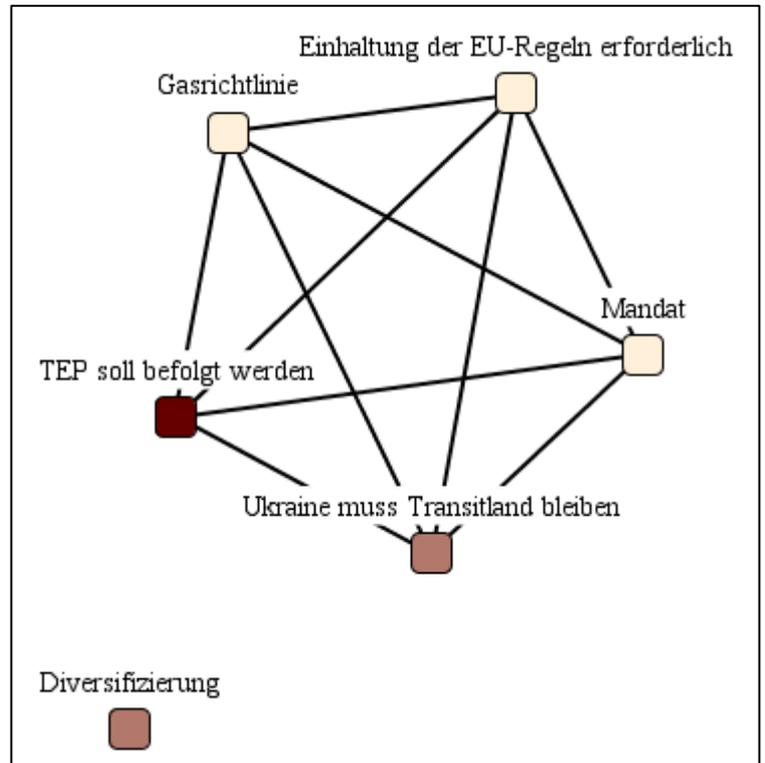
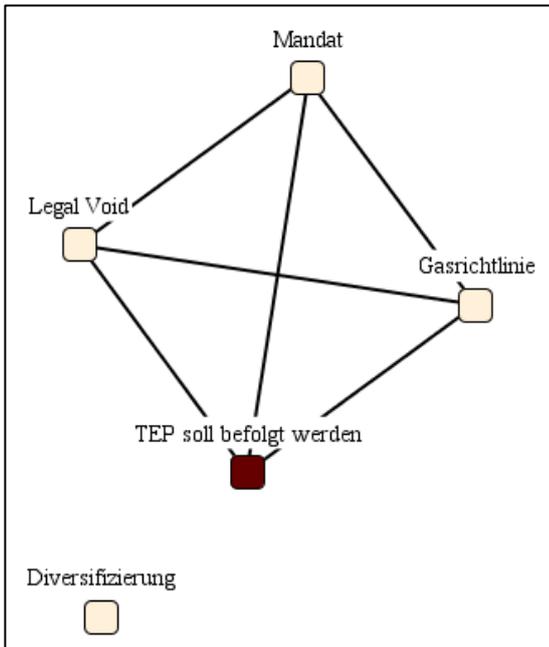
1/2 2017



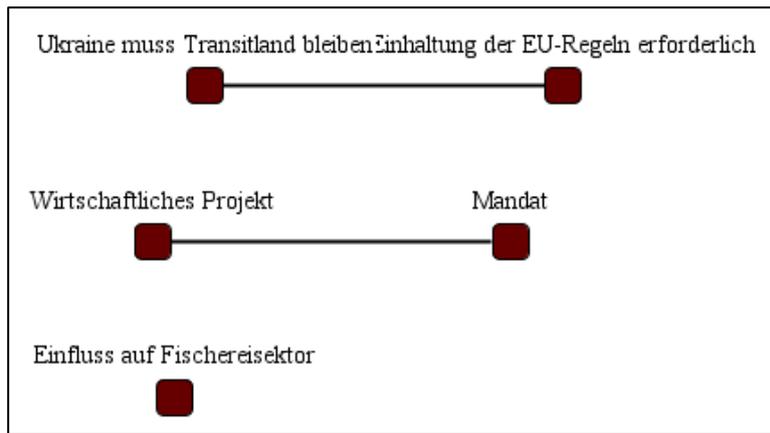
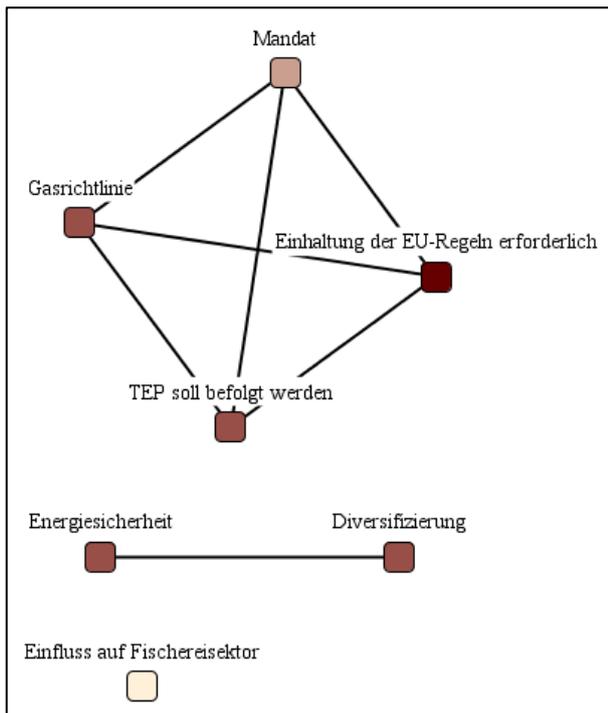
3/4 2017



1/2 2018



3/4 2018



1/2019

